

NACHRICHTEN

17. JUL 1989
Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-II

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

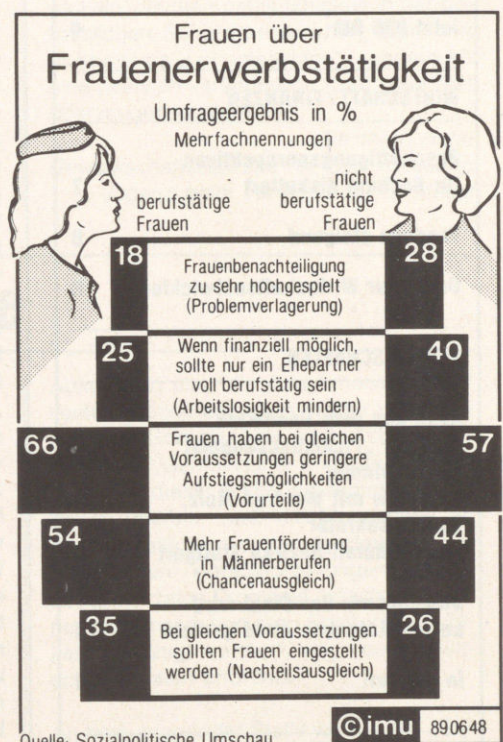
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

GEGRÜNDET 1961 VON HEINZ SEEGER

D 3476 EX

Das Dach decken, wenn die Sonne scheint

Mit diesem Beispiel begründete der Tarifverantwortliche der IG Metall, Klaus Zwickel, die Position der IG Metall zur bevorstehenden Tariffbewegung 1990. Zur Zeit scheint die Sonne jedoch recht einseitig auf die Unternehmergewinne, und die wachsen und gedeihen wie lange nicht. Auf den Portemonnaies der abhängig Beschäftigten liegt jedoch tiefer Schatten. Denn die Preise sind in den letzten Wochen und Monaten den langfristig tariflich vereinbarten Löhnen und Gehältern davongelaufen, auf gut deutsch, die Beschäftigten zahlen wieder drauf. Die IG Metall machte daher den Vorschlag, die bis zum 31. März befristeten Tarifverträge, speziell was das Entgelt anbelangt, zu ent-



Sie hierzu
auch Seite 8

● Den Feind geklaut? ●

● Durchbruch für ÖTV ● „Pickelhaubengeist“ muß verschwinden ●

● CDA als Wahlkampfkulisse ●

Frankfurt/M. · 29. Jahrgang

7/89

Juli 1989

Einzelheft DM 5,-

INHALT

POLITIK

Wer hat uns den Feind geklaut? 3

Historische Chance 3

LÖHNE/TARIFE

280 Kaufhäuser wurden bestreikt
Unternehmer gegen Bremer Abschluß 4

Stiefkind 4

Pflegenotstand:
Durchbruch für die ÖTV 5

Jetzt 936 DM 6

WIRTSCHAFT/FINANZEN

Beschäftigungsperspektiven
für Bochum diskutiert 7

Tendenz steigend 8

Daten zur Wirtschaftsentwicklung 8

GEWERKSCHAFTEN

Auch aus dem Handwerk
muß der „Pickelhaubengeist“
verschwinden
Interview mit Manfred Molz,
Bezirkssekretär
des IG-Metall-Bezirks Stuttgart 9DGB-Jugend: Der Staat wird
seinen Aufgaben nicht gerecht 10

In der Luft 10

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

Gewerkschaften in der
Umbruchsituation des KapitalismusMitgliederstatistik der
DGB-GewerkschaftenStreitgespräch Mettke/Zwickel
über freies WochenendeDPG-Jugend: „Zähne nicht im
Wasserglas aufbewahren“Beschlüsse der
DPG-BundesjugendkonferenzIn der Autoindustrie: Neue
Arbeitsformen werden erprobtWackersdorf: Früher „wesentlicher
Baustein“ – Und was wird jetzt?Auszüge aus Beschlüssen
der IG-Metall-JugendkonferenzAls Geburtstagsgeschenk: eine
kritische Diskussion über
NACHRICHTEN 11–26

... wenn Sonne scheint

fristen und entsprechende Verhandlungen vorzuziehen. Der Unternehmensverband Gesamtmetall will zwar jede Menge Spitzengespräche durchführen, lehnt aber strikt jedes Ansinnen auf Entfristung ab, so daß sich für die IG Metall kein Sinn für weitere Gespräche ergibt. Aber es sei die Anmerkung gestattet: Hier rächt sich natürlich das Versäumnis der Gewerkschaft, frühzeitig, bereits Anfang des Jahres (wie übrigens NACHRICHTEN damals auch thematisierten) in den Betrieben einen Ausgleich für die Preissteigerungen „in welcher Form auch immer“ zur Diskussion zu stellen. Auf diese Weise wäre der notwendige Druck erzeugt worden, um die Entfristung durchzusetzen. So aber fehlt der IG Metall der Biß.

Nun blocken die Arbeitgeber und haben – knapp ein Jahr vor Beginn – die Zeichen für die Tarifbewegung auf Sturm gestellt. Sie verlangen ein Stillhalteabkommen in Sachen Arbeitszeitverkürzung von der IG Metall, planen aber selbst eine Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten, um „Segen für die deutsche Wirtschaft“ zu erzielen. Die Parole heißt vor allem: Ausweitung der Arbeitszeiten für Forscher, Entwickler und anderes qualifiziertes Fachpersonal. Dagegen verhiere die IG Metall, so die Klage der Arbeitgeber, sogar die bisher laut Tarifvertrag bestehenden Flexibilisierungsmöglichkeiten. Aber in der „Zeitsouveränität im Interesse“ der Beschäftigten sieht die IG Metall nach wie vor eine wichtige tarifpolitische Zielsetzung. Auf ihrem Programm stehen für das Frühjahr 1990: kräftige Lohnerhöhung, vierter und letzter Anlauf zur 35-Stunden-Woche und Sicherung des freien Wochenendes. Die intensive publizistische Werbung der Unternehmer für ihre Verweigerung in Sachen Arbeitszeitverkürzung – wobei die Drohung mit dem EG-Binnenmarkt an oberster Stelle rangiert – läßt keinen „friedlich-schiedlichen“ Verlauf der Tarifbewegung vermuten.

Die IG Metall rede den Großkonflikt mit ihren Forderungen herbei, so ist von Gesamtmetall zu hören. Die IG Metall dagegen verweist auf die riesigen Profite besonders der Metallbranche (Zwickel: die Unternehmer wollen in der derzeitigen Konjunktur „so lange wie möglich abkassieren“) und rät Gesamtmetall, schon jetzt Vorräte für das Forderungsvolumen anzulegen. Alles in allem unversöhnliche Töne, und ein knappes Jahr bevor es ernst wird, drohen die Metallunternehmer mit Aussperrung. Was den Erhalt des freien Wochenendes anbelangt, so der IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler, haben die IG Medien und die HBV – in bezug auf den Feierabend – klare Merkposten gesetzt. Für beide Gewerkschaften hat sich der Kampf gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeiten als ein wesentliches Motiv der Mobilisierung erwiesen. Wenn nun schon die Unternehmer einen Großkonflikt voraussagen, dann sollten sie wissen, daß er über den Rahmen einer Einzelgewerkschaft, und sei es auch einer großen, hinausreicht.

reb

INHALT

DGB-Jugend NRW
im Aufbruch 27

DPG Hessen: Niederlage erlitten 27

bfw spürt Ende
der Qualifizierungsoffensive 27Bundesregierung plant
Observierungsgesetz 28Stuttgarter Aufruf:
Weg mit dem § 218! 28

GESELLSCHAFTSPOLITIK

CDA: Wahlkampfkulisse und
bröckelnder Gewerkschaftseinfluß 29„Diplomaten von unten“
knüpften heißen Draht zum Kreml 3010. Bundeskongreß der SDAJ:
Ist der Bruch noch zu kitten? 30

SOZIALPOLITIK

Neuer Rentenskandal in Bonn:
Beamtenbabys mehr wert? 31Aus dem Arbeits- und Sozialrecht:
Der Einsatz von Fremdfirmen
im Betrieb 32

INTERNATIONALES

CGT gegen ein Europa der Konzerne –
für kräftige Erhöhung der
Mindestlöhne 33

RUBRIKEN

GLOSSE 4
TARIFMELDUNGEN 6
TARIFKALENDER 7
GEWERKSCHAFTSMELDUNGEN 28
PERSONALIEN 28
INTERNATIONALE MELDUNGEN 34
LESERBRIEFE 34
BUCHBESPRECHUNG 35
IMPRESSUM 35
VERLAGSINTERNES 35
TERMINKALENDER 36
BESTELLSCHIEIN 36
ZU GUTER LETZT 36

Gastkommentar

Wer hat uns den Feind geklaut?

So dürfte es derzeit bei den Militärstrategen in Bonn im Kopf spuken. Die Hochrüstungspolitik des Nachkriegsdeutschland legitimiert sich schließlich durch die „Kalte Krieg“-Ideologie, die auf Drohpolitik, militärischer Stärke, der Konfrontation und dem einseitigen Vorteil beruht. „Wenn man keine militärische Kraft besitzt, kann man keine Politik machen. Ohne Kraft wird unser Wort nicht beachtet“ (Adenauer, 1952).

Radikale Brüche in der gesellschaftlichen Entwicklung bleiben nicht ohne Wirkung. Hintergrund ist, daß die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, wie der drohende Kollaps durch die Umwelterstörung, immer sichtbarer werden. Insbesondere der Kurs der Erneuerung der sowjetischen Politik, die auf einer konsequenten Abrüstung beruht, verdeutlicht, daß der Sowjetunion die ökonomischen Grundlagen und damit die Lebensbedingungen der Menschen wichtiger sind.



Insbesondere die globalen Problemstellungen, der Nord-Süd-Konflikt, die Umwelterstörung, aber auch die Verhinderung von Krieg und die Sicherung des Friedens haben

im Lebenskonzept junger Menschen einen zentralen Stellenwert. Jugendliche erkennen zunehmend, daß es notwendig ist, auf die Zukunftsgestaltung Einfluß zu nehmen, da der heutigen Menschheit die notwendigen Entscheidungsschritte zufallen, um den Vernichtungsprozeß von Mensch und Natur umzukehren. Kennzeichnend für diesen tiefen Bewußtseinswandel sind auch die in diesem Jahrzehnt rasch gestiegenen Kriegsdienstverweigerungszahlen. Selbst jene Jugendlichen, die sich letztendlich für den Bund entscheiden, sind in ihrem Denken und Verhalten mehrheitlich potentielle Verweigerer. Überhaupt nur 5 Prozent nennen sich „begeisterte Wehrpflichtige“, und insgesamt 86 Prozent wollen nicht, daß in Deutschland Atomwaffen stationiert sind (FR, 29. 6. 1989). Die Herrschenden wissen zwar, daß es notwendig ist, ihre Rüstungspolitik ideologisch abzusichern; sie sind jedoch nicht in der Lage, konzeptionell-strategisch auf das zusammenbrechende Sicherheitsdenken, wie es in den letzten 40 Jahren begründet war, einzugreifen. So fordert dann auch Flottenadmiral Schmähling Ideen für eine „neue Bundeswehr“. Aus altem Sicherheitsdenken erklären sich die massiven und derben Angriffe des Regierungslagers auf die Informations- und Aufklärungskampagne der

IG Metall zum Kriegsdienstverweigerungsrecht, da sich nun auch noch die größte Gewerkschaft anschickt, den „Sicherheitskonsens“ in Frage zu stellen und auf Alternativen aufmerksam zu machen. Nach dem Motto „Haltet den Dieb“ wurde aus einer Erklärung für Kriegsdienstverweigerung ein Aufruf gegen die Bundeswehr gemacht.

Aus historischer Erfahrung wissen wir, daß sich der Auftrag nach sozialem Fortschritt nur in einem Zustand des Friedens organisieren läßt. Krieg und dessen Vorbereitung heißt immer, die Gesellschaft in allen Bereichen auf das eine ausschließliche Ziel der Kriegführung auszurichten. Alles, was diesem Ziel hinderlich ist, d. h. vor allem gewerkschaftliche und damit auch politische Gegenwehr – „innere

Feinde“ – stören in diesem Konzept und müssen somit unschädlich gemacht werden. Nicht ohne Grund war es bei der nationalsozialistischen Machtergreifung des Hitler-Faschismus das erste Ziel, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Angesichts des 50. Jahrestags des Überfalls deutscher Truppen auf Polen, dem Auslöser des Infernos, ist es an der Zeit, daß der anständige Teil dieser Gesellschaft ein Zeichen setzt. In diesem Sinne hat sowohl die Jugendkonferenz als auch die Ausländerkonferenz der IG Metall für den 1. September 1989 zu Mahnminuten für den Frieden aufgerufen. Dabei sollen die Zusammenhänge von Frieden und Arbeit thematisiert werden. Für die Gewerkschaften ist es notwendig, nicht nur darüber zu reden, daß sie politischer werden müssen, sondern Aktionsformen zu entwickeln, die die Konfliktfähigkeit in der betrieblichen Sphäre hervorrufen, damit wir nicht nur als „Lohnmaschine“, sondern als eine politisch verändernde Kraft glaubhaft überzeugen können.

Reinhard Hahn,
Gewerkschaftssekretär in der Abteilung
Jugend beim Vorstand der IG Metall

Historische Chance

Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb von „Volksfeststimmung am Rhein“. Die „FAZ“ registrierte „fast Huldigungen“. Andere Zeitungen wiederum verglichen den Jubel um die Gorbatschows mit dem um Kennedy bei dessen letzten Bonn-Besuch 1963. Reportern der elektronischen Medien verschlug die Sprache, als sie live von vieltausendfachen „Gorbi, Gorbi“-Rufen berichteten. Und in dem Glanze, der den sowjetischen Partei- und Regierungschef in Bonn und anderenorts umgab, sonnte sich jener Helmut Kohl, der vor noch nicht allzu langer Zeit Michail Gorbatschow mit Hitlers Propagandachef und Einpeitscher des totalen Krieges, Goebbels, verglichen hatte.

Ohne Zweifel wurde mit dem Gorbatschow-Besuch ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik aufgeschlagen und ein Schlußstrich unter die Zeit des kalten Krieges – oder, wie es Gorbatschow formulierte, „unter die Nachkriegsperiode“ – gezogen. Es besteht nun die historische Chance, zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit zu kommen. Vergessen werden darf dabei nicht der Anteil der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung an dem Normalisierungsprozeß, der 1970 zur Unterzeichnung des Moskauer Abkommens durch den damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Will Brandt führte, das nun auch vom CDU-Kanzler Kohl als Realität anerkannt wurde.

Nun werden Staatsbesuche von politisch denkenden Menschen nicht an der Phorstärke des Jubels gemessen, sondern an den Ergebnissen. Und diese können sich sehen lassen. Unterzeichnet wurden elf

Abkommen über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten, wobei zweifellos die von Gorbatschow und Kohl unterzeichnete „Gemeinsame Erklärung“ Priorität hat. In dieser Erklärung stimmen beide Seiten überein, „daß die Menschheit an der Schwelle zum dritten Jahrtausend vor historischen Herausforderungen steht“. Lebenswichtige Probleme jedoch „können nur gemeinsam von allen Staaten und Völkern bewältigt werden“, was neues politisches Denken erfordere.

An herausragender Stelle wird in der „Gemeinsamen Erklärung“ die Sicherung des Friedens genannt. Konkret treten die Bundesrepublik und die Sowjetunion für eine 50prozentige Reduzierung der „strategischen nuklearen Offensivwaffen der USA und der Sowjetunion“ ein. Befürwortet wird die „Herstellung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau“, und vereinbart werden sollen weitere vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in ganz Europa sowie ein „weltweites, umfassendes und wirksam nachprüfbares Verbot chemischer Waffen zum frühestmöglichen Zeitpunkt“.

Das sind nur wenige Punkte der Absichtserklärung, deren Verwirklichung auch der Bevölkerung der Bundesrepublik ein Teil ihrer Ängste vor der nuklearen Katastrophe nehmen könnte. Worauf es jetzt ankommt, formulierte Michail Gorbatschow, an Helmut Kohl gewandt, folgendermaßen: „Wir müssen die Vereinbarung mit konkretem Inhalt füllen, damit die Leute später nicht sagen: Die haben vieles versprochen, aber der Dampf reichte bei denen nur für die Pfeife aus.“

G. M.

280 Kaufhäuser wurden bestreikt Unternehmer gegen Bremer Abschluß

In letzter Instanz hat der 1. Senat des Bundesarbeitsgerichtes am 27. Juni entschieden, daß Streiks im Zusammenhang mit Ladenschluß- und Arbeitszeiten im Einzelhandel zulässig seien. Derartige Maßnahmen verstießen nicht gegen wettbewerbsrechtliche Vorschriften, denn das Recht, Arbeitsbedingungen selbständig zu regeln, sei den Tarifvertragsparteien grundgesetzlich garantiert. Mit diesem Urteil, das auf eine Klage des Hertie-Konzerns zurückgeht, wurden die seit vielen Wochen andauernden Tarifauseinandersetzungen für den Ladenschluß um 18.30 Uhr für rechtens anerkannt. Das aber hatten Kaufhauskonzerne und Supermärkte bestritten.

Seit der Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) nach zahlreichen vorausgegangenen Warnstreiks am 19. Mai grünes Licht für weitergehende Kampfmaßnahmen gegeben hatte, riß die Kette der Auseinandersetzungen nicht entzwei. Es kam zu den größten Streiks seit der Gründung der HBV vor gut 40 Jahren. „Die Beschäftigten drängen sich regelrecht zu Urabstimmungen und Arbeitskämpfen“, erklärte HBV-Vorsitzender Lorenz Schwegler.

GLOSSE

Verdächtig gekräht

Eigentlich ganz logisch, was CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger aus dem gefährlichen Anwachsen der „Republikaner“ bei der Europawahl folgerte: „Wir müssen den Kampf gegen rot-grün aufnehmen.“ Denn möglicherweise hätten ja die 7,1 Prozent Wähler dieser bräunlichen Partei ein Gegengewicht gegen SPD und Grüne schaffen wollen. – Und das will Dregger auch.

Logisch also aus seiner Sicht. Schließlich ist Dregger auch in seiner Partei ein rechter Flügelmann, dem vor Jahren schon Chiles Pinochet als recht harmlos erschien. Wer attackiert schon die lieben Nächsten, wo es doch für die CDU/CSU genug wirkliche politische Gegner wie Sozialdemokraten, Grüne, Kommunisten und andere Linke gibt. Und wer läßt sich auf die Position festlegen, unter keinen Umständen mit den REPs zusammenzuarbeiten? Dregger nicht.

Das wäre auch gegen die Tradition: Schon in der Weimarer Republik haben die Bürgerlichen die Rechten geschont und die Linken bekämpft. Und schaut man ins Tierreich, so gilt als gesicherte Erkenntnis, daß Krähen, gleich ob Saat- oder Nebelkrähen, einander kein Auge aushacken. Okulus

Bis zum 28. Juni, dem Tag, an dem dieser Artikel in Satz ging, wurden nach Angaben von HBV-Pressesprecher Claus Eilrich 280 Kaufhäuser und Supermärkte ganztag bestreikt. Die Zahl der Streikenden betrug 40000. Ebenso viele beteiligten sich an mehrstündigen Warnstreiks. Die Urabstimmungsergebnisse lagen über 90 Prozent. Bei einem großen Teil der Bevölkerung, besonders aber bei den Frauen, fanden die Streiks positive Resonanz. „Wir können unser Geld auch während der normalen Ladenöffnungszeiten ausgeben“, meinten viele und wünschten Erfolg.

An der Spitze des gewerkschaftlichen Forderungskatalogs stehen die tarifvertragliche Absicherung des Arbeitszeitendes 18.30 Uhr. Dazu kamen zwischen 6 und 7 Prozent liegende Lohn- und Gehaltsforderungen; zusätzliche Einkommensverbesserungen für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen wurden verlangt sowie die weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und tarifvertraglich vereinbarte Mindestarbeitsbedingungen für Teilzeitbeschäftigte.

Besonders der Angriff auf den Feierabend bewirkte die weitgehende Streikbereitschaft. Erklärmaßen wollen die ohnehin durch Leistungsdruck strapazierten Verkäuferinnen „nicht für Yuppies und Schickimickies“ noch spätabends im Laden stehen. Zusätzlichen Zündstoff lieferte die am 1. Juni von der CDU/CSU/FDP-Bundestagsmehrheit beschlossene Änderung des Ladenschlußgesetzes. Dieses Gesetz läßt die Möglichkeit offen, donnerstags einen Dienstleistungsabend einzuführen, der jedoch nicht zwingend vorgeschrieben ist, denn laut Betriebsverfassungsgesetz bestimmt der Betriebsrat über Dauer und Lage der Arbeitszeit mit.

Von der Gewerkschaft HBV und der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), die ihre Mitglieder ebenfalls zu Kampfmaßnahmen aufgerufen hatte, wird das Gesetz abgelehnt. Mit Recht sprach HBV-Vorsitzender Lorenz Schwegler von „Etikettenschwindel und Zumutung eines weiteren Sonderopfers für die Handelsbeschäftigten“. Und der Zweite Vorsitzende Dieter Steinborn bewertete die Änderung des

Ladenschlußgesetzes „in der heißen Phase der Tarifauseinandersetzung“ als „Provokation der 2,3 Millionen Beschäftigten“.

Schwerpunkt der Arbeitskämpfmaßnahmen war Nordrhein-Westfalen (NRW), mit rund 380000 Einzelhandelsbeschäftigten größter Tarifbezirk. Wie uns der zuständige Landesbezirksleiter Gerd Keuchel auf Anfrage mitteilte, fanden in diesem Bundesland 150 ganztägige Streiks statt. Dabei hatte es am 14. Juni so ausgesehen, als würden sich die NRW-Unternehmer bewegen; sie signalisierten Verhandlungsbereitschaft. Als Zeichen des guten Willens setzte die HBV bereits vorbereitete Arbeitskämpfmaßnahmen vorläufig aus.

Es folgten elfstündige Verhandlungen, die nichts brachten. Entgegen der signalisierten Bereitschaft, über konkrete Lösungsvorschläge zur tariflichen Absicherung des bestehenden Arbeitszeitendes zu verhandeln, bewegte sich kaum etwas, so daß Claus Eilrich „einen Schritt nach vorne und zwei Schritte zurück“ registrieren mußte. Diese wären mit seiner Gewerkschaft jedoch nicht zu machen. Das Entgegenkommen sei von den Unternehmern nicht honoriert worden. Ohne weiteren



Druck aus den Betrieben wären Ergebnisse, die den Interessen der Beschäftigten entsprechen, „offenbar nicht zu erreichen“. Und Lorenz Schwegler verwies darauf, daß die Streikbereitschaft von Woche zu Woche gestiegen sei. „Auf dieser Grundlage ist es möglich, jetzt auch zu wiederholten und mehrtägigen Streikaktionen überzugehen“, sagte er.

Aufgrund der Kampfbereitschaft, die in einigen Kaufhäusern zu zweistelligen Millionenumsatzeinbußen führte, begann die geschlossene Front der Einzelhandelsunternehmen zu wackeln. Am 24. Juni kam es zu ersten Abschlüssen in Bremen und Rheinland-Pfalz und am 26. Juni im Saarland. Während in Rheinland-Pfalz und Saarland festgelegt wurde, daß die Ladenöffnungszeiten donnerstags in solchen Fällen bis 20.30 Uhr verlängert werden können, wo die Unternehmer „Wettbewerbsnachteile“ befürchten, wurde in Bremen eine Protokollnotiz zum Tarifvertrag paraphiert, die besagt, daß nur bei existenzbedrohender Konkurrenz nicht tarifgebundener Unternehmen die Spätöffnung möglich sein soll. Selbst das „Handelsblatt“ vom 26. Juni muß eingestehen,

Stiefkind

Scharfe Kritik an der Jugendtarifpolitik übten die im April und Mai stattgefundenen Jugendkonferenzen von IG Metall und Deutscher Postgewerkschaft. Wie berechtigt diese Kritik ist, zeigt die jüngste Auswertung von Höhe und Struktur der Ausbildungsvergütungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Untersucht wurden die Daten von 200 Ausbildungsberufen (90 Prozent). Nur 11 Prozent der Auszubildenden erhielten am Stichtag 1. Oktober 1988 mehr als 800 DM, 84 Prozent zwischen 500 und 800 DM, weniger als 500 DM erhielten 5 Prozent.

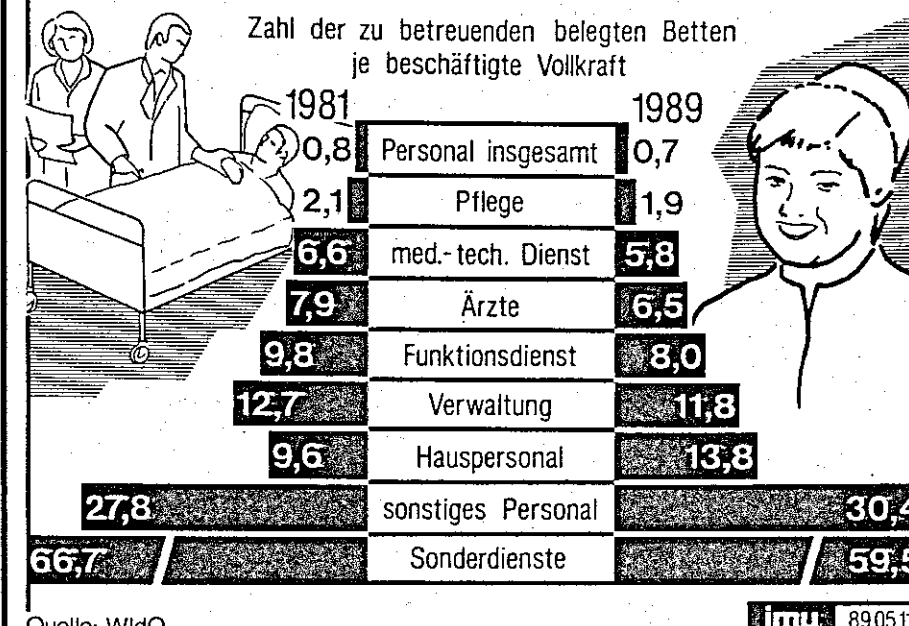
„Spitzenreiter“ sind besonders die Berufe, die schon länger über Nachwuchsmangel klagen, wie das Bauhandwerk und die Bauindustrie, wo die Auszubildenden monatlich 1065 DM erhalten, daneben auch die angehenden Bergmechaniker mit 1058 und der Beruf des Versicherungskaufmanns/frau mit 1053 DM monatlich. Wen wundert es, daß hauptsächlich die Berufe für Mädchen, wie das Damenschneiderhandwerk mit 233 DM im Monat und im Friseurhandwerk mit 406 DM am unteren Ende der Skala liegen. Die Industrie liegt mit 753 DM weit über dem Vergütungs-niveau des Handwerks mit 563 DM. Keine Rede ist davon, daß diese Beträge auch nur entfernt ein selbstbestimmtes Leben garantieren können.

Der Druck der fehlenden Ausbildungsplätze und die häufige Fehlqualifizierung in Klein- und Mittelbetrieben mit geringem Organisationsgrad haben offensichtlich die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in diesem so wichtigen Bereich der Tarifpolitik erheblich eingeschränkt. Allen Grund also, in den nächsten Jahren kräftig aufzuholen und mit Festgeldforderungen die Vergütungen an einen festen Prozentsatz der FacharbeiterInnenlöhne heranzuführen. B. G.

„daß das Schlupfloch für den späten Ladenschluß“ vor allem in Bremen sehr klein sei. Am gleichen Tage kündigte der Koordinator der Verhandlungen der Unternehmenseite, Lorenzen, an, daß die Bremer Protokollnotiz für die Einzelhandelsunternehmen „völlig unakzeptabel“ sei. Die Kuh ist also noch nicht vom Eis, wie es von vielen Einzelhandelsbeschäftigten erhofft wurde.

Bei den Lohn- und Gehaltserhöhungen einigten sich beide Seiten auf 3,9 Prozent oder mindestens 70 DM rückwirkend ab 1. Mai dieses Jahres und auf weitere 3,1 Prozent ein Jahr später, und ab 1. Mai 1991 gilt auch im Einzelhandelsbereich die 37-Stunden-Woche. Eine gründliche Einschätzung dieses Arbeitskampfes, mit einer Streikbereitschaft, die in diesem Maße selbst von der HBV nicht erwartet worden war, werden wir nach Abschluß dieser Tarifrunde vornehmen. G. M.

Betreuung im Krankenhaus



Pflegenotstand: Durchbruch für die ÖTV

Nach monatelangen Auseinandersetzungen, deren Höhepunkt die Streiks Mitte Mai bildeten, gelang der ÖTV ein tarifpolitischer Durchbruch im Gesundheitswesen, einem Bereich, der bisher als ungeeignet für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen galt und der durch Kostenexplosion und Blümsche Reformen arg im Gerede war. Was die Beschäftigten samt Gewerkschaft an Aufklärung, Mobilisierung und Solidarisierung zuwege brachten, kann sich sehen lassen. Alles sprach vom Pflegenotstand und den Arbeitsbelastungen der Beschäftigten, Blüm genauso wie Vertreter der Standesorganisationen, Wohlfahrtsverbände ebenso wie die Deutsche Krankenhausgesellschaft.

Das Ergebnis ist beachtlich: Für die rund 200000 Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege kam eine Erhöhung der Gehälter zwischen 168 DM und 300 DM brutto heraus, was einem Plus von insgesamt fast 10 Prozent entspricht. Erstmals für diesen Bereich wurden Schichtzulagen zwischen 70 DM und 150 DM im Monat vereinbart. Samstagsarbeit und Nachtdienst werden künftig ebenfalls deutlich besser bezahlt. Und was nicht zu unterschätzen ist: Als wesentliche Nutznießer/innen sind die Beschäftigten in der Grund- und Behandlungspflege anzusehen, also rund 45 Prozent aller Klinikbeschäftigten. Alle zwei beziehungsweise vier Jahre werden sie in die nächst höhere Gehaltsgruppe eingestuft, bereits geleistete Dienstjahre werden angerechnet. Berufsanfänger werden künftig eine Stufe höher eingruppiert.

Als eine kleine Sensation betrachtet die Gewerkschaft die Tatsache, daß die Beschäftigten in der Altenpflege in den Tarif-

vertrag einbezogen sind. Für die rund 35000 Altenpflegerinnen und -pfleger geschieht dies zum ersten Mal. Sie werden damit den Krankenschwestern gleichgestellt und nicht mehr wie bisher nach Arbeitgeberrichtlinien bezahlt. Das gesamte Vertragswerk kostet nach übereinstimmenden Angaben von Gewerkschaft und Arbeitgebern runde 1,4 Milliarden DM. Und dennoch geschieht das Erstaunliche: Nicht nur die ÖTV und die Beschäftigten freuen sich. Auch Arbeitgeber und sogar der Bundesarbeitsminister, sonst jeglichem Anspruchsdenken abhold, zeigen sich „befriedigt“.

Derartiges weckt in der Regel erst einmal Mißtrauen. Und in der Tat: Substantielle Forderungen der ÖTV konnten noch nicht verwirklicht werden. Dazu gehört die strukturelle Aufwertung der Pflegeberufe ebenso wie die angepeilte generelle Höhergruppierung. Auch Neueinstellungen sind noch in der Ferne. Es ist daher nur logisch, daß sich die ÖTV mit dem jetzigen tarifpolitischen Erfolg nicht zufriedengibt. Das erzielte Ergebnis allein kann natürlich den Pflegenotstand noch nicht beheben. Die ÖTV bleibt daher weiter am Ball und verlangt „wirksame Maßnahmen zur Reform der Pflegeberufe und der inneren Strukturen der Krankenhäuser“.

In den Wochen und Monaten der Tarifbewegung wurde sichtlich Abstand genommen vom Berufsbild des demütigen Samariters. Nun gilt es, insofern ein Stück Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen zu verwirklichen, als die fachliche Kompetenz der Beschäftigten nicht mehr zerrieben werden darf zwischen Gerätemedizin und mittelalterlich anmutenden Strukturen.

R. B.

Jetzt 936 DM

Die IG Chemie – Papier – Keramik hat mit den Chemieunternehmen am 14. Juni die Aufstockung der vermögenswirksamen Leistungen von bisher 624 auf 936 DM pro Jahr vereinbart. Ein entsprechender Tarifvertrag gilt ab 1. Juli 1989 für die rund 690 000 Beschäftigten im Bereich der chemischen Industrie. Für Auszubildende wurde der Betrag von 312 auf 468 DM angehoben. Ab 1992 sollen sie 624 DM und ab 1994 den vollen Betrag von 936 DM bekommen. Außerdem wurde eine „Ausgleichszahlung“ vereinbart, die 156 DM (für Auszubildende 78 DM) beträgt und am 1. Oktober 1989 auszuzahlen ist, wenn sie nicht auch im Rahmen der Sparförderung angelegt wird.

Mit diesem Abschluß hat die IG Chemie einer aufkommenden „Nachschlagdiskussion“ die Spitze nehmen wollen. Schon im Oktober vergangenen Jahres hatte der Hauptvorstand angekündigt, angesichts der Hochkonjunktur in der chemischen Industrie, steigender Preisentwicklung und festgeschriebener Entgelttarifverträge die Kündigung der Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen und über das 13. Monatseinkommen zu erwägen. Tarifsekretär Horst Mettke erklärte am 25. Oktober: „Eine Nachschlagdiskussion vor dem Hintergrund der geradezu phantastischen wirtschaftlichen Entwicklung in der chemischen Industrie, aber auch unter der Beachtung, daß die Preissteigerungsrate nicht unter 2 Prozent bleibt, macht eine sorgfältige Überprüfung unserer Tarifvertragsvereinbarungen notwendig.“

In einem Spitzengespräch am 4. November 1988 trug die IG Chemie den Unternehmen dann erstmals die entsprechenden Forderungen vor. Dabei unterstrich sie das Prinzip, an dem letzten Tarifabschluß mit dreijähriger Laufzeit bis 1990 festhalten zu wollen, aber in anderen Bereichen einen Ausgleich zu suchen. In der chemischen Industrie wird im Rahmen des dreijährigen Abkommens in diesem Sommer die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich und eine Erhöhung der Entgelte um nur 2 Prozent wirksam.

Mit der einmaligen Ausgleichszahlung von 156 DM im Rahmen des 13. Monatseinkommens und der Aufstockung der Sparförderung auf 936 DM kann der durch die langfristige Einkommensbindung entstehende Reallohnverlust kaum aufgefangen werden. Die daraus resultierende Belastung für die chemische Industrie, die von Unternehmenseite mit 200 Millionen DM angegeben wird, wurde vom Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes als „in der gegenwärtigen Konjunkturlage auch vertretbar“ bezeichnet. Man wird übrigens auch gegenrechnen müssen, daß die Beendigung der Vorruhestandsregelung Ende 1988 ersatzlos erfolgte, obgleich die IG Chemie für entsprechende Tarifverträge seinerzeit die Prozentsätze ihres Forderungsvolumens reduziert hatte.

G. S.

IGM wehrt sich gegen Leichtlohngruppen

Gegen die Diskriminierung von Frauen in der Metallindustrie durch sogenannte Leichtlohngruppen will sich die IG Metall wehren. Wie der Dortmunder IG-Metall-Bezirksleiter Bernhard Kolks am 9. Juni erklärte, sind allein in Nordrhein-Westfalen rund 30 000 Frauen in solche Gruppen eingruppiert, in denen die Arbeit als „leicht“ bezeichnet wird, weil die Muskelbelastung gering ist. Andere Belastungen wie Monotonie oder Lärm bleiben unberücksichtigt. Wie Kolks erklärte, wollen nun Betriebsräte und Gewerkschaften in jedem einzelnen Fall die Eingruppierung unter die Lupe nehmen und Höhergruppierungen durchsetzen. Zwar lägen erste Ergebnisse vor, dennoch seien heftige Konflikte mit den Unternehmern zu erwarten. „In keinem anderen Bereich der Tarifpolitik ist der Widerstand der Arbeitgeber so groß wie bei dem Versuch, Frauendiskriminierung abzubauen“, erklärte der IG-Metall-Bezirksleiter.

95 Prozent für Streik brachte den Abschluß

Für die rund 14 000 Beschäftigten der nordrhein-westfälischen Süßwarenindustrie wurden am 9. Juni neue Tarifverträge abgeschlossen. Ab 1. Oktober dieses Jahres gilt die 38-Stunden-Woche, die Jahressonderzuwendung wird erhöht. Darüber hinaus gibt es mehr Urlaubsgeld und mehr Urlaub. Rückwirkend zum 1. April werden die Entgelte um 3 Prozent und ab 1. April 1990 um 2,8 Prozent aufgestockt. Außerdem sind nach Angaben der zuständigen Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten die Flexibilisierungsforderungen der Unternehmer vom Tisch. Dem Tarifabschluß war Anfang Juni eine Streikurabstimmung vorausgegangen. Rund 95 Prozent der beteiligten Gewerkschaftsmitglieder hatten sich für den Arbeitskampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen entschieden.

Gehaltserhöhungen für Redakteure

Mitte Juni schloß die Fachgruppe Journalismus in der IG Medien in vierter Verhandlungsrunde neue Tarifverträge für Redakteure und „Freie“ an Tageszeitungen ab. Der Vertrag sieht rückwirkend ab 1. Mai eine Gehaltserhöhung um 4,1 Prozent vor. Die gleiche Erhöhung erhalten auch freie arbeitnehmerähnliche Journalistinnen. Damit wurde erreicht, daß der lineare Abschluß für diesen Personenkreis nicht wie in den vergangenen Jahren unter dem der RedakteurInnen liegt. Neu ist auch, daß zum ersten Mal seit Abschluß eines Tarifvertrages die Honorarerhöhung rückwirkend gezahlt wird. Die Zeitungsverleger verpflichteten sich, nach den Sommerfe-

rien mit dem Verband Hessischer Zeitungsverleger über einen Tarifvertrag für freie arbeitnehmerähnliche Journalistinnen zu verhandeln. Ein solcher Tarifvertrag wird den hessischen „Freien“ seit elf Jahren vorenthalten. Das führte im letzten Jahr zu Streiks der Betroffenen, die von der IG Druck und Papier sowie den Beschäftigten der Technik solidarisch unterstützt wurden.

Auch für RedakteurInnen an Zeitschriften wurde eine Erhöhung der Gehälter um 4,1 Prozent, ebenfalls rückwirkend ab 1. Mai, durchgesetzt. Zusätzlich werden die Tarifsätze der Gehaltsgruppe I im 1. Berufsjahr ab 1. September 1990 um 30,- DM und im 2. und 3. Berufsjahr um 50,- DM aufgestockt. In der Gehaltsgruppe II wird ab September nächsten Jahres die neue Gruppe „ab dem 15. Berufsjahr“ eingeführt, mit einem Gehalt, das um 5,2 Prozent über dem Gehalt ab dem 10. Berufsjahr liegt.

IG Bau fordert gesichertes Einkommen

Auf dem am 10. Juni stattgefundenen Bauarbeitertreffen des Bezirksverbandes Koblenz in Wirges hat der stellvertretende Bundesvorsitzende der IG Bau – Steine – Erden, Bruno Köbele, erneut „ein ganzjährig gesichertes Einkommen bei ganzjähriger Beschäftigung“ gefordert. Dies werde das nächste gewerkschaftliche Hauptziel sein. Selbstverständlich müsse ein solches Einkommen auf dem Niveau des Durchschnittseinkommens gewerblich Beschäftigter in den übrigen Industriezweigen liegen.

Lohnsteuerbelastung: 1989 neuer Rekord

Auf die neue Rekordmarke von 18,8 Prozent wird nach Angaben der WSI-Mittelungen von Juni die Lohnsteuerquote in diesem Jahr anwachsen. Damit setzt sich der seit 1960 ununterbrochene Anstieg der Lohnsteuerquote fort, die damals bei 6,3 Prozent lag. Rückläufig ist dagegen die Steuerquote der Unternehmer. Betrug sie 1977 noch 24,7 Prozent, so sank sie im vergangenen Jahr auf 13,8 Prozent. Das WSI schätzt zwar, daß die Gewinnsteuerquote in diesem Jahr 11,4 erreichen könnte, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß der Wegfall der Quellensteuer auf Kapitalerträge ab 1. Juli das Gesamtsteueraufkommen der Unternehmer geringer ausfallen lassen wird. Noch einige weitere Fakten sind aufschlußreich: Betrug die Lohnsteuer 1960 noch 7,910 Milliarden Mark, so stieg sie 1988 auf 165 Milliarden und wird 1989 176,4 Milliarden und folglich das 22,3fache erreichen, während die Steuern aus Unternehmen und Vermögen von 19,2 Milliarden im Jahre 1960 auf 78,57 Milliarden 1988 stiegen und wahrscheinlich 1989 86,42 Milliarden erreichen werden. Das ist das 4,5fache.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Entnommen sind die Zahlen dem Bericht des Tarifarchivs des WSI beim DGB-Bundesvorstand von Ende Oktober 1988.

31. Juli / 31. August – 0,15 Mio.

Einzelhandel Schleswig-Holstein (55 100); Hotel- und Gaststättengewerbe Schleswig-Holstein (21 700); Bäckerhandwerk Hessen (14 500); Dachdeckerhandwerk Bundesgebiet und Westberlin (9 400); Milchindustrie, Schmelzkäseindustrie Bayern (5 600); Brot- und Backwarenindustrie Rheinland-Pfalz (3 900). – **31. August:** Brauereien Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen (17 500); Kürschnerhandwerk Bundesgebiet (6 300); Bäckerhandwerk Westberlin (5 200); Bewachungsgewerbe Schleswig-Holstein (2 200); Nahrungsmittelindustrie Niedersachsen (1 900).

30. Sept. bis 31. Dez. – 0,65 Mio.

Kali- und Steinsalzbergbau Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Südbaden (12 000); Versicherungsvermittler/VGA-Köln (5 000); Molkereien bayerischer Allgäu (4 000); **31. Oktober:** privates Bankgewerbe, öffentliche und Genossenschaftsbanken Bundesgebiet und Westberlin (356 100); Gebäude-reinigerhandwerk Nordrhein-Westfalen (27 000); Baustoff-Großhandel Baden-Württemberg (10 000). **30. November:** Steinkohlenbergbau Ruhr, Saar, Aachen, Ibbenbüren (171 000); Rheinische Braunkohlenwerke (16 600). **31. Dezember:** Tischlerhandwerk Bayern (28 500); Hotel- und Gaststättengewerbe Westberlin (19 500); Taxis und Mietwagen Bayern (8 000); Glaserhandwerk Baden-Württemberg (7 000); Brennstoffhandel Nordrhein-Westfalen (3 000).

31. Jan. bis 28. Febr. 1990 – 0,1 Mio.

Aufzugbauer-, Schlosser- und Schmiedehandwerk Bayern (46 200); Feinmechaniker-, Kälteanlagenbauer-, Klempner-, Mechaniker-, Schlosser- und Schmiedehandwerk Schleswig-Holstein (19 400); Sägeindustrie Bayern (10 400); Beamtenheimstättenwerk Bundesgebiet und Westberlin (5 000); Deutsche Service-Gesellschaft der Bahn Bundesgebiet (3 100); **28. Februar:** Tischler-Handwerk – einschl. Glaser- und Fensterbauerhandwerk Rheinland-Pfalz (9 000); Fotobearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebe Bundesgebiet und Westberlin (3 100); Fahrzeug- und Karosseriebauhandwerk Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland (2 300).

Beschäftigungsperspektiven für Bochum diskutiert

Am 2. und 3. Juni führte die IG-Metall-Verwaltungsstelle Bochum, anknüpfend an die Zukunftskonferenzen der IG Metall im vorigen Jahr, eine Fachtagung durch zum Thema: „Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit – Möglichkeiten und Chancen für unsere Stadt – wie wollen wir morgen arbeiten.“ In einem großen Ratschlag sollte über die Zukunft der Erwerbsarbeit diskutiert werden. Eingeladen waren Gewerkschaftsmitglieder, Unternehmer, Wissenschaftler und Politiker.

Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Ludger Hinse, stellte fest, daß angesichts der gegenwärtigen Hochkonjunktur die nach wie vor vorhandenen Strukturschwächen überdeckt würden und die politischen Versprechungen des Vorjahres, angesichts der Bewegungen in Hattingen, Oberhausen und Rheinhausen im Sande steckengeblieben seien. Von Beschäftigungsgesellschaften spreche niemand mehr.

Hinse warnte eindringlich davor, die gegenwärtige Hochkonjunktur für das Nichtstun zu benutzen. Die Gewinne, die die Unternehmer gegenwärtig auch im Ruhrgebiet einstrichen, müßten eingesetzt werden, um Ersatzarbeitsplätze zu schaffen und neue Arbeitsplatz- und Industriestrukturen zu gestalten.

Wenn Betriebsräte und Gewerkschaften sich nicht darum kümmerten, daß neue Produkte und neue Strukturen geschaffen würden, dann würden sie in die Rolle gedrängt, nur noch über Massenentlassungen zu reden, über Sozialpläne zu verhandeln und gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu demonstrieren. Wenn Unternehmer nichts unternähmen, wäre es Aufgabe von Betriebsräten und Gewerkschaften, sich einzumischen und dafür zu sorgen, daß neue Produkte auch nach Bochum kämen.

Die Krisenerfahrungen hätten dazu geführt, Überlegungen anzustellen, wie eine bessere Wirtschaftspolitik in Bochum gemacht werden kann. Daraus seien dann die „Forderungen der IG Metall zur Neu- und Umstrukturierung der Bochumer Wirtschaftspolitik“ entstanden, die nach einer langen und intensiven Diskussion mit den Betriebsräten in den Bochumer Betrieben und dann in der Vertreterversammlung der IG-Metall-Verwaltungsstelle verabschiedet worden seien. Die IG Metall geht davon aus, daß eine realistische Wirtschaftspolitik nur auf der Grundlage der bestehenden Strukturen Bochums betrieben werden könne und hierbei die entsprechenden Prioritäten zu setzen seien.

Um die Zusammenarbeit der Kommune mit den Unternehmen, den Betriebsräten, der Ruhr-Universität, den Fachhochschulen und den Gewerkschaften verstärken zu können, fordert die IG Metall als dauernde Einrichtung in Bochum einen Strukturrat. Während alle gesellschaftlichen Gruppen Bochums die Position der IG

Metall unterstützen, lehnt allerdings die Industrie- und Handelskammer diesen Vorschlag ab, da er „dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft“ widerspreche.

In dem Forderungskatalog werden detaillierte Vorstellungen zur Wirtschaftsförderung, zur Umweltpolitik, zur Produktinnovation und Forschungszusammenarbeit, zur Qualifizierung der Beschäftigten und zur Verkehrspolitik entwickelt.

Forderungen

der IG Metall
zur Neu- und Umorientierung
der Bochumer Wirtschaftspolitik

Ludger Hinse meinte, wer die Gesellschaft verändern wolle, brauche Mut zur Utopie. Aus einer Politik, die sich nur bemühe, das Schlimmste zu verhindern, erwachse keine Kraft zum Umdenken. Die IG Metall wolle den Menschen in Bochum neue Zukunftschancen eröffnen.

Nach der Rede des Direktors der Werke Bochum der Adam Opel AG, Wolfgang Strinz, dürfte jedem Gewerkschafter und jeder Gewerkschafterin klar geworden sein, wie schwierig es sein wird, ihre Forderungen zu realisieren. Während die IG Metall z. B. die Modernisierung des Verkehrsnetzes mit Schwerpunktförderung des Schienenverkehrs anstrebt, will Strinz die Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals erhöhen: „Das Zauberwort heißt ‚Just in Time‘, und das bedeutet unvermeidlich die Verlagerung von Transporten von der Schiene auf die Straße.“

Während die IG Metall das freie Wochenende verteidigen will, meint Strinz: „Wir benötigen aber dringend eine Verlängerung der betrieblichen Nutzungszeiten in kapitalintensiven und Engpaßbereichen.“ Die befristeten Betriebsvereinbarungen, die Nutzungszeiten von maximal 136 Stunden pro Woche erlauben, seien gut, aber keine Ideallösung. Aus wirtschaftlichen Gründen sei es unbedingt erforderlich, „die teure Mehrarbeit an Samstagen abzuschieben und diesen Tag in ein rollierendes Schichtsystem oder auf andere Weise in den normalen Arbeitsrhythmus mit einzubeziehen“.

H. Sch.

Tendenz steigend

Eine alte Forderung der Gewerkschaftsbewegung ist die nach gleichen Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Wenn gleich noch meilenweit von diesem Ziel entfernt, vor allem was gleiche Qualifikation und Entlohnung, aber auch die Chancen zum Zugang auf den Arbeitsmarkt betrifft (die Frauenarbeitslosenquote, die nur die „registrierten“ Zugangswünsche benennt, liegt stets deutlich über der entsprechenden Männerquote), ist doch der Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung insgesamt in den letzten Jahren gestiegen. Wie die Tabelle 4 zeigt, stieg im Zeitraum 1973 bis 1987 auch die Quote der erwerbstätigen Frauen von 31,2 auf 36,6 Prozent. Zum Vergleich: Die Männererwerbsquote lag 1987 bei 60,7 Prozent. Zu berücksichtigen ist, daß diese Quoten die Angehörigen des jeweiligen Geschlechts von der Geburt bis zum Tod erfaßt. Immerhin waren 1987 rund 1,6 Mio. mehr Frauen erwerbstätig als 1973. Mit Ausnahme des Jahres 1975 (Beginn der Krise) stieg ihre Zahl kontinuierlich an. Freilich sagt die Zahl allein nichts über die Qualität der Frauenarbeitsplätze aus.

Um weitere Aufschlüsse über die geschlechtsspezifischen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten, ist eine Betrachtung der verschiedenen Altersgruppen vorteilhaft. Zunächst fällt bei den 15- bis 19-jährigen auf, daß hier die Erwerbstätigenquote zwischen 1973 und 1987 von 46,5 auf 39,6 Prozent gefallen ist. Darin kommt sicher zuerst der mit längeren Schulzeiten verbundene spätere Eintritt in die Arbeitswelt zum Ausdruck, wenngleich auch hier die Diskriminierung von weiblichen Schulabgängern gegenüber männlichen Lehrstellenbewerbern enthalten ist. In der Altersklasse 20 bis 24 erreicht die Gruppe der Frauen dann ihre höchste Erwerbsquote: 75 Prozent. Bei den Männern sind es 81,5 Prozent, mit weiter steigender Tendenz. Ab 30 Jahren überschreiten sie die 95-Prozent-Marke, die erst wieder ab dem 50. Lebensjahr unterschritten wird. Zwischen 55 und 59 Jahren sind noch vier von fünf Männern erwerbstätig.

Anders bei den Frauen: Heirat und Kindererziehung, die traditionell den Frauen aufgebürdet wird, läßt die Erwerbsquote unter den 25- bis 29-jährigen wieder auf 67,2 Prozent, im 4. Lebensjahrzehnt sogar auf rund 62 Prozent sinken. Nur unter den 40- bis 44-jährigen steigt sie noch einmal geringfügig an, auf 63,2 Prozent, entsprechend dem Wunsch, nach langen Jahren der Kindererziehung wieder ins Berufsleben zurückzukehren. Der geringe Anstieg sagt sicher auch einiges darüber aus, wie schwierig wohl sehr häufig dieser Schritt nun ist. Fehlende Qualifikationen, Hindernisse dabei, diese zu erwerben, einerseits, sowie traditionelle Klischees bei der Rollenverteilung in der Familie, aber auch gesicherte Familieneinkommen (meist männliche!) andererseits dürften als Gründe angenommen werden, wenn Frauen

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	April 1989	Veränderung in v. H. gegenüber März 1989	April 1988
Produktion ¹	112,6	- 2,3	+ 7,2
Auftragseingänge ²	158,7	- 6,3	+ 18,3

¹ Index 1985 = 100

² nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

2. Preise

Index 1980 = 100	April 1989	Veränderung in v. H. gegenüber März 1989	April 1988
Lebenshaltung	125,9	+ 0,6	+ 3,0
Industriepreise ¹	99,2	+ 0,5	+ 3,5
Importpreise	85,5	+ 0,8	+ 7,3
Exportpreise	102,3	+ 0,3	+ 3,8

¹ 1985 = 100

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	April 1989	Veränderung in 1000 gegenüber April 1988	April 1988
Arbeitslose	1947	- 88	- 202
Kurzarbeiter	96	- 104	- 102
Offene Stellen	249	+ 11	+ 53

(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Frauenerwerbstätigkeit (in 1000)

Frauenerwerbsquoten (in v. H.) nach ausgewählten Altersgruppen

		darunter: im Alter von ... bis ...						
		Gesamt	15-19	20-24	25-29	30-34	55-59	60-64
weibliche Bevölkerung (in 1000)	1973	32299	2097	1968	1796	2272	1486	2187
	1978	32115	2404	2024	2025	1789	2005	1569
	1987	31850	2139	2562	2346	2069	1862	2008
weibliche Erwerbspers. (in 1000)	1973	10065	976	1379	1003	1131	570	464
	1978	10159	1060	1414	1221	961	781	192
	1987	11656	848	1921	1567	1303	763	229
Erwerbsquote (in v. H.)	1973	31,2	46,5	70,1	56,4	49,8	38,4	21,2
	1978	31,6	44,1	69,8	60,3	53,8	38,9	12,2
	1987	36,6	39,6	75,0	67,2	62,2	40,3	11,4

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1-4.1.1)

nun beim möglichen Wiedereintritt ins Berufsleben scheitern, den Wunsch zurückstellen oder schließlich aufgeben. Ein Vergleich der entsprechenden Zahlen zwischen verheirateten und ledigen Frauen unterstützt diese Annahmen.

Während bei ledigen Frauen die Erwerbsquote in der Altersklasse 30 bis 39 knapp die 90 Prozent überschreitet und auf hohem Niveau bis zum 59. Lebensjahr anhält (74 Prozent der 55- bis 59-jährigen), liegt sie bei den verheirateten Frauen in denselben Zeiträumen zwischen rund 55 und

etwa 35 Prozent, inklusive dem oben erwähnten kleinen „Hoch“ der Erwerbsquote zu Beginn des 5. Lebensjahrzehnts (58 Prozent), das bei Verheirateten etwas deutlicher ausfällt. Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß die allgemein steigende Frauenerwerbsquote, im Gegensatz zu den Männern, sich auch im Altersabschnitt ab 55 Jahren fortsetzt. Dies kann als starkes Indiz für mangelhafte Renten(ansprüche) gewertet werden. Noch 6 Prozent der ledigen Frauen im Alter von 70 bis 74 Jahren gehen einer Erwerbsarbeit nach.

B. K.

Auch aus dem Handwerk muß der „Pickelhaubengeist“ verschwinden

Interview mit Manfred Molz, Bezirkssekretär des IG-Metall-Bezirks Stuttgart

Mit rund 860 000 Beschäftigten ist das Metallhandwerk ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Was die gewerkschaftliche Seite betrifft, so sind nur 116 000 in der IG Metall organisiert. Die geltende Handwerksordnung ist, wie der zuständige IG-Metall-Sekretär im Bezirk Stuttgart, Manfred Molz, in dem folgenden Interview mit unserem Redakteur Heinz Schäfer erklärt, „ein Relikt aus dem Mittelalter“. Zur Situation der Beschäftigten und zu den gewerkschaftlichen Aufgaben beantwortet Manfred Molz weitere Fragen.

NACHRICHTEN: Wie siehst du die Situation der Beschäftigten des Metallhandwerks im Bezirk Stuttgart?

Manfred Molz: Auch für das Metallhandwerk gelten Gesetze, Tarifverträge und Unfallverhütungsvorschriften. Dennoch wird zu oft dagegen verstoßen. Das soziale Gefälle gegenüber der Industrie ist in manchen Bereichen unverträglich groß. Dies bezieht sich auf den Gegenwert der erbrachten Leistung, den Lohn, ebenso wie auf die Arbeitsbedingungen. Dort, wo sogenannte „Vorverträge“ abgeschlossen werden, werden die Auszubildenden um Tausende Mark betrogen.

Die Handwerkskammern als öffentlich-rechtliche Anstalten arbeiten einseitig für die Arbeitgeber – das ist Aufgabenmißbrauch. Offizielle Unterlagen, Daten, Fakten zur Beurteilung des zweitgrößten Wirtschaftsbereiches sind kaum vorhanden. Die letzte Handwerkszählung fand im Jahr 1977 statt. Ergänzend muß gesagt werden, daß die Handwerksordnung ein Relikt aus dem Mittelalter ist. Dieser „Pickelhaubengeist“ der Handwerksordnung benachteiligt – oder, wenn ich z. B. an die Handwerkskammerwahlen denke – diskriminiert die im Handwerk Beschäftigten.

NACHRICHTEN: Wie stellt sich die IG Metall auf diese vorhandene Situation ein?

Manfred Molz: Zuerst muß die gewerkschaftliche Organisation im Handwerk verbessert werden. Das ist keine leichte Aufgabe. Auch unsere Gewerkschaft wird mit Problemen aller Art geradezu überhäuft, so daß Kräfte gebunden werden, die dann für die Arbeit im Handwerk fehlen. Aber dennoch müssen wir auch mit diesem Problem fertig werden, denn wir haben im Handwerk ein riesengroßes Reservoir.

NACHRICHTEN: Wie sieht dieses aus?

Manfred Molz: Nach der Handwerkszählung 1977 haben wir in Baden-Württemberg im Kfz-Handwerk 60 Betriebe mit durchschnittlich 182 Beschäftigten, im Schlosser- und Schmiedehandwerk 58 Betriebe mit durchschnittlich 175 Beschäftigten und im Heizung/Klima/Sanitärhandwerk 24 Betriebe mit durchschnittlich

206 Beschäftigten. Für das Elektrohandwerk lauten die Zahlen: 19 Betriebe mit 129 Beschäftigten und für das Mechanikerhandwerk: zwölf Betriebe mit 126 Beschäftigten. Dies ist für uns ein konkreter Arbeitsansatz, dem wir bis jetzt aber nicht gerecht werden konnten.

NACHRICHTEN: Gibt es da bei euch schon konkrete Vorstellungen?

Manfred Molz: In Verwaltungsstellen, die sich nicht auf industrielle Großbetriebe



stützen können, ist schon heute das Handwerk stärker vertreten. Daraus schließe ich, daß für alle Verwaltungsstellen als reale Aufgabe gilt, die großen Handwerksbetriebe für die gewerkschaftliche Arbeit zu erschließen. Schon eine Betriebsversammlung mehr im Jahr wäre leistbar und ein beachtlicher Erfolg. Ich denke aber auch daran, daß es uns gelingen müßte, neue Betriebsräte zu gründen und alle Betriebsratsmitglieder für die IG Metall zu gewinnen. Auch der Arbeit an den Berufsschulen müssen wir größere Aufmerksamkeit widmen und dort organisationspolitisch ansetzen. Wir müssen endlich der Erkenntnis gerecht werden, daß das Handwerk keine Personengruppe im üblichen Sinne, sondern ein maßgeblicher Wirtschaftszweig ist. Im Handwerk wird eine eigenständige Tarifpolitik gemacht, und damit beschreiten wir den „Königspfad“ gewerkschaftlicher Arbeit. Deshalb müssen wir auch bereit sein, die

notwendigen Investitionen für die Zukunft vorzunehmen.

NACHRICHTEN: Auf der Handwerkskonferenz der IG Metall wurde auf das Beispiel Velbert/Wuppertal verwiesen. Könnte dies auch im Bezirk Stuttgart Realität werden?

Manfred Molz: Ja, dort wurde bekanntlich von zwei Verwaltungsstellen ein Handwerkssekretär eingestellt, der erfolgreich arbeitet. Dieses Beispiel könnte bei uns z. B. auf die Bildungsregionen (bis zu drei Verwaltungsstellen) übertragen werden.

Ich denke, daß eine bessere Verankerung der Handwerksarbeit über eine gezielte Einbindung in die Gremien der Organisation, vor allem in Vertreterversammlung und Ortsverwaltung, erreicht werden kann. Man könnte z. B. den Funktionären (Betriebsräten) im Handwerk die Teilnahme an der Vertreterversammlung mit Beratungsrechten ermöglichen, um sie so in den allgemeinen politischen Diskussionsprozeß zu integrieren.

NACHRICHTEN: Könnten auch Nichtorganisierte in die gewerkschaftliche Arbeit einbezogen werden?

Manfred Molz: Mitgliederversammlungen, Zusammenkünfte der Vertrauensleute und Betriebsräte könnten sich in manchen Situationen durchaus für Nichtmitglieder öffnen, um sie auf den „Pfad der Tugend“, also in die Gewerkschaft, zu führen.

NACHRICHTEN: Wie sieht es angesichts der Vielgestaltigkeit der Struktur des Handwerks mit der Tarifpolitik aus?

Manfred Molz: Wir schließen in neun Tarifbereichen Tarifverträge ab. Wenngleich wir flächendeckend nicht wie in der Industrie gewerkschaftlich so vertreten sind, sind wir punktuell jedoch stark genug, um zu entsprechenden Aktivitäten und Aktionen durchaus in der Lage zu sein. Dies führte schließlich auch im Handwerk zur Arbeitszeitverkürzung. Es gelang uns ein Jahr nach der Metallindustrie, den Schritt zur 38,5-Stunden-Woche zu tun und dabei auch in allen Bereichen die Auszubildenden mit einzubeziehen, die Differenzierung zu verhindern und die Flexibilisierung eng zu begrenzen. In einigen Bereichen haben wir bereits die 37-Stunden-Woche durchgesetzt.

Allerdings wünsche ich mir eine bessere bundesweite Koordinierung der handwerklichen Tarifpolitik, um der zentralen Steuerung der Unternehmer besser entgegenwirken zu können. Dies gilt insbesondere für die sogenannten Pilotabschlüsse. Unser tarifpolitischer Grundsatz lautet: Unterhalb einer bestimmten „Schamgrenze“ wird nicht abgeschlossen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir den sogenannten „tariflosen Zustand“ hinnehmen müssen, d. h., von einem bereits gefundenen Kompromiß kann es keinen weiteren, schlechteren Kompromiß geben.

Grundsatz ist auch, daß die Auszubildenden mit berücksichtigt werden, denn wir

DGB-Jugend: Der Staat wird seinen Aufgaben nicht gerecht

Bei der 13. DGB-Landesjugendkonferenz Baden-Württemberg vom 23. bis 25. Juni im DGB-Jugendcamp Markelfingen kam es u. a. in der Antragsdebatte zu einer interessanten Kontroverse um einen wirtschaftspolitischen Antrag, der die Intention hat, offensive Strategien für die Gewerkschaften zu entwickeln.

Die nach wie vor wichtigen arbeitszeitverkürzenden Maßnahmen reichten nicht aus, um das Übel der Wirtschaftskrisen an der Wurzel zu beseitigen. In diesem Sinne wurden Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken und die Erstellung wirtschaftlicher Rahmenpläne unter Beteiligung der Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaften, Ausweitung öffentlicher Investitionen und Dienstleistungen in Feldern des gesellschaftlichen Bedarfs und weitere wirtschaftspolitische Forderungen gestellt.

Gleichzeitig wurde eine Grundsatzprogrammänderung angeregt, da sich dort gegenwärtig eine Formulierung finde, die der bundesrepublikanischen Realität, die durch einen unübersehbaren wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß geprägt ist (Konzentration stellt eine zentrale Krisenbewältigungsstrategie des Kapitals dar), nicht gerecht werde. Dort heißt es nämlich, daß der demokratische Staat die

lassen diese schwächere Gruppe nicht im Regen stehen. Da die Auszubildenden immer älter werden und im dritten und vierten Ausbildungsjahr an die Arbeitsleistung eines Gesellen herankommen, habe ich keine Hemmungen, Ausbildungsvergütungen bis an das Niveau der untersten Lohngruppe heranzuführen. Weitere große tarifpolitische Ziele sind u. a. neue Montageabkommen und Rahmentarifverträge, die vor allem Qualifizierung, Leistung, Eingruppierung, Gesundheitsschutz usw. neu regeln.

NACHRICHTEN: Warum lehnt du, wie dies auf der Handwerkskonferenz deutlich wurde, Tarifverträge für Leiharbeiter ab?

Manfred Molz: Leiharbeit ist für mich moderner Sklavenhandel. Deshalb lehne ich sie ab und will diese Schweinerei nicht auch noch tarifvertraglich regeln. Dieser Auffassung folgte auch die letzte Handwerkskonferenz der IG Metall. Selbst wenn bestimmte Eckpunkte geregelt würden, könnten (wie behauptet wird) Kurzarbeit und Entlassung nicht verhindert werden. Es gibt dadurch keinen einzigen Auftrag mehr, das Arbeitsvolumen bliebe unverändert, aber die soziale Sicherung würde geringer, und die ungeschützte Arbeit nähme zu. Tarifverträge würden der menschenverachtenden Leiharbeit einen legitimen Anstrich verleihen. Leiharbeit muß verboten werden.

Pflicht hätte, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken zu verhindern. Die jüngsten Ereignisse um die Fusion von Mercedes-Benz und MBB bewiesen aber, daß der Staat dieser Funktion nicht gerecht werde. Deshalb sollte man sich eher auf die eigenen Kräfte besinnen, auf die fortschrittlichen Traditionen der Arbeiterbewegung und eine stärkere antimonopolistische Orientierung, in der Programmatik und in der Praxis.

Im ersten Teil (Arbeitszeitverkürzung, Investitionslenkung) gab es über weite Strecken Einigkeit. Strittig war jedoch die Ablehnung von Samstags- und Sonntagsarbeit, „außer in gesellschaftlich notwendigen Bereichen“. Diesen Zusatz wollte die Jugend der IG Chemie – Papier – Keramik ergänzen um den Halbsatz „und in technologisch notwendigen Bereichen“. Dies wurde allerdings von der großen Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Wesentlich schärfer wurde die Auseinandersetzung bei der angeregten Änderung des Grundsatzprogramms. Während von seiten der Delegierten der IG Chemie eher auf das Hinarbeiten zu einer arbeitnehmerfreundlichen Regierungspolitik orientiert und die staatsmonopolistischen Theorien eigentlich schon für tot erklärt wurden (zumindest für sich), wurden auf der anderen Seite Stimmen laut, sich verstärkt mit diesen Fragen zu beschäftigen und konkrete Utopien zu entwickeln. Gerade in einer Zeit des neonazistischen Aufschwungs ist es notwendig, den Jugendlichen konkrete Alternativen aufzuzeigen.

Mit der Aufforderung, daß sich der Landesjugendausschuß und weitere Gremien der Gewerkschaftsjugend auf allen Ebenen verstärkt mit Fragen der politischen Ökonomie beschäftigen sollen, mit dem Weiterleitungsvermerk, den Antrag über die Bundesjugendkonferenz beim DGB-Bundeskongreß zu stellen und die Weiterleitung an die DGB-Landesbezirkskonferenz, wurde der Antrag mehrheitlich angenommen.

Die harten Auseinandersetzungen um den o. g. Antrag machten es um so erfreulicher, daß die Konferenz einstimmig einen Antrag angenommen hat, in dem das Verbot aller rechtsradikalen Organisationen und Verbände, das Verbot faschistischen Propagandamaterials, die aktive Mitarbeit in antifaschistischen Bündnissen und eine verstärkte antifaschistische Aufklärungsarbeit gefordert wurde. M. A.

In der Luft

Hundert Meter Unterschriften dem Präsidenten der Oberpostdirektion von rund 40 Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und -vertretern auf den Tisch des Hauses gepackt, waren der Auftakt für einen bisher einmaligen Aktions- und Kampftag der Postgewerkschaftsjugend zur Übernahme in Hessen. Pünktlich um 11 Uhr am 14. Juni klopfen die Interessenvertreter von rund 3000 Auszubildenden an die Tür, um in der Sitzung des Bezirkspersonalrates dem Präsidenten der Oberpostdirektion die Zusage abzurufen, daß er alle in 1989 auslernenden Fernmeldehandwerker in ein Vollzeitarbeitsverhältnis übernimmt.

Die Auszubildenden waren es satt, Monat für Monat vertröstet zu werden. Arbeitsplätze gibt es genug, es fehlt am Willen der Postgewaltigen, alle ausbildungsgeerecht in ein Vollzeitarbeitsverhältnis zu übernehmen.

Mit der Zusage, daß der Verantwortliche für rund 55000 Beschäftigte den Minister auffordern will, alle in Hessen auslernenden Fernmeldehandwerker in ein Vollzeitarbeitsverhältnis zu übernehmen, zogen die Jugend- und Auszubildendenvertreter zur um 17.30 Uhr stattfindenden Demonstration von der Zeil zum Eisernen Steg. Rund 700 Auszubildende und ältere Kolleginnen und Kollegen bildeten den Protestzug zur altherwürdigen Frankfurter Brücke. Josef Stark, Bezirksvorsitzender der DPG in Hessen, empfing die Jugendlichen mit der Zusicherung, daß sie im Kampf um ihre Arbeitsplätze nicht alleine stehen.

Die Kundgebung am Main wurde durch eine bisher einmalige spektakuläre Aktion bereichert. Neben einem 20 Meter langen Transparent mit der Aufschrift „Schwarz-Schilling läßt Postauszubildende hängen“ seilten sich zwei Postler von der Höhe des Eisernen Stegs bis wenige Meter über die Wasseroberfläche des Main ab. Dieser symbolische Akt sollte dokumentieren, daß die Auslernenden mit den 24-Stunden-Teilzeitarbeitslosigkeitsverträgen in der Luft hängen.

Für die Gewerkschafter ist klar, warum die Post den Auslernenden nur Teilzeitarbeitsplätze anbietet. Neben Samstags- und Sonntagsarbeit, die im Postbereich weitverbreitete Praxis ist, soll ein neues Feld der Flexibilisierung erprobt werden. Man testet mit den Jugendlichen, inwieweit es im technischen Bereich möglich ist, mit den unterschiedlichsten Wochenarbeitszeiten die höchste Rentabilität zu erzielen und eine lückenlose Anpassung an „Verkehrskurven“ zu erreichen. Diese Art der Arbeit ist nicht unsere Zukunft, erklärten die jungen Postler auf der Kundgebung am Eisernen Steg.

Die Postgewerkschaftsjugend wird nicht eher Ruhe geben, bis die Teilzeitarbeitslosigkeit bei der Post für junge Nachwuchskräfte der Vergangenheit angehört. W. B.

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Gewerkschaften in der Umbruchsituation des Kapitalismus

In Nr. 6/1989 der NACHRICHTEN berichteten wir über die 40. Bezirkskonferenz des IG-Metall-Bezirks Stuttgart, die unter dem Motto stand: „Tradition bewahren – Zukunft gewinnen“. Aus dem mündlichen Geschäftsbericht des Bezirksleiters Walter Rießer dokumentieren wir den Teil, der sich mit den „Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln in der Umbruchperiode“ befaßt. Rießer stellte sich die Aufgabe, die Entwicklung des Kapitalismus realistisch einzuschätzen sowie „Frage- und Aufgabenstellungen für die Zukunft zu entwickeln“.

Für die IG Metall war das vergangene Jahr bundesweit geprägt von der Zukunftsdiskussion, von dem Bemühen der Organisation also, auf die drängenden ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Fragen zumindest ansatzweise Antworten zu formulieren. Es ist ja zwischenzeitlich Mode geworden, die Gewerkschaftsbewegung – unsere Organisation – hundert Jahre nach ihrer Gründung als überlebt und hoffnungslos veraltet zu charakterisieren. Vor wenigen Monaten war von Peter Glotz die Aufforderung an uns zu hören, endlich aus der „Wagenburg“ – gemeint ist eine selbstgewählte Isolation – aufzubrechen in die Moderne. Gesamtmetallchef Stumpfe lobt Hermann Rappe und Oskar Lafontaine dafür, daß sie mit ihrer Flexibilisierungsbereitschaft, insbesondere der bei der Wochenendarbeit, „Bewegung in die festverkrustete Tarifpolitik“ gebracht haben. Oskar Lafontaine selbst bezeichnet die Gewerkschaften auf dem Saarbrücker SPD-Parteitag als veraltet, uneinsichtig, borniert. Das Wort von den „Betonköpfen“ macht die Runde.

Vergleicht man die derzeitige Situation der Gewerkschaftsbewegung in den USA, in Westeuropa und speziell auch in der Bundesrepublik mit der Zukunftsvision der Arbeiterbewegung am Anfang dieses Jahrhunderts, so wird deutlich, in welchem Dilemma wir stecken und warum wir Fragestellungen beantworten müssen. Damals, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, galt die sozialistische Utopie, die Vorstellung einer Welt ohne Unterdrückung und kapitalisti-

sche Ausbeutung als die einzige zukunftssträchtige Utopie; ihr Träger war die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Tatsache, daß sich das seit Beginn der 80er Jahre umgekehrt hat, die Konservativen die Zukunft besetzen, ihren Hegemonieanspruch ideologisch durchsetzen konnten und die Gewerkschaften als „Traditionisten“ diskreditieren, verunsichert zutiefst.

Es ist schon merkwürdig, wie einhellig konservative Journalisten, Unternehmer, christlich-liberale „Vordenker“, aber zunehmend auch Vertreter aus den Reihen linker Kritiker die deutsche Gewerkschaftsbewegung als einen „Dinosaurier“ des Industriezeitalters, einen unmodernen Koloß in einer postmodernen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft bezeichnen. Das ideologische Muster lautet etwa so: Die modernen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seien Individualisten, mit neuen Ansprüchen, neuen Bedürfnissen und neuen Lebensentwürfen, denen die überholten kollektiven Interessenvertretungsformen der Gewerkschaften nicht mehr gerecht würden. Die modernen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – so lautet das neokonservative Muster – wollen frei sein von kollektiven Zwängen (z. B. Tarifverträgen), wollen flexible Arbeitszeiten, wollen dereguliert werden und lehnen auch den kollektiven Schutz, zum Beispiel im sozialpolitischen Bereich, ab. Die Absicht der Neokonservativen liegt für jeden klar denkenden, interessenbezogenen Menschen auf der Hand – ich erspare mir die Analyse. Was mich bewegt, ist die Tatsache, daß sie mit diesen neokonservativen Ideen Erfolg haben, daß die Ideen um sich greifen, teilweise übernommen werden von Mitgliedern unserer Organisation. Und dort führen sie zur Desorientierung, lösen Unsicherheit aus, deshalb müssen wir uns mit ihnen beschäftigen. Wo liegen die Besonderheiten der Entwicklung unserer Situation? Die lange Restaurationsperiode des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg ermöglichte den abhängig Beschäftigten ein bis dahin nicht gekanntes Lebensniveau. In dieser Phase mehr integrativer Politik gelang es der Arbeiterbewegung, ein umfangreiches Netz von sozialstaatlichen Sicherungen, Schutzrechten, Tarifverträgen, Mitbestimmungsmöglichkeiten und institutionalisierten Interessenvertretungen durchzusetzen.

Den gesellschaftlich-ökonomischen Hintergrund für den Neokonservatismus bildet die Umbruchsituation des Kapitalismus, in der wir uns seit Mitte der 70er Jahre befinden und die scheinbar epochalen Charakter hat. Seit der ersten tiefen zyklischen Krise Mitte der 70er Jahre mit der nie mehr beseitigten Massenarbeitslosigkeit gelten die sozialen Errungenschaften für die Unternehmer und ihre politischen Interessenvertreter als hinderlich für einen ökonomischen Modernisierungsprozeß, von dem sie sich zusätzliche Durchsetzungsfähigkeit in der Weltmarktkonkurrenz versprechen. Durch die konservative Wende Anfang der 80er Jahre forciert, wurde die Politik der Nachkriegsphase, häufig auch Politik des Klassenkompromisses genannt, von den Herrschenden weitgehend teilweise aufgekündigt. Diesem Prozeß des Abbaus von sozialstaatlichen Errungenschaften haben die deutschen Gewerkschaften sich nicht angepaßt, sondern zunehmend mit autonomen politischen Widerstandsaktionen und einer Reihe von Streiks reagiert. Ich denke da insbesondere an unsere Arbeitskämpfe für Arbeitszeitverkürzung, den jüngsten Streik der IG Druck und Papier, in dem es unter anderem um das freie Wochenende ging, sowie die Widerstandsaktion gegen Sozialabbau und den bundesweiten Kampf gegen die Verschlechterung des § 116 AFG.

Ich skizziere im folgenden die charakteristischen Punkte dieser Umbruchperiode, in der wir uns befinden.

1. Der Kapitalismus hat bewiesen, daß er über die Entwicklung eines neuen Instrumentariums der Krisenbewältigung verfügt. Er erweist sich auf lange Sicht innovations- und überlebensfähig. Meinten viele von uns vor eineinhalb Jahren – ich nehme mich selber nicht aus –, daß mit dem Börsenkrach der entscheidende Umschlagpunkt in eine tiefgreifende Weltwirtschaftskrise mit allen bekannten negativen Begleiterscheinungen erfolgen könnte, so zeigt die Entwicklung, daß über die verschiedensten internationalen Eingriffe der wesentlichen Kapitalfraktionen die befürchteten

Inhaltsverzeichnis

DGB gewann 1988 rund 40000 neue Mitglieder	14
Streitgespräch Mettke/Zwickel über freies Wochenende	15
DPG-Jugend: „Zähne nicht im Wasserglas aufbewahren“	17
In der Autoindustrie: Neue Arbeitsformen werden erprobt	20
Wackersdorf: Früher „wesentlicher Baustein“ – Und was wird jetzt?	21
Als Geburtstagsgeschenk: eine kritische Diskussion über NACHRICHTEN	25

Auswirkungen einer Weltwirtschaftskrise vorerst gemeistert werden konnten. Dennoch bricht er an diesen Krisen und Widersprüchen nicht zusammen; dennoch schafft er es, die Lasten zu vergesellschaften und eine Art gesellschaftlicher Akzeptanz dieser Mängelerscheinungen zu erreichen. Für die Gewerkschaften bedeutet das, bewußter mit der Erkenntnis umzugehen, daß es keine Automatik gibt, die aus der krisenhaften, widersprüchlichen und defizitären Entwicklung des Kapitalismus massenhafte Widerstandsbebewegungen entstehen läßt. Wir müssen eine weitgehende politische Stabilität, aber auch eine beeindruckende Stabilität der Kapitalrendite verzeichnen. Dies scheint mir das wichtige neue ökonomische Entwicklungsmuster des letzten Jahrzehnts zu sein.

2. Ein weiteres wichtiges Kennzeichen der kapitalistischen Entwicklung der letzten Jahre ist die zunehmende Vermachtung der Wirtschaft. Dabei ist die Konzentration von Kapital durch Unternehmenszusammenschlüsse nicht neu. Neu sind lediglich die Geschwindigkeit und die Dimension, mit der das Kapital auf die Anforderungen des Weltmarktes und der Produktivkraftentwicklung nun international reagiert. Die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse nahm in den vergangenen Jahren ständig zu, auf über 1 000 im Jahr 1988, und ist zunehmend geprägt von branchenübergreifenden Mammutfusionen mit internationalem Charakter. Heute entfällt in der Bundesrepublik auf die 10 größten Unternehmen die Hälfte des gesamten Industrieumsatzes.

Das bedeutet nicht, daß der Kapitalismus nunmehr endlich – wie viele seit 100 Jahren hoffen – krisenfreie Entwicklungen produzieren könnte. Im Gegenteil. Seit 1973 hält sich die Massenarbeitslosigkeit auf Millionenniveau; neu an der Entwicklung ist allerdings, daß konjunkturelle Aufschwünge nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen. Die längerfristige Wachstumsschwäche wird benutzt, um den Sozialstaat Stück für Stück zu demontieren. Es werden nicht die erforderlichen staatlichen Mittel eingesetzt, um ihn zu finanzieren. Die Folge: Zunehmend wird vom Solidaritätsprinzip der sozialen Versorgung und Vorsorge umgestellt auf das sogenannte „Subsidiaritätsprinzip“, was nichts anderes bedeutet als die Privatisierung von sozialen und gesundheitlichen Risiken.

Immer deutlicher wird auch im Ergebnis bisherigen Wirtschaftens die Produktion einer zusätzlichen Krise: die ökologische Krise. Durch den sorglosen Umgang mit Rohstoffen, der Beseitigung von Abfall und Giften durch Wegwerfen ist mittlerweile ein Zustand der Vergiftung von Boden, Luft und Wasser erreicht worden, der nicht nur die Lebensqualität dramatisch beeinträchtigt, sondern das Überleben der Menschheit langfristig in Frage stellt. Der Kapitalismus hat also durchaus seine Widersprüche, Defizite und Fehlentwicklungen: Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltzerstörung als Folgen des Profitprinzips.

Der eindrucksvollste Beleg für diese Entwicklung ist der Fall Daimler-Benz mit seinem Großaktionär Deutsche Bank. In wirklich beispiellosem Tempo hat Daimler-Benz die MTU, die AEG und Dornier übernommen, die ihrerseits selber zu den größten Unternehmen der Bundesrepublik gehörten. Jetzt ist die Großfusion mit dem größten Rüstungsproduzenten MBB gegen das Votum des Bundeskartellamtes vorbereitet. Das Bundeskartellamt hat zu Recht festgestellt, daß diese Fusion eine vollständige Monopolisierung der bundesdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie und eine siebzigprozentige Monopolisierung des Marktes für Rüstungsgüter zur Folge hätte. Derartige ökonomische Monopolstellungen schaffen politische Macht und stellen Gewerkschaften, wie alle demokratischen Organisationen vor die Frage, wie zukünftig mit dem Gefährdungspotential eines „Staats im Staate“ umgegangen werden kann.

3. Die momentane Umbruchsituation ist weiter charakterisiert durch die sogenannte wissenschaftlich-technische Revolution, einer neuen Qualität der Produktivkraftentwicklung, die ihren stärksten Schub aus der Informations- und Kommunikationstechnologie erhält. Es setzt sich zunehmend ein Rationalisierungstyp durch, dessen Hauptmerkmal der Zugriff auf die Gesamtheit der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensabläufe ist.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien durchdringen als Netzwerk Arbeits- und Lebensbereiche in wahrhaft re-

volutionärer Weise. Sie ermöglichen einerseits eine flexible, variable Produktion und Reaktion auf Markterfordernisse, andererseits ein Netz von Leistungs- und Verhaltenskontrollen in den Betrieben, aber auch die Erschließung ganz neuer Lebens- und Erlebnisbereiche. Gerade diese Widersprüchlichkeit erzeugt eine weitgehende und tiefgehende Desorientierung im Umgang mit diesen technologischen Möglichkeiten.

4. Es haben sich weltweite globale Probleme entwickelt, für deren Analyse das klassische Erklärungsmuster vom Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit nicht mehr ausreicht. Es handelt sich einerseits um sogenannte weltübergreifende „Gattungsfragen“ – gemeint ist einmal die drohende Gefahr der Auslöschung der Menschheit durch einen atomaren Krieg, zum zweiten die drohende Vernichtung der Gattung Mensch durch unkontrollierbare Anwendung neuer Technologien – als Beispiel ist Tschernobyl zu nennen –, und zum letzten um die schon benannte weltweite Zerstörung der Lebensgrundlage der Menschen. Diese Entwicklungen haben sich, unabhängig von Gesellschafts- und Politiksystemen, weltweit vollzogen und stellen die politisch Verantwortlichen in Ost und West, Nord und Süd vor die drängende Aufgabe, die Gattung Mensch vor ihrer eigenen Zerstörung zu bewahren.

Diesen drängenden Problemen, die sozusagen querlaufen zum Klassenwiderspruch, haben sich soziale Bewegungen angenommen, die sich teilweise neben der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entwickelten – wie beispielsweise die Friedens- oder die Ökologiebewegung. Zu diesen globalen Problemen möchte ich auch die sogenannte Geschlechterfrage zählen, gemeint ist der durchaus klassenübergreifende weltweite Aufbruch der Frauen, sich für ihre Rechte und eine wirkliche gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Gleichstellung zu engagieren. Auch in dieser Frage tun sich die Gewerkschaften – wie alle traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung – schwer, Offenheit für die neuen sozialen Bewegungen zu entwickeln und die Dynamik in die eigene Bewegung aufzunehmen.

5. Die Veränderung des Produktions- und Arbeitsprozesses führt zu Verschiebungen innerhalb der Arbeiterklasse im weitesten Sinne, auf die die Gewerkschaften bisher unzureichende Antworten haben. Die wissenschaftlich-technische Durchdringung des Produktions- und Arbeitsprozesses erfordert einen expansiven Ausbau der Forschungs-, Entwicklungs- sowie Dienstleistungsbereiche, die traditionell von gewerkschaftlicher Politik kaum erfaßt wurden. Die traditionellen Facharbeiterbereiche, in denen zumindest die Industriegewerkschaften in der Vergangenheit ihre wichtigsten und kämpferischsten Gruppen hatten, gehen in der Tendenz zurück und nehmen in bestimmten Branchen mit atemberaubender Geschwindigkeit ab.

Obwohl bundesweit über alle Arbeitsbereiche betrachtet, die Angestellten die Mehrzahl der abhängig Beschäftigten stellen, liegt ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad etwa auf dem Niveau der 50er Jahre. Bei der IG Metall stagniert der Organisationsgrad der Angestellten seit etwa 10 Jahren, in der Gruppe der jungen Angestellten hatten wir in den vergangenen 5 Jahren sogar besorgniserregende Einbußen. Gerade in den Zukunftsindustriezweigen und High-Tech-Branchen ist der Organisationsgrad mit durchschnittlich 15 Prozent bei den Angestellten besorgniserregend niedrig.

Offenbar fällt es Organisationen wie der unsrigen, die von ihrem inneren Verständnis her immer auf das Lohnarbeiterverhältnis ausgerichtet waren, sehr schwer, der neuen Differenziertheit der Beschäftigten und ihrer Widerspiegelung im Bewußtsein und in den Bedürfnissen überzeugend Ausdruck zu geben. Unsere traditionell gewachsene und durch die Erfahrungen des Sozialistengesetzes, der Weimarer Republik, des Widerstands und Kampfes um Neuordnung nach 1945 geprägte Organisationskultur basiert eher auf einer breit unterstellten Opferbereitschaft der Individuen für das Kollektiv.

Die neuen sozialen Bewegungen und Beschäftigtengruppen, allen voran die Angestellten, die Frauen und die Jugendlichen scheinen Träger eines neuen Kulturmodells zu sein, das eher auf Lebensfreude, Entwicklung von Kreativität, Abenteuerlust und Ausleben individueller Bedürfnisse gerichtet ist. Die Gewerkschaften müssen diese Entwicklung nicht nur als solides Organisationswissen ler-

nen, sondern dem auch entsprechende Arbeits- und Ausdrucksformen geben. Im übrigen sei an dieser Stelle angemerkt, daß dieses Problem nicht nur die Gewerkschaften erfaßt, sondern alle Organisationen, die aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommen.

6. Zur Charakterisierung der Umbruchsituation gehört notwendigerweise das veränderte Verhältnis in den Ost-West-Beziehungen. Die Perestroika in der Sowjetunion, der Umbau eines Sozialismus, der erneuerungsbedürftig ist, weil er so wie bisher nicht in der Lage ist, die ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen, bringt auch eine große weltweite Verunsicherung mit sich. Als sicher erscheinende Erkenntnisse über die reale Entwicklung des Sozialismus werden brüchig. Damit wachsen aber auch die Chancen, eine sozialistische Gesellschaftsordnung als humane Zukunftsvision neu zu bestimmen.

Gleichzeitig stellen wir fest, in der innen- und außenpolitischen Diskussion stimmen ganz offensichtlich die alten Feindbilder nicht mehr. In dem Maße, wie – ich möchte ihn einmal so nennen – der „Gorbatschow-Sozialismus“ auch im Westen hoffähig wird und z. B. sein oberster Repräsentant weltweit als der glaubwürdigste Vertreter für Frieden und Abrüstung beurteilt wird, verflüchtigt sich der traditionelle Antikommunismus – zumindest wird ihm ein Stück weit der Boden entzogen. Wie immer jeder einzelne diese Entwicklung qualitativ beurteilt: Auf ihrem Hintergrund dieser Entwicklung ist es einfacher geworden, sozialistische Positionen zu vertreten.

Alle diese Punkte, die ich versucht habe in sechs Bereiche zu gliedern, zwingen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik, über neue Strategien nachzudenken, von gewohnten Denk- und Handlungsmustern Abschied zu nehmen und sich neuen Politikformen zu öffnen oder diese aktiv zu entwickeln. Hüten müssen wir uns allerdings davor, nur sogenannten Zeitströmungen nachzugeben und dabei nach wie vor bestehende Grundsätze opportunistisch aufzugeben. Ich bin der Überzeugung, daß unsere IG Metall zu dieser Erneuerung in der Lage ist, auch wenn die Antworten und Orientierungen schwerer zu finden sind als in der Vergangenheit...

Im einleitenden Teil – der kurzen Skizzierung der für uns wichtigen Punkte der „Umbruchsperiode“ ist hoffentlich schon deutlich geworden, daß die Zeiten und Entwicklungen so kompliziert geworden sind, daß alte Erklärungsmuster oder einfache Ja/Nein-Antworten zur Bewältigung häufig nicht ausreichen. Ein bißchen fühle ich mich an die Aussage von Habermas erinnert, „daß wir es mit einer neuen Unübersichtlichkeit“ zu tun haben. Das heißt, und für viele wird das unerträglich, daß es viele offene Fragen gibt, viel neu gelernt werden muß, da wir in vielen Arbeitsbereichen auf der Suche nach neuen Antworten sind.

Der Solidaritätskreis gegen Arbeitslosigkeit beim DGB-Bundesvorstand hat vor einigen Wochen eine Stellungnahme anläßlich des 25jährigen Bestehens des sogenannten Sachverständigenrates abgegeben. Dort heißt es unter anderem: „In gesellschaftlichen Umbruch- und Krisensituationen, die erkennbar tiefere und umfassendere Wirkungen haben, als die geschichtlichen Erfahrungen von Rezession und Konjunktur zeigen, sind schnelle Antworten, in denen Krisenlösungen versprochen werden, meist nur Ausdruck von Hilflosigkeit oder betrügerischer Arroganz... Begründete, die Lebensverhältnisse der Menschen wirklich humanisierende Antworten können nur gefunden werden, wenn im Klima einer kritisch aufgeklärten Öffentlichkeit zentrale gewerkschaftliche Fragen thematisiert werden – und zwar ohne, daß sie von vornherein unter das Diktat eines ökonomisch verkürzten politischen Ansatzes gestellt werden.“

Was hat diese Aussage mit uns, mit den Strukturen unserer Arbeit zu tun? Auch bei uns gibt es meist – und dies ist durchaus verständlich – den Ruf nach Handlungsorientierung. Weniger nach theoretischer Analyse als nach konkreter Praxisanleitung. Dieses tiefverwurzelte und weitverbreitete Bedürfnis nach Orientierung hat lange Tradition in unserer IG Metall und in der Arbeiterbewegung insgesamt. Eine klare politische Orientierung ist dann richtig, wenn sie auch nach sorgfältiger Prüfung auf dem Stand der derzeitigen Erkenntnis berechtigt erscheint. Das verständliche und richtige Bedürfnis nach klarer Orientierung kann jedoch zur Sucht werden und

die Orientierung zum Selbstzweck – dann wird es politisch falsch und gefährlich. Es gibt dafür eine spöttische Redewendung, die die Gefahr im Kern trifft; sie lautet: „Wir wissen zwar noch nicht genau, was wir wollen, aber das wollen wir mit aller Kraft.“

Unser Bezirk ist geprägt von einer demokratisch-zentralistischen Politikform, auf die wir immer sehr stolz waren. Es wurde analysiert, diskutiert und dann eine Orientierung gegeben, die für alle verbindlich war. Sie wurde dann mit dem Mittel der Organisationsdisziplin und Raison auch durchgesetzt. Geprägt ist diese Politik von der leidvollen Geschichte der Arbeiterbewegung, der Notwendigkeit, Kräfte zu organisieren und auf ein Ziel zu bündeln, den Erfahrungen des Widerstandes – und von Männern wie Willi Bleicher.

Ohne diese wichtigen Erfahrungen und Traditionen aufgeben zu wollen, warne ich vor ihrer gedankenlosen Übernahme und Anwendung in Zeiten, in denen traditionelle Analysemuster nicht mehr ausreichen und liebgewordene verinnerlichte Gewohnheiten brüchig werden, weil sie viele nicht mehr verstehen.

Ich möchte es einmal so ausdrücken: Es gibt Zeiten, in denen erst einmal angesichts der Veränderung der Handlungsbedingungen Wissen angeeignet werden muß, warum sich diese Handlungsbedingungen verändert haben. In solchen Zeiten gibt es kein neues Handeln ohne neues Wissen, ohne neues Denken. Wer das nicht begreift, der klinkt sich aus der Geschichte aus. Es gibt da keinen bequemen Weg. Andererseits weiß ich genau wie ihr, Kolleginnen und Kollegen, daß wir als politische Organisation auf die Dauer nicht handlungsfähig sind, wenn diese notwendige Aneignung von neuem Wissen nicht gleichzeitig verbunden ist mit der konkreten politischen Praxis, die die Vielzahl anstehender Aufgaben und Arbeitsbereiche bündeln und strategisch verdichten muß.

Früher mag es ausgereicht haben für eine politische Führung, zu sagen: Dies oder jenes muß gemacht werden und auf Gehorsam zu pochen. Ich behaupte, daß ein solcher Führungsstil heute nicht mehr trägt. Wir fordern – und ich denke mit Recht –, daß die IG Metall offener werden muß, daß Entscheidungen transparenter werden, daß Arbeit von vielen getragen und fortentwickelt werden muß, daß Kooperationsfähigkeit und Teamgeist Voraussetzungen sind für überzeugtes gemeinsames Handeln. Dies fordern wir in Programmen. Dann müssen wir aber auch lernen, mit uns selbst und mit den Mitgliedern in ganz konkreten Entscheidungsprozessen nach diesen Grundsätzen zu handeln.

Das Bild des politischen Funktionärs, das immer noch in unserer Organisation vorherrscht, ist etwa wie folgt zu charakterisieren: Ein politischer Funktionär in der IG Metall muß sein Leben der Organisation opfern – das versteht sich von selbst, er muß immer gesund und einsatzbereit sein, Tag und Nacht für die Idee verfügbar, und er muß auf jeden Fall immer wissen, wo es lang geht. Für Zweifel und eine eher differenzierende Behandlung von Problemen, für Skrupel vor zu schnellen Urteilen und Orientierungen, ist in diesem Bild wenig Platz.

Kann es sein, daß diese Anforderungen geprägt sind von einer Zeit, z. B. vom Widerstand gegen den Faschismus, in der die Existenz der Organisation von der fraglosen Disziplin ihrer Funktionäre abhing? Kann es sein, daß hinter diesen Anforderungen, wenn sie unhistorisch verinnerlicht und für alle Zeiten für gültig erklärt werden, ein Menschenbild steht, das unmenschlich ist? Kann es sein, daß wir viele mit diesem Menschenbild abschrecken? Ich selber weiß und erlebe in meiner politischen Praxis, daß es oft bequemer erscheint, allein entscheidend die Richtung vorzugeben und die Einhaltung zu kontrollieren. Ich bezweifle jedoch zunehmend die politische Effektivität einer solchen Politik.

Ich wünsche mir, daß auf der Basis einer differenzierten Analyse, unter Einbeziehung vieler Kolleginnen und Kollegen, die eine Angelegenheit betrifft, unter Abwägung allen Für und Wider und der Berücksichtigung mancher Zweifel ein Politikziel, eine Strategie formuliert wird, die dann von allen aus innerer Überzeugung getragen wird. Einen solchen Politikstil müssen wir neu lernen, ebenso wie die dafür notwendigen Fähigkeiten bewußt als Organisationskultur entwickelt werden müssen. Ich halte diese Aufgabe weder für eine Psychologisierung oder Pädagogisierung der Gewerkschaftsarbeit noch für kulturell – spinnige Gedankenspielerien, sondern für eine notwendige Voraussetzung, wenn diese Organisation die Zukunftsaufgaben bewältigen will.

Zur Mitgliederstatistik der DGB-Gewerkschaften

Anfang Mai hat der DGB-Bundesvorstand wiederum die Mitgliederstatistik veröffentlicht. Danach waren am Jahresende 7797077 Arbeiter, Angestellte und Beamte in den 17 Einzelgewerkschaften organisiert. Das ist ein Mitgliederrekord in der knapp 40jährigen Geschichte des DGB. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich unter dem Strich 1988 ein Plus von 40038 Neuzugängen.

Schaut man sich die Statistik genauer an, so wird augenscheinlich, daß die Gewerkschaften, deren Organisationsbereiche von Strukturkrisen geschüttelt werden, Federn lassen mußten. So gibt es den größten Mitgliederverlust bei der von Streckenstilllegungen und damit verbundenem Personalabbau arg gebeutelten Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands. Sie verlor 10 191 Mitglieder, gefolgt in der Negativbilanz von der IG Bau – Steine – Erden mit einem Minus von 7337. Ursache dafür dürfte die Vernichtung von Arbeitsplätzen sein. Dazu nannte der Bundesvorsitzende Konrad Carl am 12. Mai die neueste Zahl. Seinen Angaben zufolge haben allein im Bauhauptgewerbe seit 1980 rund 300 000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verloren. Ähnliches trifft auch auf die IG Bergbau und Energie zu mit einem Mitgliederverlust von 7244.

Zu Buche schlagen auch die Mitgliederverluste bei der Gewerkschaft Leder, die mit einem Minus von 1099 nur noch 46 560 Mitglieder zählt. Noch höher als bei der Gewerkschaft Leder sind die

Einbußen bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die 1439 Mitglieder weniger in ihren Reihen zählt. Ein Lichtblick ist, daß die in diesem Frühjahr durchgeführten Streiks um die Arbeitszeitverkürzung in Hamburg und Hessen zu einem verstärkten gewerkschaftlichen Engagement führten, was sich allerdings erst in der nächsten Statistik niederschlagen wird. Minimal sind mit 924 Mitgliedern die Verluste der Gewerkschaft Textil – Bekleidung.

Unangefochten steht die IG Metall an der Spitze der Mitgliederstatistik. Sie stellte am Jahresende 33,7 Prozent der gesamten DGB-Mitgliedschaft, eingeschlossen die 15 174 Neuen. Mit 2 225 211 ist der weitaus überwiegende Teil im Arbeiterbereich angesiedelt. Davon kamen im vergangenen Jahr 12 032 neu in die Reihen dieser größten westeuropäischen Einzelgewerkschaft. Im Vergleich dazu und auch gemessen an den Möglichkeiten wirkt der Angestelltenanteil bescheiden. Er lag Ende 1988 bei 399 310. Obwohl die Gewerkschaft sich in ihnen im Februar 1987 veröffentlichten neun Thesen selbstkritisch mit der Angestelltenarbeit der Organisation auseinandersetzte, läßt der Erfolg auf sich warten, denn lediglich 3 142 betrug das Plus im vergangenen Jahr. Das Reservoir jedoch ist vorhanden. Beispielsweise bezifferte das zuständige Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher die Zahl der noch nicht organisierten Angestellten in der Metallindustrie 1987 auf rund 900 000. Gleiches gilt übrigens auch für andere DGB-Gewerkschaften. Zweifellos ist der DGB mit seiner Schwerpunktsetzung auf die Angestelltenarbeit in eine Lücke gestoßen, wobei andererseits nicht einzusehen ist, daß die DGB-Angestelltenausschüsse in Kreisen und Landesbezirken im Zuge der geplanten Strukturreform dem Rotstift zum Opfer fallen sollen.

In der Mitgliederwerbung wird die IG Metall zahlenmäßig und vor allem prozentual von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr übertroffen, die im vergangenen Jahr 17 357 mehr

DGB gewann 1988 rund 40 000 neue Mitglieder

Gewerkschaft	männlich	Arbeiter weiblich	Gesamt	männlich	Angestellte weiblich	Gesamt	männlich	Beamte weiblich	Gesamt	Gesamt männlich	Gesamt weiblich	Insgesamt männl. u. weibl.	In %	Abs. Zu-Abn.
IG BSE	402.119	27 059	429 178	31 660	7 400	39 060	-	-	-	433 779	34 459	468 238	6,0	- 7337
IG BE	293 022	1 119	294 141	39 968	5 957	45 925	218	-	218	333 208	7 076	340 284	4,4	- 7244
IG ChPK	442 986	88 461	531 447	91 697	39 442	131 139	-	-	-	534 683	127 903	662 586	8,5	+ 6810
IG DruPa	87 685	24 478	112 163	25 413	12 683	38 096	-	-	-	113 098	37 161	150 259	1,9	+ 5205
GdED	140 887	15 586	156 473	6 460	4 457	10 917	151 091	11 423	162 514	298 438	31 466	329 904	4,2	- 10 191
GEW	-	-	-	19 912	29 388	49 299	67 217	70 905	138 123	87 129	100 293	187 422	2,4	- 1439
GGLF	31 645	6 008	37 653	2 412	769	3 181	2 575	70	2 645	36 632	6 847	43 479	0,6	+ 226
HBV	33 687	17 445	51 132	126 427	215 840	342 267	-	-	-	160 114	233 285	393 399	5,0	+ 8233
GHK	117 848	17 152	135 000	7 009	2 754	9 763	-	-	-	124 857	19 906	144 763	1,9	+ 1624
GK	-	-	-	19 723	9 890	29 613	-	-	-	19 723	9 890	29 613	0,4	+ 1 173
GL	24 505	19 545	44 050	1 810	700	2 510	-	-	-	26 315	20 245	46 560	0,6	- 1099
IGM	1 930 787	294 424	2 225 211	297 388	101 922	399 310	-	-	-	2 228 175	396 346	2 624 521	33,7	+ 15 174
NGG	149 889	66 060	215 949	26 961	27 596	54 557	-	-	-	176 850	93 656	270 506	3,5	+ 2 951
ÖTV	474 635	106 505	581 140	280 266	274 690	554 956	70 302	13 588	83 890	825 203	394 783	1 219 986	15,6	+ 17 357
GdP	6 356	2 769	9 125	8 380	8 353	16 733	131 538	3 493	135 031	146 274	14 615	160 889	2,1	+ 2 001
DPG	87 248	59 312	146 560	10 421	30 860	41 281	220 072	63 262	283 334	317 741	153 434	471 175	6,0	+ 7 418
GTB	91 482	132 921	224 403	16 727	12 363	29 090	-	-	-	108 209	145 284	253 493	3,3	- 924
DGB-Gesamt	4 314 781	878 844	5 193 625	1 012 634	785 064	1 797 697	643 013	162 741	805 755	5 970 428	1 826 649	7 797 077	100,0	
	83,1 %	16,9 %	100 %	56,3 %	43,7 %	100 %	79,8 %	20,2 %	100 %	76,6 %	23,4 %	100 %		
		66,6 %			23,1 %			10,3 %						

Vergleichs- 4310 687 | 873 163 | 5 183 850 | 1 010 517 | 757 350 | 1 767 867 | 647 474 | 1 578 488 | 805 322 | 5 968 678 | 1 788 361 | 7 757 039 |

zahlen 83,2 % 16,8 % 100 % 57,2 % 42,8 % 100 % 80,4 % 19,6 % 100 % 76,9 % 23,1 % 100 %

31. 12. 87 66,8 % 22,8 % 10,4 %

Kolleginnen organisieren konnte. Ihrem vorläufigen Ziel, eine 400 000-Gewerkschaft zu werden, ist die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen ein enormes Stück näher gekommen. Sie verbuchte 8 233 Neuzugänge. Gemessen an dem vorhandenen Reservoir an Nichtorganisierten, dürfte die selbstgestellte Aufgabe, bis zur Jahrtausendwende drittstärkste DGB-Gewerkschaft zu werden, erreichbar sein. Sicherlich werden die gegenwärtigen Aktionen um Beibehaltung der Ladenschlußzeiten Ansatzpunkt für die weitere Mitgliederwerbung sein.

Daß sich Aktivitäten auszahlen, zeigen auch andere Gewerkschaften. Beispielsweise konnte die mitgliedermäßig kleine IG Druck und Papier, die durch die Mitte April erfolgte Bildung der IG Medien zum letzten Mal in der Statistik unter ihrem traditionsreichen Namen erscheint, 5 205 neue Mitglieder für sich gewinnen. Auch die Aktionen der Deutschen Postgewerkschaft gegen die Zerschlagung der Post brachten ein Plus von 7 418 Mitgliedern. Zuwächse können auch die IG Chemie, die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die Gewerkschaft Kunst, die Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten und auch die Gewerkschaft der Polizei melden (Einzelheiten siehe Tabelle).

Wie sähe jedoch die gewerkschaftliche Mitgliederstatistik aus, gäbe es nicht das verstärkte gewerkschaftliche Engagement der Frauen, denn von den insgesamt 40 288 Neuzugängen sind 38 288 Kolleginnen. Prozentual liegt ihr Anteil an der DGB-Mitgliedschaft nun bei 23,4 Prozent.

Für die Einschätzung der realen Situation, und damit auch der gewerkschaftlichen Kampffähigkeit, wäre es sicherlich notwendig, die Zahl der nicht mehr im Berufsleben Stehenden (Vorruheständler, Rentner und Pensionäre) in der Statistik gesondert auszuweisen.

G. M.

Streitgespräch Mettke/Zwickel über freies Wochenende

Am 27. Mai 1989 fand in der Bildungs- und Begegnungsstätte der KAB und CAJ in der Diözese Aachen, Herzogenrath, ein Streitgespräch zwischen den Tarifverantwortlichen der Vorstände der IG Chemie – Papier – Keramik und der IG Metall, Horst Mettke und Klaus Zwickel, statt. Diskussionsthema: Wochenendarbeit. Eingeladen hatten der Geschäftsführer der IG Chemie – Papier – Keramik in Aachen, Günter Kobiolka, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Aachen, Hans Bieth, sowie Maria Grönefeld von der Bildungs- und Begegnungsstätte, eine engagierte Gewerkschaftlerin.

In der Einladung heißt es: „Die Diskussion um die Wochenendarbeit geht quer durch alle Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Arbeitnehmerverbände und andere gesellschaftliche Gruppen; sie hat auch zu einer öffentlich ausgetragenen Kontroverse zwischen den Gewerkschaften IG Chemie – Papier – Keramik und der IG Metall geführt.“ Dies habe viele Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben verunsichert. Das Streitgespräch solle helfen, „um hier aufzuklären und Zukunftsstrategien zu diskutieren“. Moderator war Heinz-Peter Plaum, Redakteur beim Westdeutschen Rundfunk. Wir haben das Streitgespräch auf Tonkassetten aufgenommen und geben wesentliche Teile der mehrstündigen Diskussion wieder.

In ihren einleitenden Worten sagte Maria Grönefeld, „daß es in der Einheitsgewerkschaft darauf ankomme, daß man im Grunde zu einer gemeinsamen Position findet, um überhaupt gesellschaftlich wirksam zu werden“. Für die KAB/CAJ sei in dieser Diskussion wichtig, „daß wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen, daß wir

uns nicht nur fragen, was Flexibilisierung oder Arbeitszeitverkürzung oder was auch immer für das Kapital bedeutet, sondern ... daß wir uns gemeinsam danach fragen, was bedeutet eigentlich Flexibilisierung, was bedeutet die Einführung von zunehmender Wochenendarbeit für den Menschen“?

Heinz-Peter Plaum meinte: „Wer hätte schon vor einem Jahr gehahnt, daß eines Tages Franz Steinkühler von der IG Metall sozusagen Seite an Seite mit den Bischöfen für das freie Wochenende und den freien Sonntag kämpfen würde. Genauso wenig hätte sich wohl jemand träumen lassen, daß eines Tages Oskar Lafontaine, der einmal dem linken Flügel der Sozialdemokratie zugerechnet wurde, Gemeinsamkeiten mit Hermann Rappe entwickeln würde, der ja dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zugerechnet wird.“

Horst Mettke:

Nach einigen einleitenden Bemerkungen, in denen Mettke eine kontroverse Diskussion begrüßte, sagte er u. a.: „Warum reagiert die IG Chemie anders darauf als andere Gewerkschaften? Weil wir mit dieser Problematik eine fast hundertjährige Erfahrung gemacht haben. Es gibt Ausnahmen, daß an Wochenenden gearbeitet werden darf seit 1895, seitdem es die Gewerbeordnung gibt. Und in der Gewerbeordnung sind neun Branchen festgelegt, die unter bestimmten Umständen am Wochenende arbeiten können. Sieben dieser Branchen gehören schon immer zu der IG Chemie, d. h. diese Thematik begleitet uns seit 100 Jahren. Und wir führen auch seit 100 Jahren eine Auseinandersetzung darüber, daß wir die Zahl derjenigen so klein wie möglich halten wollen, die zu solchen Arbeitsleistungen herangezogen werden muß ...“

Heute geht es darum, daß wir eine Reihe von neuen Produkten haben, die in unseren Industrien hergestellt und verarbeitet wird, daß Produktionsverfahren zur Anwendung kommen, neue Technologien zur Verfügung stehen, die es 1895 nicht gab. D. h. das Dilemma, das wir eigentlich haben, besteht darin, daß nach den Kriterien aus dem vergangenen Jahrhundert heute noch entschieden wird, ob jemand so arbeiten kann, darf, soll oder muß ...

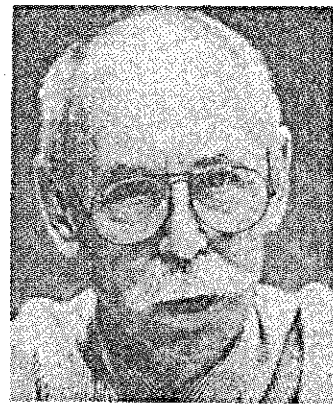
Auch in der chemischen Industrie werden seit eh und je Chips in großen Firmen hergestellt, die vollkontinuierlich arbeiten. Das ist überhaupt kein Thema und kein Problem. Der Mitbewerber, der Mitkontrahent auf diesem Markt, ist z. B. die IBM in Baden-Württemberg. Dort gibt es große Diskussionen und Auseinandersetzungen. Ich beziehe da gar nicht Partei, ob der recht hat oder der recht hat, sondern es ist in der Grundchemie überhaupt gar keine Thematik. Wochenendarbeit braucht nicht genehmigt zu werden, sondern wird gemacht ...

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Beschäftigungspolitik. Sie spielt natürlich in diesen Dingen aus unserer Sicht eine ganz wichtige Rolle. Warum haben wir andere Verhältnisse als das bei meinem Kollegen in der Metallindustrie der Fall ist? Überall dort, wo wir mit dieser Frage „Wochenende“ konfrontiert werden, in neuen Bereichen, ist die Woche schon von Montag bis Freitag verteilt, d. h. es gibt Frühschicht, Spätschicht und Nachtschicht. Ein andere Verteilung der Arbeitszeit aufgrund von bestimmten Ereignissen, die wir selber ausgelöst haben, Arbeitszeitverkürzungspolitik und viele andere, gibt es gar nicht mehr. D. h. es steht im Grunde genommen nur das Wochenende zur Disposition. Bei uns gibt es nicht eine einzige Firma, die normal arbeitet, und die sagt, ich will das Wochenende haben. Die IG Chemie ist in keinem einzigen Fall betroffen, daß sie einem Unternehmen sagt, ihr könnt Wochenendarbeit leisten, wenn dort Normalschicht gearbeitet wird. Der qualitative Unterschied ist: wenn man einen hohen Schichtarbeitsanteil hat und die Neuverteilung von Arbeitszeit regelt und die ganze Woche schon verteilt ist in Früh-, Spät- und Nachtschicht, bekommen wir eine Verengung der Arbeit in bestimmten Bereichen auf das Wochenende ...

Was uns bei der Diskussion um Uniroyal stört, ist, daß einfach ein paar Fakten nicht zur Kenntnis genommen werden. Wir sind auch nicht dafür, daß dort also jetzt aus Jux und Dollerei Sonntagsarbeit gemacht wird. In vergleichbaren Unternehmen, in der Reifenindustrie, werden 17 und 18 Schichten gearbeitet, d. h. bis Samstag 22.00 Uhr, und am Sonntag geht es um 22.00 Uhr wieder los. Damit werden alle gesetzlichen Bestimmungen unterlaufen. Es ist keine

vollkontinuierliche Arbeitsweise in dem Sinne oder Wochenendarbeit.

Für die Menschen ist das Wochenende kaputt, wenn sie so arbeiten müssen. Genau vor dieser Problematik haben wir an diesem Standort gestanden und haben in Betriebsrat und Gewerkschaft darüber nachgedacht, ob es sinnvoll ist, 1000 Arbeitnehmer in einen solchen Rhythmus hineinzubringen, oder ist es sinnvoll, nach einer Arbeitsmöglichkeit zu suchen, die dazu führt, daß zusätzlich Leute eingestellt werden, in diesem Fall 400 Leute, und daß wir dann im Grunde nur Wochenendbeschäftigung und Wochenendarbeit machen. Das haben wir diskutiert und geprüft und waren der Auffassung, daß das ein besseres System ist als das, das im Prinzip heute angewendet wird. Man kann so was natürlich auch lösen, indem man dann zukünftig gar nichts macht auf diesem Sektor und



alles mit Überstunden regelt, ohne daß man beschäftigungspolitische Effekte hat oder eine vernünftige Einteilung dieser Arbeit vornimmt.

Nun zu Uniroyal. In der Reifenindustrie sind europaweit organisierte Unternehmen, und zwar alle mit Wettbewerbern und Konkurrenten in der Bundesrepublik. Da haben wir erhebliche Probleme, wenn wir vergleichen, wie dort gearbeitet wird. Da haben wir auch eine Reihe von Sorgen, mit denen wir uns beschäftigen müssen, daß eine Ausblutung zukünftig in Sachen Investitionspolitik dort also stattfindet...

Klaus Zwickel:

Nachdem Zwickel auf die einheitliche Beschlußfassung im DGB verwiesen hatte, solidarisierte er sich mit dem Kampf der Gewerkschaft HBV gegen den Dienstleistungsabend. Dann wandte er sich dem Tagungsthema zu:

„Ich will zunächst deutlich machen: Wenn wir vom Wochenende reden, dann unterscheiden wir zunächst einmal, was die Regelungsbefugnis betrifft. Es ist eindeutig so – da haben wir überhaupt keine unterschiedliche Position –, daß die Frage der Arbeitswoche von Montag bis Samstag in der Gestaltungskompetenz der Tarifvertragsparteien liegt, nicht nur das Volumen der Arbeitszeit, sondern auch deren Gestaltung, also ein wesentliches Gestaltungselement der Tarifpolitik. Ich will damit nicht die Politik total aus der Verantwortung entlassen, Stichwort Arbeitszeitgesetz. Aber eindeutig ist, für den Sonntag ist die Gesamtgesellschaft zuständig. Deshalb hat die Sonntagsruhe auch Verfassungsrang. Eingehend ist es bereits angedeutet worden. D. h. 1. die Feststellung, die Politik hat alles zu tun, um die Verfassung in allen Teilen, dazu gehört auch die Arbeitsruhe am Sonntag, zu sichern.

Nachdem die Politik diese Aufgabe hat, denke ich, haben vor allen Dingen die Gewerkschaften ohne Ausnahme die Aufgabe, die Politik in dieser zentralen Frage, vor allen Dingen den Schutz der Verfassung, zu unterstützen... Und gerade im 40. Jahr der Verfassung tritt nun die IG Chemie gemeinsam mit den Unternehmern dafür ein, die Sonntagsruhe sozusagen nur noch zur pragmatischen Frage zu machen... Seit Mitte der 60er Jahre bestand gesellschaftlicher Konsens in der Bundesrepublik bezüglich des gemeinsamen freien Wochenendes. Im Ergebnis der gewerkschaftlichen Politik wurde im Zusammenhang mit der Verwirklichung der

40-Stunden-Woche erstmals die Möglichkeit geschaffen, daß man mit 40 Stunden Arbeitszeit in der Woche auch gleichzeitig die 5-Tage-Woche als Regelarbeitszeit einführen kann. Jetzt, 20 Jahre später, wo mit Sicherheit niemand sagen kann, daß in der Bundesrepublik die Betriebe weniger reich und die Gesellschaft insgesamt ärmer geworden wäre, soll nun dieses große gesellschaftspolitisch erreichte Ziel eines gemeinsamen arbeitsfreien Wochenendes, Samstag und Sonntag, wieder in Frage gestellt werden? Ich sehe weder aus technischen und schon gar nicht aus wirtschaftlichen Gründen irgendeine Veranlassung, warum diese Position wieder aufgegeben werden muß...

Welche Gesellschaft wollen wir? Wollen wir eine Gesellschaft, die sich nur noch und ausschließlich am Profit des jeweiligen Unternehmens, des jeweiligen Konzerns orientiert? Oder wollen wir eine Gesellschaft, in der es Zeitbereiche gibt, wo die Menschen in der Lage sind, gemeinsam etwas zu unternehmen, gemeinsam etwas zu planen. Wir sind der Auffassung, und zwar der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Auffassung, daß aufgrund der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung es ausreichend ist, wenn im Regelfall von Montag bis Freitag gearbeitet wird, und daß wir keine Gesellschaft wollen, in der immer ein Teil in Arbeit ist, ein anderer schläft und der dritte Teil von mir aus Gelegenheit hat, dann die mehr oder weniger nicht besetzten Freibäder oder sonstigen Sportanlagen zu besuchen, falls er dann am Montag, am Dienstag oder am Mittwoch frei hat, weil er am Samstag oder am Sonntag hat arbeiten müssen. Eine solche noch zusätzlich gesplante Gesellschaft wollen wir nicht. Das ist der Streit. Das ist ein sehr grundsätzlicher gesellschaftspolitischer Streit, und es ist kein Streit über irgendwelche praktischen Fragen.“

In der anschließenden Diskussion fragte ein Betriebsratsmitglied der Philips Röhrenfabrik in Aachen, Mitglied der IG Chemie – Papier – Keramik, Horst Mettke, wie er zu dem Grundsatzbeschluss des DGB bezüglich des freien Wochenendes stehe. In der Reifenindustrie gebe es ein Oligopol. Weltweit gebe es fünf bis sechs Anbieter. Er fuhr fort: „Und wenn jetzt alle das Wochenende als regelmäßige Arbeitszeit einsetzen, dann muß wohl einer zumachen.“

Ein Metallarbeiter berichtete, daß der Unternehmer den Gewerkschaften vorhalte, „was die IG Chemie doch für eine gute Gewerkschaft sei, „mit der man auch schon mal gegen den Willen der Mitarbeiter und der Mitglieder etwas zugunsten der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens durchsetzen kann“. Er warf der Führung der IG Chemie vor, einen „Dammbruch“ zu wollen.

An Horst Mettke gewandt und auf das Beispiel Uniroyal bezogen, sagte der Kollege der Gewerkschaft ÖTV, Jochen Löwer: „Wenn sich erst einmal Samstags- und Sonntagsarbeit etabliert hat, wird es mit den Zugeständnissen relativ schnell vorbei sein, dann wird der Samstag und der Sonntag zur Regelarbeitszeit.“

Mettke warf seinen Kritikern vor, daß sie von einer heilen Welt ausgingen, die es schon lange nicht mehr gebe. Bei Mettkes Ausführungen fiel auf, daß es besonders drei Anwesende waren, die stets laut klatschten, der kaufmännische Direktor von Uniroyal, Ecker, der Geschäftsführer der Aachener Unternehmerverbände, Ronnenberg, und der Betriebsratsvorsitzende von Uniroyal, Entschenberg, die nebeneinander saßen.

Klaus Zwickel analysierte dann die Betriebsvereinbarung bei Uniroyal, die 32 Stunden in der Woche, davon 24 Stunden am Samstag und Sonntag vorsieht, um dann anhand der vereinbarten Zuschläge zu dem Ergebnis zu kommen, daß die 32-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Verringerung der Zuschläge durch die Betroffenen weitgehend selbst finanziert würde. Zwickel: „32 Stunden ja, aber nicht mit der gleichzeitigen Aufgabe von bereits vorhandenen tarifpolitischen Leistungen.“

Auch mit den angeblich 400 zusätzlichen Beschäftigten sei dies so eine Sache. Wenn alle Mitkonkurrenten am Wochenende arbeiteten und der Absatz nicht ausgedehnt werden könne, dann würden Standortfragen unausbleiblich auf die Tagesordnung gesetzt.

Mettke: „Ich verstehe nicht, warum wir immer die bösen Buben sein sollen. Bei uns gibt es keinen Arbeitgeberverband, der bei Tarifverhandlungen fordert, daß er den Samstag als Regelarbeitszeit

einführen will, im Gegensatz zu Gesamtmetall und anderen Arbeitgeberverbänden. Wir haben andere Arbeitgeberverbände als ihr. Es kommt darauf an, wie die Tarifparteien miteinander umgehen. Ich fühle mich auch von Arbeitgeberverbänden, mit denen ich zu tun habe, nicht erpreßt.

Zwickel an Mettke gewandt: „Du wirst doch nicht den Eindruck erwecken wollen, als ob die Interessenlage der Chemiearbeitgeber eine andere ist als die Interessenlage der Metallarbeitgeber. Die grundsätzlich unterschiedlichen Interessen, auf der einen Seite die Interessen des Kapitals und auf der anderen Seite die Interessen der Arbeitnehmer, werden doch nicht dadurch aufgehoben, wie man gelegentlich miteinander umgeht. Das ist doch eine sehr prinzipielle Frage. Aber davon, wie man diese Frage stellt, hängt auch ein Stück der Antwort ab.“

Mettke: „Klaus Zwickel hat zuletzt mit seinen Bemerkungen den Punkt angesprochen, um den es geht. Natürlich ist die Arbeitszeit eine ganz wichtige Frage. Aber im Grunde genommen treffen zwei Meinungen aufeinander, wie man tarifvertraglich zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften umgeht. Und da pflegen wir einen partnerschaftlichen Umgang, und da verhalten wir uns anders. Und das ist genau genommen der Meinungsstreit, um den es im DGB geht.“

H. Sch.

DPG-Jugend: „Zähne nicht im Wasserglas aufbewahren“

Mit 82 000 Mitgliedern unter 25 Jahren nimmt die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) Platz vier unter den 16 DGB-Gewerkschaften ein. Ihre 134 stimmberechtigten Delegierten mit einem Durchschnittsalter von 23,9 Jahren sowie weitere Gastdelegierte und Gäste trafen sich vom 24. bis 27. Mai zur 16. Bundesjugendkonferenz in Offenburgs Oberrheinhalle.

Statt Aufbruchstimmung, Jahrzehntelang Markenzeichen von Jugendkonferenzen dieser Gewerkschaft, war in den ersten einhalb Tagen ein Hauch von Resignation spürbar. Später, bei der Antragsberatung, kamen Elan und kämpferischer Geist zum Ausdruck. Zweifellos hatten die zeitweise vorhandenen resignativen Tendenzen ihre Ursache in verschlechterten politischen Rahmenbedingungen, denn kurz zuvor war von Bundestag und -rat der gesetzliche Segen für die Zerschlagung der Post erteilt worden. Die vielfältigen Aktionen reichten nicht aus, Schwarz-Schilling von seinem Vorhaben abzubringen. Versäumnisse lasten zahlreiche Jugendfunktionäre großen Teilen der Führungsgremien an, denn Forderungen nach betrieblichen Aktionen stießen teilweise auf taube Ohren.

Die Folgen der Aufspaltung der Post in drei selbständige Unternehmen sind auch organisationspolitisch gravierend. DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren nannte in Offenburg u. a. die Versechsfachung der Hauptpersonalräte, der Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, was einen ungeheuren Qualifizierungsschub erfordert. Nachdenken muß die Postgewerkschaft über ein „tragfähiges Vertrauensleutekonzept“, wobei laut van Haaren die Erfahrungen der Industriegewerkschaften, die sie unter den „Bedingungen privater Gewinnwirtschaft“ gemacht haben, genutzt werden sollen. Um eine Beitragserhöhung – bisher liegt der Satz bei 0,8 Prozent – wird die DPG nicht herumkommen, und die Verlängerung der Kongreßperiode von bisher drei auf vier Jahre dürfe kein Tabu sein. Darüber hinaus steht erneut die Aufgabe, für die jetzt auszuernenden Fernmeldehandwerker, die mit 24-Stunden-Verträgen abgespeist werden sollen, Vollzeitbeitsplätze zu erreichen.

Brisante Themen jedenfalls, die aufgegriffen werden müssen, wozu die DPG-Jugend „für sich immer das Recht in Anspruch genommen“ hätte. Sie würde auch in Zukunft „nicht kuschen“ und „klein begeben“, sondern wo es notwendig ist, offensiv werden, hatte Bundesjugendsekretär Rolf Büttner bereits in seiner Begrüßungs-

rede erklärt. Und ganz in diesem Sinne forderte Lothar Schröder, mit 104 Ja-Stimmen wiedergewählter Bundesjugendausschußvorsitzender, dazu auf, „mehr Biß zu zeigen“. Davon müßten auch jene überzeugt werden, „die ihre Zähne lieber im Wasserglas aufbewahren“.

Abrüstung, Umweltschutz, 40 Jahre Grundgesetz mit Massenarbeitslosigkeit und Berufsverboten, dazu Mißbrauch von Postzustellern als „unfreiwillige Helfershelfer von Rechtsradikalen“ sowie die Zerschlagung der Post waren einige der Schwerpunkte, die Lothar Schröder in seinem mündlichen Geschäftsbericht ansprach. „Er begrüßte die sowjetischen Abrüstungsvorschläge und wies auf die „Bringschuld“ der NATO hin. Westlichen „Stahlhelmfaktionen“ riet er, „sich endlich der Frage zu stellen, ob ihre Denkfähigkeit nicht unter ihrer Kopfbedeckung gelitten“ hätte, denn neues Denken könne nicht mit steinzeitlicher Kraftmeierei beantwortet werden. In diesem Zusammenhang befürwortete der BJA-Vorsitzende eine dritte und vierte Nulllösung, „damit Europa endlich atomwaffenfrei“ würde.

Statt für die Rüstung sollte mehr Geld für den Umweltschutz ausgeben werden, meinte Lothar Schröder, wobei er namens der DPG-Jugend für die Einhaltung eines konsequenten Verursacherprinzips, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Herstellerverantwortlichkeit plädierte. Die DPG-Jugend gebe sich auch „nicht damit zufrieden, wenn die Regierung zwar nach dem Recyclingprinzip umgebildet wird und verbrauchte Minister wiederverwendet werden, wenn gleichzeitig das Bundesumweltministerium Endlager für viele gute Initiativen zum Umweltschutz“ bliebe.

Aus aktuellem Anlaß nahm der Gewerkschaftsjugendfunktionär ausführlich zum Grundgesetz Stellung, denn tags zuvor war der 40. Geburtstag in Bonn mit großem Zeremoniell begangen worden. Was lag also näher, als Verfassungstext mit Verfassungswirklichkeit zu vergleichen. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Berufsverboten und Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte verglich Lothar Schröder das GG mit einem „ausgeschlachteten Rohbau, in dem es zieht und bei dem es regnet“. Und die Bundesregierung sei dabei, weitere „tragende Wände einzureißen“.

Kritisch und selbstkritisch bewertete der BJA-Vorsitzende die Aktionen gegen die Zerschlagung der Post, wobei er ausdrücklich das Engagement der jungen PostlerInnen hervorhob, jedoch ihren weitergehenden Aktionsvorstellungen, z. B. Mahnwachen und betriebliche Demonstrationsstreiks, nicht gefolgt worden sei. Trotzdem dürfe bei aller Kritik die Wirkung der Aktionen nicht in Abrede gestellt werden. Zwar sei die Dreiteilung der Post nun gesetzlich beschlossen, „bei der Schadensbegrenzung konnten jedoch einige wesentliche Teilforderungen durchgedrückt“ werden, erklärte Schröder. Er nannte u. a. einheitliches Sozialwesen, Infrastruktur, gestärktes Direktorium und zumindest die Chance einer Tarifgemeinschaft. Keinesfalls dürfe die Kritik und der „nachträgliche Meinungsstreit über die richtige oder falsche Aktionsform“ zur Unversöhnlichkeit zwischen den Funktionären führen, denn mit Zwietracht hätten die Gegner ein wesentliches Ziel erreicht. Schröder versicherte, daß der Aktendeckel über das Poststrukturgesetz nicht geschlossen und das Kapitel nicht erledigt sei.

Auch DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren beschäftigte sich mit den Problemen, die im mündlichen Geschäftsbericht angesprochen worden waren und registrierte, daß sich die „Verfassungswirklichkeit allzuoft nach rechts bewegt“. Als Stichworte nannte er u. a.: Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze, Diskriminierung der Frauen, Einschränkung der Pressefreiheit, Radikalerlaß, Aussperrung und § 116 AFG sowie die Sicherheitsgesetze. In diesen Kontext reihte er auch die „Postreform à la Dr. Schwarz-Schilling“ ein.

Nachdrücklich verwahrte sich der DPG-Vorsitzende dagegen, „daß unsere Kolleginnen und Kollegen so mißbraucht werden, als ob sie Handlanger von Gruppierungen wären, die Rassenhaß schüren und Volksverhetzung betreiben“. Schwarz-Schilling wurde aufgefordert, „eine Änderung der Postordnung vorzunehmen, um diesen Mißbrauch zu beenden“. Und im übrigen: „Naziparteien gehören verboten“, meinte van Haaren.

Sowohl dem mündlichen Geschäftsbericht Lothar Schröders als

auch dem Referat van Haarens folgte eine ausführliche Diskussion, die viele Stunden in Anspruch nahm. Kritisiert wurde die Jugendtarifpolitik, „deren Ergebnis nicht das Gelbe vom Ei“ ist, so ein Münchener Delegierter. Attackiert wurden die 24-Stunden-Verträge für auszubildende Fernmeldehandwerker und solche bundesweite Aktionen gefordert, die „Schwarz-Schilling ins Schwitzen“ brächten. Auch Probleme in der Ausbildung wurden angesprochen, so eine 22prozentige Durchfallquote bei den Düsseldorfer Fernmeldehandwerkern, dazu zig Vermerke wegen mangelnder Leistungen in der Zwischenprüfung. Als Ursache wurde die unzureichende Qualifikation von Berufsschullehrern genannt. Die Auszubildenden hätten „Wut im Bauch“, meinte ein Delegierter aus NRW, und „wenn wir das Problem nicht aufgreifen, verlieren wir an Glaubwürdigkeit“.

Für aktives Handeln gegen Berufsverbote statt papierener Beschlüsse sprachen sich mehrere Delegierte aus. Vermißt wurde die „Repräsentanz des Hauptvorstandes und des Bundesjugendausschusses bei den Berufsverbotsprozessen“. Geharnischt war die Kritik an den nach Meinung vieler Delegierter unzureichenden Aktionen gegen die Zerschlagung der Post. Man hätte besser auf Kampfkraft setzen müssen, statt auf Abgeordnete zu bauen, denn Argumente brächten nicht viel, wenn kein Druck dahinter stünde. Die Konfliktfähigkeit müsse gestärkt und die Zeiten der Versicherungsmentalität müßten vorbei sein, waren einige der Kernaussagen.

Spätestens bei der Beratung der 150 Anträge sowie mehrerer Initiativanträge und -entschlüsselungen wurde die DPG-Jugend wieder die alte. Sachkundig wurde diskutiert, Änderungsanträge gestellt und so manche Empfehlung der Antragsberatungskommission über den Haufen geworfen. Die DPG-Jugend blieb sich noch in einem weiteren Punkt treu: sie tagte in der Nacht zum 27. Mai bis 4.00 Uhr in der Früh, wobei die Diskussionsqualität nicht schlechter wurde. Eines muß jedoch noch nachgetragen werden: Neben Lothar Schröder als BJA-Vorsitzender wurde zur Stellvertreterin Sabine Lerner, 23 Jahre jung, gewählt.

Mehrere der beschlossenen Anträge werden auf dem 16. Kongreß der DPG Anfang November vorliegen. Wir dokumentieren daraus eine Auswahl. Die Überschriften der Anträge wurden von der Redaktion eingefügt. G. M.

Beschlüsse

Arbeitsplatzvernichtung (A 25)

Die Folgen einer auf Arbeitsplatzvernichtung zielenden Politik der Deutschen Bundespost werden bei der Weiterbeschäftigung der Nachwuchskräfte deutlich spürbar. Immer häufiger wirken sich Entscheidungen der Deutschen Bundespost auf die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse der Post insgesamt negativ aus. Auszubildende bekommen nach der Abschlußprüfung befristete Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse oder ausbildungsfremden Einsatz angeboten, damit mit dem Beschäftigtenachwuchs verstärkt flexible Arbeitsverhältnisse Einzug in die Dienststellen der Deutschen Bundespost halten. Ziel ist es, langfristig die unbefristete Vollzeitbeschäftigung als Regelarbeitsverhältnis abzulösen.

Vorenthaltene Vollzeitbeschäftigung im erlernten Beruf bedeutet für die betroffenen Auszubildenden materielle und soziale Belastungen und ggf. Verlust erworbener Qualifikationen. Die Beschäftigten in den Dienststellen leiden unter zusätzlicher Arbeitshetze, wenn die Deutsche Bundespost einen nachweislich höheren Arbeitskräftebedarf hat, die Weiterbeschäftigung der Auszubildenden aus ideologischen Gründen aber nur in flexiblen Arbeitsverhältnissen, z. B. in Teilzeitarbeit erfolgt. Aus diesem Grund ist die Auseinandersetzung um die Weiterbeschäftigung der Nachwuchskräfte keine isolierte Angelegenheit der DPG-Jugend. Die Deutsche Postgewerkschaft muß diese Auseinandersetzung als Gesamtorganisation weiterhin offensiv führen, weil sie eng im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Strategien zur Verhinderung flexibler Beschäftigungsverhältnisse, zur Humanisierung der Arbeit und zur Durchsetzung einer aktiven Beschäftigungspolitik steht.

Seit Jahren versucht die Deutsche Bundespost, die Öffentlichkeit über die Ursachen der Probleme um die Weiterbeschäftigung der Nachwuchskräfte zu täuschen. Es ist widersinnig, die Höhe der Ausbildungsquote als Ursache für nicht zufriedenstellende Weiterbeschäftigungsangebote hinzustellen, wenn gleichzeitig bei der Deutschen Bundespost massiv Personalabbau betrieben wird und Beschäftigungschancen ungenutzt bleiben.

Bei der Deutschen Bundespost sind Jahr für Jahr Tausende von Arbeitsplätzen unbesetzt. Möglichkeiten bleiben offen, mit einer verstärkten Bereitstellung von Personal den Krankenstand zu verringern, die Urlaubs- und Überzeitabwicklung zu verbessern sowie den Übertragungssatz zu senken. Ohne Berücksichtigung der Arbeitsmarkt- und Weiterbeschäftigungssituation wird vom BPM das Ziel verfolgt, mit unterschiedlichen Maßnahmen Arbeitsplätze zu vernichten (Beispiele sind die Schalterbemessung, die Entrümpelungsverfügung, die Einführung rollierender Dienstpläne, das Verfügungspaket von 1986, die Verkürzung der Wegezeiten usw.). Durch diese Maßnahmen wird das Serviceangebot der Deutschen Bundespost oft beeinträchtigt, Chancen zur Verbesserung des Services bleiben zumindest ungenutzt.

Aus diesen Gründen wehrt sich die Deutsche Postgewerkschaft gegen ausbildungsfremde oder befristete Weiterbeschäftigung sowie gegen Teilzeitbeschäftigung der Nachwuchskräfte nach der Abschlußprüfung. Sie tritt für die ausbildungsgerechte Übernahme aller Auszubildenden in unbefristete Vollzeitverhältnisse in Heimatnähe ein. Der vorhandene beschäftigungspolitische Spielraum zur Realisierung dieser Forderung muß durch Elemente qualitativer Tarifpolitik ausgedehnt werden. Dabei sind schutzwürdige Teile der Bemessungsregelungen und das Recht auf Weiterqualifizierung für die Beschäftigten tarifvertraglich zu vereinbaren.

Die Aktivitäten zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit sind fortzusetzen, ebenso die Bemühungen zur Abwehr von Privatisierungsabsichten. In dem Maße, in dem beschäftigungswirksame Forderungen zum Gegenstand der Tarifpolitik gemacht werden, müssen auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel einer Tarifaufeinander- setzung zur Durchsetzung der Forderung genutzt werden. Dies ist in einer breit angelegten Kampagne vorzubereiten. Daneben sind die bisherigen Aktionsformen zur öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung um die Beschäftigungspolitik und die Weiterbeschäftigung der Nachwuchskräfte bei der Deutschen Bundespost weiterzuentwickeln.

Streikbereitschaft herstellen (A 49)

Alle Gremien der Deutschen Postgewerkschaft sind aufgefordert, bei den nächsten Tarifverhandlungen stärker als bisher Streikbereitschaft bei den Beschäftigten herzustellen. Die aktive Einbeziehung der Beamten in die Tarifaufeinander- setzung ist vorzubereiten. Eine umfassende Mobilisierung ist notwendig, um beispielsweise wesentliche Schritte qualitativer Tarifpolitik (HdA-Tarifverträge), erhebliche Einkommensverbesserungen sowie die 35-Stunden-Woche zu realisieren.

Aktive Tarifpolitik (A 50)

Der Hauptvorstand der DPG wird aufgefordert, Möglichkeiten zu suchen, um auch während der langen Laufzeit des derzeitigen Lohntarifvertrages eine aktive Tarifpolitik entwickeln zu können. Grundsätzlich soll in der Zukunft bei Lohntarifverträgen auf zu lange Laufzeiten verzichtet werden.

Begründung: Die lange Laufzeit des Lohntarifvertrages bis Ende 1990 birgt die Gefahr in sich, daß die Einkommen hinter der Preisentwicklung zurückbleiben bzw. durch unsoziale Steuer- und Sparmaßnahmen der Bundesregierung ins Hintertreffen geraten.

Kontakte ausbauen (A 83)

Der Hauptvorstand der DPG wird aufgefordert, bestehende Kontakte zu Gewerkschaften in der Sowjetunion und der DDR fortzuentwickeln. In friedenspolitischer Zielsetzung wird die Absicht ver-

folgt, baldmöglichst auch auf regionaler Ebene gemeinsame Veranstaltungen, Seminare usw. durchzuführen. Insbesondere Jugendbegegnungen sind zu forcieren und um dezentrale Angebote anzureichern.

Begründung: Eine argumentative Auseinandersetzung um friedenspolitische Zielsetzungen wird häufig durch vorurteilsbehaftete und nicht selten durch politisch gezielt am Leben gehaltene Feindbilder erschwert. Überzeugende Analysen, beispielsweise zum wirtschaftlichen Hintergrund der Rüstung und zum Zusammenhang zwischen Rüstung und Hunger in der Welt finden kein Gehör, wenn Feindbilder den Blick verstellen. Zur wirkungsvollen Friedensarbeit gehören deshalb breit angelegte Bemühungen zum Abbau von Feindbildern. Am wirkungsvollsten sind persönliche Kontakte vieler Menschen zu der Bevölkerung des jeweils anderen Wirtschaftssystems oder Militärblocks. Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen kann Sicherheit nicht mehr gegeneinander errüdet, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen und Verständigung der Völker gewährleistet werden. Ideologische Unterschiede und darin begründete Vorbehalte müssen hinter dem allgemeinsinnlichen Überlebensinteresse zurückstehen. Verständigung setzt Verständigungsangebote voraus.

Neue Strategien (A 85)

Nach der Zerschlagung der Deutschen Bundespost ist es notwendig, neue berufs- und gesellschaftspolitische Strategien zu entwickeln. Der Hauptvorstand wird daher aufgefordert, Vorschläge zur Satzung der DPG, ihrer Handlungsperspektiven und zum „Gesellschafts- und berufspolitischen Programm“ zu entwickeln. Die Entwürfe sind in den Ortsverwaltungen, Bezirken und Personengruppen zu diskutieren und auf einem außerordentlichen Kongreß zu beraten. Ein solcher Kongreß ist so schnell wie möglich nach dem 16. Gewerkschaftskongreß einzuberufen.

Begründung: Die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen ist schwieriger geworden. Die Koalition aus Kabinett und Kapital fährt einen Generalangriff gegen Arbeitnehmer und soziale Rechte. Ziel dieser arbeitnehmerfeindlichen Politik ist die ausschließliche Verbesserung der Verwaltungsbedingungen für das Kapital. Die Zerschlagung der Post ist ein Teil dieser Politik. Die Personalpolitik der Deutschen Bundespost realisiert in diesem Sinne kalte Machtpolitik. Dieser Machtpolitik muß gewerkschaftliche Gegenmacht entgegengesetzt werden.

Durch Konzentration auf wichtige Kampfziele, verstärkte Orientierung auf betriebliche Aktionen und Ausweitung der Mitbestimmungsrechte können die Kräfteverhältnisse zu Gunsten der Beschäftigten geändert werden. Arbeitsplatzvernichtung, einseitige Aufhebung von Verfügungen und Vereinbarungen zeigen, daß von der DPG auf der Verhandlungsebene die Beschäftigten vor den negativen Auswirkungen dieser Politik nicht wirkungsvoll geschützt werden können. Zur Entwicklung der notwendigen Gegenwehr sind neue Strategien bei der Forderungsfindung, Durchsetzung und Einbeziehung der Mitglieder notwendig. So bekommt beispielsweise die Tarifpolitik gegenüber dem alten Aktionsprogramm eine größere Bedeutung.

Politischer Streik (A 87)

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, zentrale Angriffe auf die abhängig Beschäftigten zurückzudrängen und bei grundsätzlichen Auseinandersetzungen mit den Machthabenden die geschlossene Gewerkschaftsbewegung entgegenzustellen. Der Bundesvorstand wird legitimiert, zur kollektiven Gegenwehr bis hin zu betrieblichen Aktionen (unter Einschluß des Streiks nach DGB-weiter Urabstimmung) verbindlich auffordern zu können.

Begründung: Seit der konservativen Machtübernahme der Bundesregierung häufen sich die Angriffe auf die Gewerkschaften und die Beschäftigten. Im politischen Bereich sind die Auseinandersetzungen ebenfalls erheblich gestiegen.

Als Beispiele hierfür sind genannt:

- § 116 AFG

- Sicherheitsgesetze
- Rentenreform
- Steuerreform
- Angriff auf die Mitbestimmung
- § 218 StGB
- Volkszählung
- Gesundheitsreform
- Postreform
- Verschlechterung des JarbSchG
- Rheinhausen/Hattingen (Verschlechterung der Stahlstandorte)
- Berufsverbote
- Rüstung/Rüstungs-Etat (Jäger 90)
- Arbeitszeitverkürzung
- Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Beschäftigungsförderungsgesetz

Die Einzelgewerkschaften sind bisher nach ihrer spezifischen Ausrichtung nicht in der Lage, die einzelnen Probleme zu lösen. Der DGB hat bisher in vielen Bereichen versäumt, die Angriffe der Machthabenden zu beantworten. Die Gründe hierfür liegen z. T. im DGB-Bundesvorstand und seinen Aufgabendefinitionen. Zum anderen sind die Gründe mit der mangelnden Handlungskompetenz zu erklären. Aus diesem Grund muß der DGB, als Handlungsinstrument der Einzelgewerkschaften, mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden. Wenn dieses Ziel nicht erreicht wird, sind die Machthabenden in der Lage, jeden Erfolg einer Einzelgewerkschaft durch zentrale Vorgaben zu unterlaufen.

Verbot rechtsradikaler Organisationen (A 123)

Die DPG wird aufgefordert, zusammen mit allen DGB-Gewerkschaften und dem DGB massiv auf die Bundesregierung Einfluß auszuüben, damit alle rechtsradikalen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) verboten und aufgelöst werden. Die Aufklärungsarbeit in der schulischen und politischen Bildungsarbeit ist zu intensivieren. Ein deutliches Zeichen, dem Rechtsradikalismus Einhalt zu gebieten, wäre die Erklärung des 8. Mai (Befreiung vom Faschismus) zu einem gesetzlichen Feiertag.

Stärkere Kooperation (A 134)

Wir fordern den Hauptvorstand der DPG und den DGB auf, sich für eine stärkere Kooperation der Gewerkschaften in Europa einzusetzen – unberücksichtigt der Zugehörigkeit zum IBFG oder WGB. Dabei muß die Zielsetzung eine gemeinsame Strategie in den Fragen der Tarif- und Sozialpolitik sowie der Friedens- und Umweltpolitik sein.

Begründung: Im Hinblick auf das mögliche Zustandekommen des EG-Binnenmarktes im Jahre 1992 kommen auf die Gewerkschaften dringende Aufgaben zu, um negative Konsequenzen für die Arbeitnehmer zu verhindern. In den europäischen Ländern bestehen krasse Gegensätze im Lohnniveau sowie in den Sozialleistungen. Gesetzliche Vorschriften, speziell Arbeits- und Tarifrecht sind sehr unterschiedlich geregelt. Es ist daher notwendig, einheitliche Regelungen zu schaffen.

Das europäische Großkapital wird versuchen, als Maßstab für gesamteuropäische Regelungen den Stand der Länder zu beachten, die auf vergleichsweise niedrigem Niveau stehen.

(Dieser Antrag ist an den Hauptvorstand gerichtet).

In der Autoindustrie: Neue Arbeitsformen werden erprobt

Auf der Bochumer Fachtagung der IG Metall am 2. und 3. Juni meinte der Direktor der Werke Bochum der Adam Opel AG, Wolfgang Strinz, daß das Management in der Gruppenarbeit das „vielleicht wichtigste Element des Strukturwandels“ sehe: „Wir meinen, daß das richtige Modell für die Zukunft die Fertigung in Gruppenarbeit ist.“ Es handele sich um „die Zusammenarbeit von Mitarbeitern aus verschiedenen Fachbereichen mit unterschiedlicher Qualifikation innerhalb einer Gruppe“. Was steckt dahinter?

Die Umbruchsituation in der Entwicklung der Produktivkräfte führt zu immer kürzeren Innovationszyklen von Produkten und Prozessen und ist daher ohne die Kreativität und Kompetenz der Arbeiter und Angestellten nicht zu bewältigen. Die heutige Informationstechnik schafft völlig neue Möglichkeiten für neue Werkstrukturen. Die bisher vorherrschenden arbeitsteiligen Organisationsstrukturen erweisen sich vom Standpunkt der kapitalistischen Verwertung als gegenwärtig. Mobile, lockere bis hin zu fließenden Organisationsnetzwerken gewinnen an Bedeutung.

Bei VW in Wolfsburg soll nun unter aktiver Beteiligung des Betriebsrates und der IG Metall in der Halle 53 A Gruppenarbeit eingeführt werden. Wir dokumentieren den Entwurf des „Regelungspapiers Halle 53 A“. Der widersprüchliche Charakter wird aus dem Inhalt deutlich. Auf der einen Seite stehen, wie aus der Präambel ersichtlich ist, an erster Stelle der Zielsetzung die „höhere Wirtschaftlichkeit und Produktivität“, zugleich enthält die Einführung von Gruppenarbeit Elemente einer Humanisierung der Arbeit und der Überwindung nervtötender Arbeitsteilung.

Im Arbeitspapier des IGM-Arbeitskreises zu neuen „Arbeitsformen“ bei VW wird im Eckpunkt 12 festgestellt: „Ein wesentlicher Gesichtspunkt der Gruppenarbeit ist eine ausgeweitete Entscheidungs- und Durchführungsbefugnis. Arbeitsgruppen sind als selbstregulierende Organisationseinheiten zu verstehen, die im Rahmen ihres Auftrages und der gesetzten Rahmenbedingungen die Planung, Durchführung und Kontrolle ihrer Tätigkeit selbstverantwortlich ausüben.“

Hier zeigen sich bereits Elemente zukünftiger gesellschaftlicher Verhältnisse, die über den Kapitalismus hinausweisen und die erfordern, die Arbeitskraft nicht als Ware zu behandeln, sondern die menschlichen Ansprüche der Beschäftigten in den Mittelpunkt zu stellen.
W. D./H. Sch.

Entwurf Regelungspapier Halle 53 A

1 Präambel

1.1 Zum Zwecke der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Arbeitsbedingungen erfolgt im Rahmen eines Erstvorhabens für den Fertigungsumfang der Halle 53 A der Einsatz neuer Formen der Arbeitsorganisation. Sie wird unter Berücksichtigung des Tarifvertrages zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei technischen und arbeitsorganisatorischen Änderungen (vom 2. März 1987) probeweise eingeführt.

1.2 Ein wesentlicher Bestandteil der veränderten Arbeitsorganisation ist die Realisierung der Teamarbeit für gewerbliche Mitarbeiter.

1.3 Teamarbeit soll gegenüber herkömmlicher Arbeitsorganisation

- eine höhere Wirtschaftlichkeit und Produktivität,
- eine Aufgabenerweiterung zur Vermeidung einseitiger Belastungen und zu starker Arbeitsteilung,
- eine Aufgabenbereicherung zur Vergrößerung der Mitsprache, Mitgestaltung und Mitverantwortung am Arbeitsplatz,

- eine höhere Verantwortung für die Fertigungs- und Produktqualität,
- eine Verbesserung der Information und Kommunikation
- sowie eine Verbesserung der Qualifizierungsmöglichkeiten durch bedarfsgerechte Qualifizierung gewährleisten.

1.4 Um die Zusammenarbeit im Team sicherzustellen, werden die Mitarbeiter entsprechend den vereinbarten Qualifizierungsprogrammen ausgebildet.

2 Begriffsbestimmung

2.1 Die in Halle 53 A wahrzunehmenden Tätigkeiten werden nach technischen, räumlichen und arbeitsorganisatorischen Gesichtspunkten zu ganzheitlichen Arbeitsaufgaben zusammengefaßt.

2.2 Die ganzheitliche Arbeitsaufgabe wird im Team von einer bestimmten Anzahl Mitarbeiter weitgehend eigenverantwortlich, unter Einbeziehung der dafür erforderlichen Befugnisse wahrgenommen, um so ein Höchstmaß an Identifikation, Motivation und Arbeitszufriedenheit sicherzustellen.

3 Arbeitsaufgaben und Zuständigkeiten

3.1 Für jedes Team ist die ganzheitliche Arbeitsaufgabe, das Ausmaß der Eigenverantwortlichkeit sowie die Befugnisse zu beschreiben.

3.2 Die festgelegte ganzheitliche Arbeitsaufgabe wird von den Mitgliedern des Teams gemeinschaftlich ausgeführt.

3.3 Die ganzheitlich beschriebene Arbeitsaufgabe wird zum Zwecke der Qualifizierung in unterschiedliche Arbeitssysteme strukturiert, in denen neben den fertigenden Tätigkeiten soweit als möglich auch disponierende, qualitätssichernde, instandhaltende, steuernde und koordinierende Tätigkeiten einbezogen werden.

3.4 Um eine weitgehende Eigenverantwortlichkeit der Teams sicherzustellen, werden soweit als möglich Teilumfänge bestehender fachlicher und administrativer Aufgaben betrieblicher Vorgesetzter in jedes Team integriert.

3.5 Teamkoordinierende Tätigkeiten wechseln, entsprechend einem vom Team gemeinsam mit der betrieblichen Führungsebene erstellten Arbeits- und Rotationsplan, wöchentlich unter den Teammitgliedern.

4 Qualifizierung

4.1 Zur Beherrschung der ganzheitlich beschriebenen Arbeitsaufgabe werden alle Teammitglieder stufenweise über die festgelegten Arbeitssysteme (Qualifizierungsschritte) qualifiziert. Hierzu ist es erforderlich, die Durchlässigkeit zwischen den Arbeitssystemen sicherzustellen.

4.2 Die Qualifikation zur Erreichung des nächsthöheren Arbeitssystems wird in Qualifizierungsbausteinen/-schritten vermittelt, wobei die Bereitschaft der Mitarbeiter zur Qualifizierung vorausgesetzt wird.

4.3 Die Verweildauer der Teammitglieder im jeweiligen Qualifizierungsbaustein/-schritt richtet sich nach den erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen und den erlangten Fähigkeiten bzw. Fertigkeiten. Die Beurteilung, zu welchem Zeitpunkt der Mitarbeiter die Anforderungen des nächsthöheren Arbeitssystems in vollem Umfang beherrscht, erfolgt in Abstimmung mit dem Team durch den betrieblichen Vorgesetzten.

4.4 Für die gesamte Qualifizierungsmaßnahme zur Vermittlung der Fertigkeiten der beschriebenen ganzheitlichen Arbeitsaufgabe wird je nach Komplexität der Arbeitsaufgabe für jedes Team zwischen Betrieb und Betriebsrat ein zeitlicher Rahmen vereinbart.

4.5 Erreichen Mitarbeiter in dem erstellten Qualifizierungsprogramm nicht die notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die zur Erfüllung der ganzheitlichen Arbeitsaufgaben notwendig sind, verbleiben sie in den bisherigen Arbeitssystemen. Ebenso muß verfahren werden, wenn Mitarbeiter die Qualifizierungsmaßnahmen abbrechen.

4.6 Die Qualifizierungsmaßnahmen erfolgen nach einem abgestimmten Qualifizierungskonzept. Das Team erstellt in regelmäßigen Abständen Qualifizierungsbilanzen und zeigt an Hand dieser Bilanzen den zukünftigen Qualifizierungsbedarf auf.

5 Personalausgleich

5.1 Planbare Personalschwankungen, wie z. B. Tarifurlaub, Freischichten, temporärer Qualifizierungsbedarf und dergleichen werden in die Personalbemessung des Teams einbezogen. Das Team hat dafür zu sorgen, daß eine gleichmäßige Entnahme erfolgt.

5.2 Nicht planbare Personalschwankungen, wie z. B. durch Krankheit, Schwankungen des Produktionsprogramms und dergleichen sind zwischen den Teams und/oder durch Personalzugang von außen auszugleichen.

5.3 Leihungen und Verleihungen in bzw. aus der Halle 53 A sollten möglichst vermieden werden.

5.4 Die Personalbesetzung ist einvernehmlich zwischen Betreiber, Personalabteilung und Betriebsrat festzusetzen. Minderheiten wie z. B. Frauen, Ausländer, Leistungsgeminderte und Schwerbehinderte sind zu berücksichtigen.

6 Entlohnung

6.1 Innerhalb eines Teams soll möglichst ein Entgeltgrundsatz angewendet werden.

6.2 Ziel ist es, daß alle Teammitglieder nach erlangter Qualifizierung für die Erfüllung der ganzheitlichen Arbeitsaufgabe das gleiche Entgelt erhalten.

6.3 Erreichen Mitarbeiter in dem erstellten Qualifizierungsprogramm nicht die notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die zur Erfüllung der ganzheitlichen Arbeitsaufgaben notwendig sind, verbleiben sie in den bisherigen Arbeitssystemen. Ebenso muß verfahren werden, wenn Mitarbeiter die Qualifizierungsmaßnahmen abbrechen.

6.4 Die Entgeltdifferenzierung erfolgt gemäß bestehendem Tarifvertrag.

7 Teamgespräche

7.1 Für Abstimmungen innerhalb des Teams sind Teamgespräche während der Arbeitszeit möglich. Über die Notwendigkeit entscheidet das Team. Der zeitliche Aufwand sollte 1 Stunde pro Woche nicht überschreiten.

7.2 Teamgespräche sind zweckgerichtet und dienen der Lösung von fachlichen, organisatorischen und sozialen Fragen.

7.3 Der betriebliche Vorgesetzte sowie der Beauftragte des Betriebsrates können an den Teamgesprächen teilnehmen.

7.4 Teamgespräche sollen weder zu Kapazitätsverlusten noch zur Beeinträchtigung vor- und nachgelagerter Bereiche führen.

8 Umsetzungsteam

8.1 Zur Einführung der Arbeitsorganisation Halle 53 A ist ein Umsetzungsteam auf Fachabteilungsebene (PPW-Arbeitsstudie, Personalabteilung, betroffene Fertigungsabteilung und Betriebsrat) einzusetzen.

8.2 Das Umsetzungsteam ist für die Vorbereitung und Umsetzung der Arbeitsorganisation Halle 53 A zuständig.

8.3 Fragen, die auf Fachabteilungsebene nicht zu klären sind, sind dem „Steuerkreis Arbeitsorganisation Halle 53 A“ vorzulegen.

9 Steuerkreis

9.1 Zur Koordination aller erforderlichen arbeitsorganisatorischen Aktivitäten für die Halle 53 A wird ein Steuerkreis eingerichtet.

9.2 Zu den Aufgaben des Steuerkreises zählt z. B.

- Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen sicherzustellen,
- Setzung der Zielvorgabe,
- Modifizierung des Regelungspapieres,
- Beschlußfassung zum Abbruch des Projektes Arbeitsorganisation Halle 53 A,
- Festlegung von Prioritäten,
- Klärung von offenen Fragen, die im Umsetzungsteam nicht vereinbart werden konnten.

9.3 Der Steuerkreis setzt sich zusammen aus:

dem Leiter des zuständigen Fertigungsbereiches, dem Leiter der Zentralen Produktionsplanung, dem Leiter des Personalwesens und dem Betriebsrat.

10 Geltungsdauer

10.1 Die Regelungsabsprache tritt am in Kraft und kann erstmals nach 12 Monaten mit einer Frist von 3 Monaten zum Kalendermonatsende gekündigt werden.

10.2 Unverträglichkeiten mit der Praxis, die im Steuerkreis einvernehmlich geklärt werden, können auch vor Ablauf dieser Frist zu Ergänzungen und Änderungen führen.

Wackersdorf: Früher „wesentlicher Baustein“ Und was wird jetzt?

„Ich bin der festen Überzeugung, daß es in wenigen Jahren eine hohe Akzeptanz dieser (WAA-Wackersdorf-)Anlage geben wird.“ Gerold Tandler heißt der Mann, der mit diesen Worten Ende 1987 in der „Süddeutschen Zeitung“ zitiert wurde. Damals Generalsekretär der CSU, heute im Ministerrat der Bayern-Regierung, meinte der „in seinem Glauben als unerschütterlich“ geltende Tandler ausgesprochen zu haben, was viele in der CSU dachten. Wackersdorf galt dort als „ein wesentlicher Baustein in der Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik“.

Nach dem „Aus“ für die atomare Wiederaufarbeitung wird die Republik nun also ohne diesen „wesentlichen Baustein in der Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik“ auskommen müssen. Ob sie's überlebt? Tandler und seine Freunde sollten da dem VEBA-Konzern vertrauen, der ihnen und der Bonner Regierung vor über fünf Jahren das „Projekt Wackersdorf“ mit dem Postulat aufschwatzte, ohne die Wiederaufarbeitung ginge für den Atomstrom in der Bundesrepublik über kurz oder lang nichts mehr. Und der VEBA-Konzern war es schließlich, der jetzt auf der WAA-Baustelle wieder das Licht abdrehte, und zwar ohne ein Wort der Sorge über die weitere „Leistungsfähigkeit“ der Republik. Nun – bislang war, was der „Wirtschaft“ recht war, vielen Politikern allemal billig, und so wird sich auch Tandler in eben diesem seinem Glauben an die Zweieinigkeit von Staat und Monopolen ein weiteres Mal bewähren müssen.

Daß die Anti-WAA-Bewegung das „Aus“ als eine Etappe ihres Kampfes betrachtet, entspricht ihrem Selbstverständnis, ist der Tatsache geschuldet, daß zwar die Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe vom Tisch ist, mit der Zusammenarbeit zwischen VEBA und der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague die Gefahren aber verlagert werden, also nicht vom Tisch sind. So gesehen kann das „Aus“ in Wackersdorf in der Tat nur als ein Etappensieg und als ein Schritt im Kampf um den totalen Ausstieg aus dem Atomprogramm gesehen werden.

Über fünf Jahre hat dieser Kampf gedauert, und er hat aus der Erfahrung eines breiten Bündnisses heraus etwas geleistet, was lange Jahre noch als musterhaft gelten dürfte: regionale und überregionale Zusammenarbeit von Anti-AKW-Gruppen, eine enge Verknüpfung der Bevölkerung mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppen weit über Bayern hinaus.

In diesem Kampf kulminierte eine Vielzahl von Bedingungen und Voraussetzungen miteinander, die einen dauerhaften, zähen Kampf gegen Konzernmacht und staatlicher Willkür aussichtsreich erscheinen lassen. Gradmesser für solche Behauptungen mag es viele geben, letztlich auch die Begründung für das „Aus“ in Wackersdorf.

kersdorf, wie sie VEBA-Konzernchef von Benningsen-Foerder im April dem „Spiegel“ gab: „Wackersdorf ist zu einem Reizpunkt und zu einem Symbol geworden.“

Die Einsicht dazu mag spätestens im Sommer 1988 gekommen sein, als mit den rund 881 000 Einwendungen beim atomrechtlichen Anhörungsverfahren in Neunburg vorm Wald so ziemlich alles auf den Tisch kam, was einerseits die Verfilzung von Staat und Atomindustrie betraf und andererseits die enormen Risiken der Wiederaufarbeitung atomarer Brennstäbe.

Wichtige Argumente der WAA-Gegner waren: Die WAA sei weder zum Betrieb noch zur Entsorgung von Kernkraftwerken notwendig. Aufbereitungsverfahren, wie das in Wackersdorf geplante seien teuer und ungleich riskanter, als der Einsatz von neuen Kernbrennstäben. Bau und Inbetriebnahme der WAA erschwerten den notwendigen Ausstieg aus der Kernenergie, setzten im Gegenteil den Plutoniumkreislauf erst richtig in Gang. Natur und die Gesundheit lebender und zukünftiger Generationen würden unverantwortlich gefährdet. Der Betrieb der WAA versetze den Staat und auch Privatfirmen in die Lage, Plutonium zum Bau von Atombomben unkontrollierbar abzugeben. Bisherige Wiederaufarbeitungsanlagen, ob in Frankreich, den USA, Großbritannien oder der UdSSR bewiesen diese Bedenken; all diese Anlagen dienten überwiegend militärischen Zwecken.

Die Betreiber und Auftragnehmer der WAA (DWK, Siemens-Kraftwerkunion u. a.) böten keinerlei Garantien für die Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt. Immer wieder ins Feld geführt wurde vor allen Dingen auch die Gefahr der Bombenproduktion „made in Wackersdorf“, denn „die WAA liefert tonnenweise Plutonium für die Atombombe. 1995 endet der Atomwaffensperrvertrag. Die Bundesrepublik hätte dann die Möglichkeit, selbst Atombomben herzustellen“, schreiben die DKP-Bezirke Nord- und Südbayern zu diesem Problem.

Vorschlag für Wackersdorf

Der bayerische DGB-Landesbezirksvorsitzende Jakob Deffner hat vorgeschlagen, auf dem WAA-Gelände ein Forschungszentrum für umweltschonende Energien einzurichten. Das „schafft weit mehr Arbeitsplätze, als die WAA je gebracht hätte und bietet zudem vielfältige Entwicklungs- und Forschungsmöglichkeiten im Bereich zukunftsorientierter, alternativer Energien“.

Der DGB-Landesbezirk Bayern hofft in einer Erklärung von Ende Mai zum „Aus“ für die atomaren Wiederaufarbeitungspläne in Wackersdorf, „daß damit am letzten Umkehrpunkt, der uns vor dem energiepolitischen Desaster bewahren kann, tatsächlich ein unsinniges und unverantwortliches Projekt gerade noch verhindert worden ist“. Immer schon sei es die Auffassung des DGB gewesen, daß anstelle „der Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe eine direkte Endlagerung das einzig vertretbare Entsorgungskonzept sein kann“.

In den bisherigen Bündnisorganisationen gegen die WAA ist diese Auffassung bekanntlich nicht durchgehend konsensfähig. Auf jeden Fall scheint aber Einigkeit darüber zu bestehen, daß Wackersdorf auch für eine atomare Endlagerstätte nicht in Frage kommt. Jedenfalls im größten Teil der Bevölkerung und der Anti-WAA-Bewegung. Dennoch: Der Landtagsabgeordnete der Grünen im Bayerischen Landtag, Professor Armin Weiß, befürchtete im Juni gegenüber dem Landtag, daß da noch getrickst werden könnte und am Ende doch heimliche Pläne für eine anderweitige atomare Umwidmung (z.B. atomares Zwischenlager) der WAA-Baustelle vorhanden seien. Andere, so das bayerische SPD-Landesvorstandsmitglied Dr. Gerhard Schmid, können sich „Pläne für ein Endlager im nahen Bayerischen Wald“ vorstellen, wie die Mittelbayerische Zeit-

ung am 14. Juni 1989 berichtete. Konfusionsstrategien? Näheres, so das Anti-WAA-Büro in der Kreisstadt Schwandorf, käme sicherlich nach den Kommunalwahlen ans Tageslicht, die im März 1990 in Bayern stattfinden.

Konkreter wird es da schon in den Buchhaltungen der VEBA-Tochter DWK und der bayerischen Staatsregierung. Die wollen als „Entschädigung“ für den Nichtbau der WAA insgesamt 1,5 Milliarden DM Wiedergutmachung leisten; 500 Millionen DM davon sind deklariert als Wirtschaftsförderung für die Oberpfalz. Viel zu wenig, wie betroffene Gemeinden, die Oppositionsparteien im Bayerischen Landtag und die Gewerkschaften betonen. Gefordert wird, das gesamte 10-Milliarden-DM-Volumen, welches insgesamt für den Bau der WAA geplant war, zur Verfügung zu stellen. (Gerade im Hinblick auf die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze ist die Forderung nicht neu.) Bereits im Juli 1988 stellte der DKP-Bezirksvorstand Nordbayern dazu fest: „Die Finanzierung des (DKP-)Oberpfalzprogrammes (als Ersatz für die WAA-Bauvorhaben, und u. a. zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze der Maxhütte und eines Schrottrecyclingzentrums) ist keine Frage voller oder leerer Kassen. Für den Bau der WAA stehen allein 10 Milliarden DM zur Verfügung...“

Ersatzweise wollen Siemens-Konzern und Bayernwerk nun eine Solarzellenfabrik auf dem WAA-Gelände bauen. Doch rechnet beispielsweise die SPD vor, daß mit dem gesamten ursprünglichen WAA-Volumen von 10 Milliarden DM unter anderem auch noch ein Schrottrecyclingzentrum errichtet werden kann. Auch der bayerische DGB will „nicht nur eine Begrenzung auf die reine Fabrikation von Solarzellen, sondern umfassender im Rahmen seines Konzeptes eines FED-Zentrums (Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationszentrum alternativer Energien) die Erforschung, Entwicklung und Fertigung von Solartechnologien im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Wasserstoffenergiewirtschaft“.

In einem zusammen mit „Arbeit und Leben“ erstellten Konzept für ein solches FED-Zentrum begründet der DGB diese Forderung unter anderem mit dem politisch notwendigen Nachweis „eines anschaulich und handgreiflichen Beweises für die Ernsthaftigkeit und die Erfolgsaussichten einer Energiepolitik ohne Kernenergie“.

Was von diesen Vorhaben letztlich realisiert wird, läßt sich abschließend jetzt noch nicht sagen. Lediglich das Konzept der Solarzellenfabrik scheint klare Konturen anzunehmen, was seine Finanzierung, den Errichtungszeitraum (bis Mitte der 90er Jahre) und die Zahl der möglichen Arbeitsplätze, etwa 380, betrifft.

Ausschlaggebend für die künftige Nutzung bleibt die Entscheidungsgewalt der DWK, denn sie verfügt auch nach dem „Aus“ für eine atomare Wiederaufarbeitung über das Gelände und die darauf bereits stehenden Bauten. So hat denn auch der „Hausherr“ zu verstehen gegeben, sich mit dem Konzept eines über die Solarzellenfabrik hinausgehenden FED-Zentrums, wie es der DGB vorgeschlagen hat, nicht anfreunden zu können. Nicht nur diese Ablehnung, sondern auch das starre Festhalten an dem Gelände gibt in Anti-WAA-Kreisen Anlaß zu erneuten Spekulationen, was die DWK tatsächlich mit der ehemaligen Baustelle vorhat. Vorerst „beruhigt“ wurden hingegen jene Kommunen, die direkt und indirekt mit dem Bau der WAA im Zusammenhang standen. Vier an der Zahl hatten von der DWK zinslose Darlehen in einer Gesamthöhe von etwa 11 Millionen DM erhalten, die sie nun nicht mehr zurückzahlen brauchen. Ein letzter Aspekt: Was immer an Erwartungen über Ersatzleistungen für geplante und – über die Baustelle – schon gehabte Arbeitsplätze realisiert werden kann, verdeckt auf der anderen Seite nicht, daß die jahrelangen Auseinandersetzungen auch eine Zunahme des rechtsradikalen politischen Bereichs bewirkt haben, daß sich Rechtsradikale aller Schattierungen in der Oberpfalz an die negative Stimmung gegen die WAA anhängen. „Dies zu übersehen“, so der bekannte bayerische Antifaschist und Kommunist Oskar Neumann zur WAA-Problematik, „wäre unverzeihlich für jeden, der wirklich dafür sorgen will, daß wir aus der Misere der militärischen und dann so rasch wie möglich auch der zivilen Nutzung der Atomenergie herauskommen“.

Reinhold Schliitt

Auszüge aus Beschlüssen der IG-Metall-Jugendkonferenz

Die Jugendkonferenz der IG Metall vom 20. bis zum 22. April in Frankfurt hatte ein umfassendes Antragspaket zu allen Aspekten gewerkschaftlicher Jugendarbeit beschlossen. Nachdem wir in der Mai-Ausgabe der NACHRICHTEN den Beschluß zur „Betrieblichen Jugendarbeit“ dokumentiert hatten, veröffentlichen wir in dieser Ausgabe einige Auszüge aus anderen Beschlüssen der Konferenz.

EG-Binnenmarkt 1992 – der Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung (F 6)

... fordern wir den Vorstand der IG Metall auf:

1. Umfassende Information aller Arbeitnehmer/innen über die Problematik und die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes um:

– dem Informationsdefizit und der einseitigen Information durch die Medien der abhängig Beschäftigten entgegenzuwirken,

– eine Politisierung zur Durchsetzung von Mindeststandards und der Solidarisierung aller Beschäftigten zu erreichen. Hier könnte für den Jugendbereich eine ansprechende und jugendgerechte Broschüre erstellt werden.

2. Kontakt mit allen politisch relevanten, das heißt auch den kommunistischen Gewerkschaften aufzunehmen, um einen einheitlichen Weg der Gewerkschaftsbewegung eines EG-Binnenmarktes für die abhängig Beschäftigten mit sozialem und kulturellem Fortschritt zu realisieren und damit einen Schulterschuß der gewerkschaftlichen Kraft zu erreichen.

3. Die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für den internationalen Jugendaustausch auf Ebene der Verwaltungsstellen zu verbessern, wie z. B. Seminare und Studienfahrten.

4. Bei zukünftigen Bundes- und Bezirksjugendtreffen (Camps) verstärkt Jugenddelegationen anderer europäischer Gewerkschaften einzuladen.

5. Für 1992/93 ein Jugendtreffen auf europäischer Ebene zu initiieren.

6. Sich dafür einzusetzen, daß auf der europäischen Ebene Regelungen geschaffen werden, die es den Betriebsräten ermöglichen, über die Konzernebene hinaus, wie z. B. bei Beteiligungsgesellschaften, mit den dort vertretenen Interessenvertretungen zusammenzuarbeiten.

Reformen in Aus- und Weiterbildung durchsetzen (G 1)

Gewerkschaftliche Qualifizierungspolitik innerhalb der beruflichen Bildung

Ein erster Ansatzpunkt für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Qualifizierungspolitik ist die grundlegende Reform der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen beruflicher Bildung.

Wir fordern deshalb

– ein Berufsbildungsgesetz, das den Qualifizierungsinteressen aller Arbeitnehmer/innen gerecht wird,

– mindestens zwei Wochen Bildungsurlaub pro Jahr für jeden Arbeitnehmer/jede Arbeitnehmerin, vor allem für politische Weiterbildung,

– ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats auch bei der Einführung betrieblicher Bildungsmaßnahmen.

Zur Durchsetzung eines beruflichen Weiterbildungsanspruchs auf tarifvertraglicher Ebene und in Betriebsvereinbarungen für alle Arbeitnehmer/innen sind folgende Punkte unverzichtbar:

– Die Betriebe müssen ihre Verantwortung und Verpflichtung zur Weiterbildung aller Arbeitnehmer/innen wahrnehmen.

– Die Weiterbildung muß während der Arbeitszeit und unter Fortzahlung der Vergütung erfolgen. Weiterbildungszeit ist Arbeitszeit!

– Weiterbildungsmöglichkeiten müssen insbesondere auch für an- und ungelernte Arbeitnehmer/innen angeboten werden.

Es müssen auf betrieblicher Ebene Qualifikationskonzepte entwickelt werden, die die einzelnen Arbeitnehmer/innen dazu befähigen:

- eine andere gleichwertige Arbeitsaufgabe,
- eine zusätzliche gleichwertige Arbeitsaufgabe und
- eine höherwertige Arbeitsaufgabe

ausführen zu können. Die Inhalte der Qualifikationskonzepte und die Auswahl der Teilnehmer/innen sind mit dem Betriebsrat zu vereinbaren.

– Die erfolgreiche Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen und entsprechende arbeitsgestalterische Maßnahmen führen zu einer Höhergruppierung.

– Betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen müssen durch die Betriebe finanziert werden.

– Die Qualifizierungsinhalte müssen dem einzelnen Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin Handlungskompetenz zur Technikbeherrschung vermitteln und dürfen sich nicht an einzelbetrieblichen Profitinteressen orientieren.

– Bei technischen und strukturellen Änderungen muß die betriebliche Personalpolitik auf Qualifizierung statt Entlassung gerichtet sein.

– Auf betrieblicher und regionaler Ebene muß Weiterbildung mit Beschäftigung verknüpft werden.

Auf der Grundlage bisher bereits vereinbarter tarifvertraglicher Regelungen zur Weiterbildung sind weitere Tarifvereinbarungen zu treffen.

Auf betrieblicher Ebene werden die Interessenvertretungen aufgefordert, verstärkt Initiativen zur beruflichen und politischen Weiterbildung unter Berücksichtigung der beschriebenen Anforderungen zu entwickeln.

Tarifpolitik für Auszubildende (H 1)

... Folgende Zielsetzungen sind in den nächsten Tarifbewegungen vorrangig einzubeziehen:

– 1990 die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche (montags bis freitags) bei vollem Lohnausgleich und die Sicherung des freien Wochenendes für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildende. Vorrangig ist der 7-Stunden-Tag anzustreben.

– Die Realeinkommen sind zu erhöhen. Dabei sind die unteren Lohngruppen besonders zu berücksichtigen.

– Gemeinsame Regelung von Arbeits- und Ausbildungszeit sowie Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in einem gemeinsamen Manteltarifvertrag für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, wobei die Wochenarbeits- oder Ausbildungszeit gleich sein muß.

– Gemeinsame Entgelttarifverträge für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, wobei die Ausbildungsvergütung einheitlich für alle Ausbildungsjahre an die jeweilige Facharbeitergruppe anzubinden ist. Die Höhe der Vergütung muß mindestens der von der IG Metall definierten Existenzsicherung entsprechen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Zwischenschritte eingelegt werden. Durch eine Anbindung der Ausbildungsvergütung an den Erhöhungsbetrag der untersten Lohn- und Gehaltsgruppe (sowohl bei prozentualer Forderung als auch Sockel- oder Mindestforderung) ist auf dem Weg zu einem gemeinsamen Entgelttarifvertrag eine Angleichung durch überproportionale Erhöhung der Ausbildungsvergütungen zu erreichen.

– Die vermögenswirksamen Leistungen für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende sollen gleich sein.

– Werden Beurteilungsverfahren angewandt, dann sind sie ausschließlich an den sachlichen Kriterien zu orientieren, wie sie in den Lernzielen der Berufsausbildung festgelegt sind. Sie können nur mit Zustimmung des Betriebsrates und der Jugend- und Auszubil-

dendenvertretung eingeführt werden. Personelle und soziale Kompetenzen stellen keine eigenständigen Lernzielkriterien dar und werden als Beurteilungsgrundlage von der IG Metall abgelehnt.

– Der nach dem Ausbildungsplan erforderliche Einsatz in Arbeitsbereichen mit Leistungsvorgaben (Akkord, Prämie, Personalbemessung u. a.) darf nicht dazu führen, daß Auszubildende und Ausbildungsbeauftragte Leistungsanforderungen unterliegen. Um dies zu erreichen,

– sind die Auszubildenden einer/m Ausbildungsbeauftragten aus dem jeweiligen Arbeitsbereich zuzuordnen,

– ist dem/der Ausbildungsbeauftragten das durchschnittliche Entgelt einschließlich Prämien weiterzuzahlen sowie der Aufwand für die Ausbildung zusätzlich zu vergüten.

– Die Ausbildungsnachweise sind während der betrieblichen Ausbildungszeit zu führen. An Berufsschultagen erfolgt keine betriebliche Ausbildung mehr.

– Die Arbeits- und Ausbildungsmittel müssen sowohl für den Betrieb als auch für die Berufsschule kostenlos durch den Ausbildungsbetrieb zur Verfügung gestellt werden, ebenso sind die Fahrtkosten für den Besuch der Berufsschule zu erstatten.

– Zur besseren Vorbereitung auf die Prüfungen werden die Auszubildenden an dem jeweiligen Arbeitstag vor den Prüfungen bezahlt freigestellt.

– Zur Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sind Regelungen zur Weiterqualifizierung von Auszubildenden und Ausbildungsbeauftragten von mindestens zwei Wochen pro Jahr zu vereinbaren.

– Politische Bildung ist mindestens zwei Wochen pro Jahr durchzusetzen.

– Die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen (Betriebsrat und Jugend- und Auszubildendenvertretung) bei der Berufsausbildung müssen durch tarifvertragliche Regelungen gestärkt werden. Der Betriebsrat/die Jugend- und Auszubildendenvertretung müssen Regelungen erzwingen können:

– ob ausgebildet wird,

– wieviel und welche Bewerber/innen ausgebildet werden,

– in welchen Berufen und Fachrichtungen ausgebildet wird,

– daß niemand ohne Zustimmung des Betriebsrates während der Probezeit entlassen werden kann,

– daß die Auszubildenden nach der Berufsausbildung in ein unbefristetes qualifiziertes Vollzeitarbeitsverhältnis (entsprechend ihrer Qualifikation) übernommen werden. Ist aus dringenden betrieblichen Gründen kein entsprechendes Arbeitsverhältnis möglich, muß der Arbeitgeber für die Auszubildenden entsprechende Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen im Betrieb anbieten,

– die die Weiterbeschäftigung von Jugend- und Auszubildendenvertretern nach abgeschlossener Berufsausbildung auf Vollzeitarbeitsplätze entsprechend ihrer Qualifikation sicherstellt,

– zur Weiterbildung nach der betrieblichen Erstausbildung.

Um die vorgenannten Zielsetzungen durchzusetzen, müssen diese Forderungen gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen diskutiert werden.

Neben Arbeitsplänen und Aktionen müssen konkrete Durchsetzungsstrategien auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene in den gewerkschaftlichen Gremien (Vertrauenskörpern, Vertreterversammlungen, Ortsverwaltungen, Ortsjugendausschüsse, Tarifkommissionen) entwickelt und durchgesetzt werden.

In die Tarifkommissionen sind Vertreter/innen der Auszubildenden zu wählen, die die gleichen Rechte wie die Tarifkommissionsmitglieder für Arbeiter und Angestellte besitzen. Das gleiche gilt für die Verhandlungskommissionen.

Frieden und Abrüstung (L 1)

... Die Delegierten der Jugendkonferenz fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf:

– die Stationierung neuer Atomraketen abzulehnen und keine Atomsprenghäupte auf deutschem Boden mehr zuzulassen;

– sich für eine dritte Nulllösung für alle atomaren Kurzstreckenraketen einzusetzen;

– das SDI-Abkommen mit den USA zu annullieren und darauf zu drängen, daß die USA sämtliche Forschungs- und Erprobungsprogramme von SDI einstellen;

– sämtliche militärische Kooperationen zur West-Europäisierung der Sicherheitspolitik einzustellen;

– die Initiative für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa zu ergreifen, um schrittweise ein ABC-waffenfreies Europa zu errichten;

– auf die Verlängerung der Wehr- und Zivildienstzeit zu verzichten und den Wehrdienst auf ein Maß von zunächst 12 Monaten zu reduzieren, sowie insgesamt eine erhebliche Truppenreduzierung einzuleiten;

– das Angebot des Warschauer Paktes aufzugreifen und ein Gewaltverzichtsabkommen abzuschließen;

– den Rüstungshaushalt einzufrieren und schrittweise, entsprechend der UN-Forderung, jährlich um 10 Prozent zu senken...

– sämtliche derzeit laufenden konventionellen Rüstungsprogramme zu stoppen;

– ein sofortiges Tiefflugverbot für die Bundeswehr, NATO und Besatzungstruppen einzuleiten.

Sozialer Fortschritt läßt sich nur im Frieden erhalten und erreichen... Deshalb heißt das für die künftige Friedensarbeit der Gewerkschaften und für die IG-Metall-Jugendarbeit:

– Durchführung von Antikriegstagsveranstaltungen in allen DGB-Kreisen und deren Verknüpfung mit betrieblichen Aktivitäten;

– insbesondere in den betrieblichen Auseinandersetzungen müssen die Zusammenhänge von Frieden und Arbeit stärker thematisiert werden, z. B. in Betriebs- sowie Jugend- und Auszubildendenversammlungen als auch in Vertrauenskörpersitzungen. Dies kann durch Aufarbeiten der Unternehmensgeschichte, Mahnwachen und Gedenkveranstaltungen im Betrieb geschehen;

– im Rahmen der Neuordnung der Berufsausbildung und der Projektausbildung sollen sich Auszubildende mit alternativer Produktion auseinandersetzen und entsprechende Projekte durchführen;

– im Rahmen der Schülerarbeit, einschließlich der Berufsschularbeit, ist auf Friedenserziehung an Schulen zu drängen, um der „Bundeswehrwerbung“ durch Jugendoffiziere eine Alternative entgegenzustellen.

Die Delegierten der Jugendkonferenz fordern den Vorstand der IG Metall auf:

– zum 1. September 1989, dem 50. Jahrestag des Überfalls auf Polen und des Beginns des 2. Weltkrieges, eine Gedenkveranstaltung – gemeinsam mit anderen Gewerkschaften und Organisationen der Friedensbewegung – als öffentlich sichtbaren Beitrag zu organisieren. Dabei sollten im Rahmen bundesweiter Aktionen im Betrieb Mahnminuten für den Frieden einbezogen werden;

– die Delegierten der 15. Jugendkonferenz begrüßen die Unterschriftenaktion zu „Jäger 90: gefährlich, sinnlos, teuer“;

– mit Blick auf die nächste Bundestagswahl sind alle Abgeordneten zu der gewerkschaftlichen Forderung nach Senkung des Rüstungshaushalts zu befragen, als auch die Ergebnisse zu veröffentlichen;

– verstärkt in den gewerkschaftlichen Medien (metall und Gewerkschafter) die Zusammenhänge von Frieden und Arbeit zu thematisieren;

– im Zusammenhang mit der beschäftigungspolitischen Diskussion, verstärkt Handlungshilfen für betriebliche Diskussion und Aktivitäten von alternativer Produktion zur Verfügung zu stellen. Erfahrungen der einzelnen Ausschüsse sind durch die Einrichtung eines Arbeitskreises auf zentraler Ebene zu koordinieren. Langfristig ist anzustreben, in jeder Verwaltungsstelle einen entsprechenden Arbeitskreis zu bilden;

– zu den zentralen Aktivitäten der Friedensbewegung, einschließlich den Ostermärschen, weiterhin aufzurufen und sie mit eigenen Aktivitäten zu unterstützen;

– ein Konzept zur alternativen Sicherheitspolitik in Kooperation mit Friedensforschern zu erarbeiten und es im Rahmen des Zukunftsdiskurses der IG Metall in breitem Maße innerhalb der Mitgliedschaft zu diskutieren;

– entsprechend dem Abkommen zur politischen Streitkultur zwischen SPD und SED, bzw. zur chemiewaffenfreien Zone, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aus Osteuropa ähnliche Abkommen bzw. Positionspapiere zu erarbeiten;

– verstärkt mit den osteuropäischen Gewerkschaften Maßnahmen des Jugendaustausches durchzuführen, örtliche und regionale Kontakte zu fördern und den Aufbau von Patenschaften zwischen Verwaltungsstellen und entsprechenden Partnerorganisationen zu fördern

Als Geburtstagsgeschenk: eine kritische Diskussion über NACHRICHTEN

Am 9. Juni wurde der Nachrichten-Verlag 20 Jahre alt. Dies sollte der Anlaß sein zu einer ausführlichen Diskussion über das wichtigste Produkt des Verlags, die Zeitschrift NACHRICHTEN. Ausdrücklich sahen wir davon ab, eine vordergründige Feierstunde zu veranstalten, sondern baten Freunde, Leser, Gewerkschaftskollegen/innen zu einer Debatte über „kritischen Gewerkschaftsjournalismus“. Eingangsstatements für die intensive und anregende Diskussion gaben Manfred Bobke-von Camen, Mitarbeiter des WSI, Marita Ellrich, DGB-Landesfrauensekretärin aus Hessen, Gerhard Manthey, Sekretär der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien, Klaus Pickshauf vom IMSF und Renate Bastian für die Redaktion NACHRICHTEN. Geleitet wurde die Diskussion von Sepp Sygulla, DGB-Kreisvorsitzender von Hanau. Als „Geburtstagsgeschenk“ lieferten die Diskussionsteilnehmer zahlreiche kritische Anmerkungen und Vorschläge für die NACHRICHTEN. Jakob Moneta, den wir ebenfalls angesprochen hatten, schickte uns vor seinem Urlaub eine schriftliche Stellungnahme, die wir im Wortlaut veröffentlichen. Die übrigen Statements lagen nicht schriftlich vor und wurden nach einem Tonbandprotokoll zusammengestellt. Die gesprochenen Beiträge sind redaktionell überarbeitet, geben aber u. E. wesentliche Gedanken der Teilnehmer wieder. R. B.

Manfred Bobke-von Camen: ... Vor 20 Jahren war das Umfeld, in dem ein Gewerkschaftsjournalismus, nicht nur ein kritischer Gewerkschaftsjournalismus, stattfand, ein anderes. Vor 20 Jahren fand in der Regel der 1. Mai im Saale statt, der 8. März, der 8. Mai, der 1. September fanden gar nicht statt. Gewerkschaftsaktionen gegen Notstandsgesetze waren zwar noch in Erinnerung, aber es gab relative Ruhe trotz aufkommender NPD. Ostermärsche fanden kaum noch statt und offizielle gewerkschaftliche Beteiligung, wie das heute der Fall ist, war damals nicht bekannt. Marxistische Traditionen innerhalb der Gewerkschaften, innerhalb der gewerkschaftlichen Diskussionen, innerhalb der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit waren relativ verschüttet. Damals erinnerten die NACHRICHTEN an die Wurzeln der Einheitsgewerkschaft und an den selbstverständlichen Platz, der marxistischen Positionen hätte zukommen müssen. Kritischer Gewerkschaftsjournalismus kritisierte damals die Gewerkschaften als Lohnmaschinen, die den ihnen zugewiesenen Platz in der konzentrierten Aktion wahrgenommen haben, die den Platz in der formierten Gesellschaft um Ludwig Erhard wahrgenommen haben. Die NACHRICHTEN gehörten zu denjenigen, die den Finger auf die Wunde gelegt haben... Die NACHRICHTEN haben darauf hingewiesen, daß in Lohnrunden bei vollem Einsatz der Kampfkraft sicherlich mehr dringewesen wäre. Die NACHRICHTEN hatten es insofern einfacher als heute, weil die Auseinandersetzungen nicht so differenziert waren, wie sie es heute sind. Die NACHRICHTEN hatten es andererseits auch schwerer, weil damals über sie eine Käseglocke verhängt wurde.

Es gab diskriminierende Praktiken, man redete nicht über die NACHRICHTEN, zitierte sie nicht. In der Revitalisierung der gewerkschaftlichen Debatten um die Zukunft der Gewerkschaften, in der Programmdiskussion u. a. m. zeigte sich, daß die NACHRICHTEN in vielen Auseinandersetzungen wichtige Beiträge geleistet hatten zu diesen Diskussionen und zu den realen Bewegungen. Nun sind teilweise die Bewegungen selbst nicht mehr die von vor 20 Jahren, und teilweise rennen die NACHRICHTEN heute häufig offene Türen ein, weil manches von dem, was damals als kritischer Gewerkschaftsjournalismus formuliert werden mußte, heute zum Allgemeingut der DGB-Gewerkschaften gehört. Das bringt es aber mit sich, daß NACHRICHTEN eben dann auch ihr Bild ändern müssen, wenn sie von den Leserinnen und Lesern nicht als ein Organ empfunden werden wollen, das noch einmal wiederholt, was man auch in anderen Gewerkschaftszeitungen gelesen oder gehört hat.

Die NACHRICHTEN haben es in der Zeit vermocht, aus eigener Kraft – und weil sich auch auf der anderen Seite etwas veränderte – die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. Der Durchbruch gelang zunächst mit Interviews prominenter Gewerkschafter und die Tatsache, daß prominente Gewerkschafter mit Foto abgelichtet sind, kennzeichnet ein Stück Normalisierung; die NACHRICHTEN wurden ein Organ im Konzert der Gewerkschaftszeitungen. Aber heute hat sich die Situation geändert. Die alten Regeln gelten nicht mehr so ohne weiteres, weil die Auseinandersetzungen komplizierter geworden sind. Dort, wo es für NACHRICHTEN leichter geworden ist, zeigen sich nun auch Defizite der Zeitschrift. Zum Beispiel reicht es in den Diskussionen um die Zukunft der Arbeit, um die Zukunft der Gewerkschaften nicht aus, diese Debatten hauptsächlich berichtend nachzuerzählen. NACHRICHTEN standen für eine



Nachrichten Verlags Gesellschaft

offensive Auseinandersetzung mit sozialpartnerschaftlichen Konzeptionen, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten den Unternehmerinteressen unterordnen wollten. Die Frage ist, wofür steht die Zeitschrift heute? Sicherlich dafür auch noch. Aber in den gegenwärtigen Diskussionen gelingt es nicht immer, ein eigenständiges Profil zu gewinnen. Wenn die NACHRICHTEN heute langweiliger geworden sind, dann liegt es auch zum Teil daran, daß die Gewerkschaftsdiskussionen interessanter geworden sind.

Nun finden nicht jeden Tag Zukunftsdiskussionen statt. Ich rechne es den NACHRICHTEN daher hoch an, daß sie, anders als in anderen Publikationen der Linken, immer auch die gewerkschaftliche Schutzfunktion behandeln und betonen. Aber auch hier gibt es – zum Beispiel auf dem Gebiet des Arbeitsrechts – gute Publikationen des Bund-Verlages. Was mir für die Zukunft wichtig zu sein scheint: Es gibt in den Gewerkschaften und um die Gewerkschaften herum eine ganze Reihe wichtiger Zeitschriften neben NACHRICHTEN. Da muß der Dialog, die vorurteilsfreie Zusammenarbeit, die Diskussion gesucht werden. NACHRICHTEN müssen sich anregen lassen und selbst wieder zu einer Zeitschrift werden, die stärkere Impulse gibt...

Marita Ellrich: ... NACHRICHTEN müssen aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen und den Diskussionen und Entwicklungen

beispielsweise in der Frauenarbeit einen stärkeren Stellenwert einräumen. Ich denke an das Urteil zum Paragraphen 218, ich denke an die Diskussionen über Teilzeitarbeit oder ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Ich denke aber auch an Themen, die über den gewerkschaftlichen Tellerrand hinausreichen, die in den Gewerkschaften diskutiert werden unter dem Stichwort „gesellschaftliche Rahmenbedingungen“, Kindertagesstätten, Ganztagschulen usw., all das, was auf den ersten Blick nicht zur unmittelbaren Gewerkschaftsarbeit gehört. NACHRICHTEN müssen hier etwas gründlicher berichten, vielleicht auch betroffene Frauen selbst zu Wort kommen lassen, sie berichten lassen über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Oder die Zeitschrift muß Reportagen bringen, wie es zum Beispiel einer Putzfrau ergeht, die für 450 DM im Monat putzen muß, bis sie nicht mehr kann ...

Gerhard Manthey: ... Das Problem ist, euer Layout ist leserfeindlich. Wenn man das in so einer Runde wie hier sagt, klingt das schlimm, besonders für denjenigen, der es machen muß. Man muß heute zielpunktartig das richtige Layout machen beispielsweise für einen Gewerkschaftsfunktionär mittleren Alters. Andere Verlage geben hierfür zig Millionen aus, die hier natürlich nicht vorhanden sind. Aber, dies wäre mein Wunsch für die Zukunft: Laßt uns mal ein geschicktes Layout kreieren, und wenn es sein muß, mit unser aller Hilfe. Es gibt ja nicht mehr viele solcher Zeitschriften. Den „Vorwärts“ haben sie eingestellt, die „Welt der Arbeit“ ist tot ...

Klaus Pickshaus: Im Moment existiert eine Marktlücke für eine linke gewerkschaftspolitische Zeitschrift, die im betrieblich-gewerkschaftlichen Funktionärskörper verankert ist und die gleichzeitig in der Lage sein müßte, auch das, was an Wissenschaft, an Theorie entwickelt wird, in eine glückliche Verbindung zu bringen. Hinzu kommt, daß wir in der Tat in einer tiefen gesellschaftlichen Umbruchkrise arbeiten müssen, eine Situation, die mit Neuorientierungsprozessen der Arbeiterbewegung verbunden ist. Kritischer Gewerkschaftsjournalismus sollte diese Faktoren mit einfangen ... Viele alte Erklärungsmuster und Antworten reichen nicht mehr aus. In vielen Arbeitsbereichen hat die Suche nach neuen Antworten begonnen, und es stimmt, daß es kein neues Handeln geben kann ohne neues Wissen und ohne neues Denken. Dies ist durchaus auch eine Maxime für den Gestaltungsanspruch an eine Zeitschrift. Die Anregungen, die heute gegeben werden, sollten durchaus dazu dienen, über ein neues Konzept von NACHRICHTEN nachzudenken, ein Konzept, das sich in die Suche in den Gewerkschaften stärker einklinkt, Offenheit und Wissensvermittlung über die neuen Zukunftsfragen in den Mittelpunkt stellt, den praktischen Erfahrungsaustausch mit allen unterschiedlichen Realitäten in den Betrieben, Regionen, Branchen zu einem Hauptgesichtspunkt macht.

Heute muß also eine Zeitschrift den Dialog- und Diskussionscharakter in den Mittelpunkt ihrer Gestaltung stellen. Ich vermisse an NACHRICHTEN also nicht die Berichte über einzelne Tagungen, ich vermisse auch nicht Dokumentationen über einzelne Referate, ich vermisse Impulse, gerade auch angesichts des oft auch etwas abgehobenen Charakters solcher Zukunftsdiskussionen, wie sie auch auf dem IG-Metall-Forum stattfanden ... Wenn über die Weiterentwicklung oder Neukonzipierung von NACHRICHTEN nachgedacht wird, sind aus meiner Sicht vor allem drei Dinge wichtig: 1. die stärkere Aufbereitung und Mobilisierung von Expertenwissen, etwa zur Technikdiskussion, zur Ökologie oder zum Gesundheitsschutz. 2. stärkere Gewichtung der strategischen und politischen Diskussion, es geht also um den Debattencharakter einer Zeitschrift. 3. eine wichtige Serviceleistung könnte es sein, unterschiedliche praktische Erfahrungen aufzuarbeiten und Hilfestellung durch Materialhinweise, Literaturhinweise o. ä. zu geben ...

Jakob Moneta

Loyalität bedeutet nicht Unterwerfung

Vielleicht können wir die Frage nach einer „kritisch-solidarischen“ Gewerkschaftspresse besser beantworten, wenn wir uns klarmachen, welche Veränderungen in einem Teil dieser Presse immerhin durchsetzbar waren. Ich kann mich noch gut an die Zeiten erinnern, als Vorstandsmitglieder die Güte „ihrer“ Zeitung danach beurteilten, wie oft ihr Bild darin abgedruckt war, und ich könnte einige nennen, die sich regelmäßig in einem einzigen Exemplar fünf bis

sechsmal wiederfinden mußten, damit sie „ihr“ Gewerkschaftsorgan gut fanden. Es waren die Zeiten, in denen kritische Leserbriefe in die Ablage oder in den Papierkorb wanderten, in denen Betriebsreportagen nicht erschienen, weil das zu Konflikten mit örtlichen Gewerkschaftsfunktionären oder „Betriebsratsfürsten“ führte, die fest daran glaubten, sie lebten in der besten aller Welten und hätten in „ihren“ Betrieben das Bestmögliche verwirklicht.

Erstaunlich war in der Tat, daß in Leserbriefen kaum jemals Kritik an den Zuständen im Betrieb geübt wurde. Wenn es aber geschah, dann folgte gewöhnlich ein ängstliches Schreiben hinterher mit der Bitte, all das doch nicht zu veröffentlichen; es gäbe sonst Ärger im Betrieb für sie. Immerhin schien dies die Meinung zu bestätigen, im Grunde sei eben alles paletti – mit sehr wenigen Ausnahmen. Als die Zeitung „Metall“ Günter Wallraff in Betriebe schickte, um herauszufinden, ob dort tatsächlich nichts mehr kritikwürdig sei und diese „Industriereportagen“ unter dem Namen Wallmann veröffentlichte, brach ein Sturm los. Von Betriebsräten, die überzeugt waren, nur ein „Intellektueller“ könne das alles so schlimm finden, was Wallraff beschrieb. Die Arbeiter seien das eben gewöhnt und empfänden das nicht so wie er.

Als Wallraff schrieb, daß Schicht- und Nachtarbeit soziale Bezüge, ja das Familienleben und das Sexualleben beeinträchtigen, daß er zum Beispiel keine klassische Musik mehr aufnehmen könne, sondern nur noch Jazz, da wandte ein IGM-Bezirksleiter, der heute eine hohe Position in der Wirtschaft hat, ein: „Welcher Arbeiter hört schon klassische Musik?“ Der dritte Teil von Wallraffs Reportage über ein Stahlwerk durfte wegen der massiven Interventionen von Arbeitsdirektoren der mitbestimmten Stahlindustrie in „Metall“ nicht erscheinen. Aber ein Durchbruch war mit den „Industriereportagen“ dennoch erzielt worden. Heute gibt es viele Gewerkschaftszeitungen – ich schätze, es ist die überwiegende Mehrheit –, in denen eine kritische Betriebsberichterstattung kein Tabu mehr ist.

Über die Schwierigkeiten der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, die ausdrücklich als „ein Diskussionsorgan“ gegründet wurden, allzu kritische Stimmen zu veröffentlichen, wird der mutige, theoretische hoch gebildete, charakterlich untadelige und politisch unbestechliche ehemalige Chefredakteur, Walter Fabian, mehr sagen können als ich.

Wenn heute Franz Steinkühler, der Erste Vorsitzende der IG Metall, öffentlich für eine neue „Streitkultur“ in den Gewerkschaften eintritt, sollten wir das ernst nehmen. Und zwar alle, die für die Gewerkschaften und über die Gewerkschaften als überzeugte „loyale“ GewerkschafterInnen schreiben. Loyalität bedeutet jedoch nicht Unterwerfung oder mit Kritik hinter dem Berg zu halten. Es bedeutet der Sache zu dienen und damit den Millionen, die sich ihr Vertrauen in die Gewerkschaften etwas kosten lassen. Die einen vielleicht nur ihren finanziellen Beitrag, viele andere Zeit, Verdruss, Frust, Mut, Kampf und Opfer. All dies, weil sie fest davon überzeugt sind, daß wir nicht in der besten aller Welten leben werden, solange sie kapitalistisch bleibt, sondern eine bessere, eine demokratisch-sozialistische Welt brauchen, in der autonome Gewerkschaften sehr viel mehr Gewicht haben werden, als sie es in einer privatwirtschaftlich organisierten, auf Profit und Wettbewerb gegründeten jemals haben könnten.

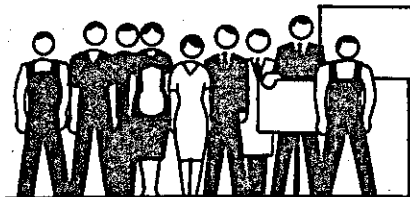
Loyalität bedeutet nicht, auf persönliche Empfindlichkeiten führender GewerkschafterInnen Rücksicht zu nehmen, deshalb berechnete Kritik hinunterzuschlucken und auf diese Weise Katastrophen wie die „Neue Heimat“, „coop“ und andere mitzuverschulden. Nichts schadet den Gewerkschaften mehr als Monolithismus (Gleichförmigkeit der Meinungen), der von oben gefordert oder gar erzwungen wird, und dem man sich unten unterwirft.

In kritischen Situationen könnte dies – wie unsere eigene Gewerkschaftsgeschichte, insbesondere die Kapitulation der Führung 1933 lehrt – zu einer enormen Gefahrenquelle werden. Dort, wo Kritik und Demokratie fehlen, ist die rechtzeitige Ablösung einer Führung, die in einer Krise versagt, unmöglich. Das aber kann geradezu in die Katastrophe führen. Die Erkenntnis, daß die Freiheit die Freiheit der Andersdenkenden ist – wie Rosa Luxemburg es formulierte –, ist leider in manche gewerkschaftliche Vorstandsetage, die für ihre Presseorgane verantwortlich ist, noch nicht vorgedrungen.

DGB-Jugend NRW im Aufbruch

Vom 2. bis 4. Juni tagte die Jugendkonferenz der DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen mit rund 100 Delegierten in Rheinberg bei Duisburg unter dem Motto: „Mit Fantasie und Kreativität unsere Zukunft solidarisch gestalten“. Es stand die Aufgabe, Rechenschaft über die vergangenen Jahre abzulegen sowie bei der Antragsberatung und in Arbeitsgruppen neue Momente gewerkschaftlicher Jugendarbeit zu diskutieren.

Die Aufmerksamkeit galt vor allem der Frage, ob die Gewerkschaftsjugend im Vorfeld der Bundesjugendkonferenz im Dezember in Berlin in der Lage ist, in neuen Formen solidarisch auch Konflikte auszutragen. In das Kreuzfeuer der Kritik geriet bei einer Podiumsdiskussion mit dem



Landesminister Zöpel vor allem die Arbeitszeitpolitik der IG Chemie bei Uniroyal in Aachen, wo sie bereit ist, das freie Wochenende preiszugeben und damit an einem entscheidenden Punkt der Konkurrenzpolitik der Konzerne folgt. Überzeugend legte Klaus Lang von der IG-Metall-Tarifabteilung dar, daß damit die Lebensansprüche der Arbeiter und Angestellten eingeschränkt werden. Die Mehrheit der Konferenz wurde in dieser Debatte von den Argumenten der IG-Chemie-Delegierten nicht überzeugt.

Das zweite große innergewerkschaftliche Konfliktfeld gerade in diesem Bundesland ist die Auseinandersetzung um den Ausstieg aus der Kernenergie bei gleichzeiti-

gem Weiterbestand des Bergbaus, der Kohleverstromung unter Beachtung der globalen Wirkung der Erwärmung und der Verschmutzung der Atmosphäre. Um die sehr sachliche Diskussion fortzuführen, wird die DGB-Jugend NRW im Herbst ein Diskussionsforum zu diesem Thema veranstalten. Als weiterhin offen kann die Frage der gewerkschaftlichen Jugendarbeit im Betrieb oder im Stadtteil, der Stellenwert der Freizeitarbeit, gelten. In der Diskussion in den Arbeitsgruppen schälte sich heraus, daß diese Frage immer auch von den konkreten Bedingungen der jeweiligen Gewerkschaft aus gesehen werden muß und eine sich ausschließende Gegenüberstellung der Jugendarbeit nicht weiterhilft.

Die Abteilung Jugend beim Landesbezirksvorstand wurde in einem Antrag aufgefördert, die Betreuung der Wehr- und Zivildienstleistenden zu verbessern und Informationsmaterialien zur Kriegsdienstverweigerung zu erarbeiten. Mit großem Ernst setzten sich die jungen Funktionäre/innen mit dem anwachsenden Neofaschismus auseinander. Sie orientierten auf den Kampf gegen die sozialen Mißstände, die Nährboden des Wahlverhaltens gerade Jugendlicher sind, die in dieser Gesellschaft vielfältig ausgegrenzt werden und daher der irigen Vorstellung aufsitzen, daß mit Ausländerfeindlichkeit ihre Probleme zu lösen seien. Der Grundtenor der Konferenz war: solidarische Diskussion bei weiterhin unterschiedlichen Auffassungen in Einzelfragen. Eine in diesem Diskussionsstil ablaufende Bundesjugendkonferenz kann dazu beitragen, die Gewerkschaftsjugend aus ihrem Tief der letzten Jahre herauszuholen, wenn es gelingt, daraus attraktive Aktionsformen zu entwickeln.

B. G.

verbote und bemängelt, daß es ziemlich ruhig geworden sei. Kaum noch jemand rege sich darüber auf. Der Bezirksjugendausschuß, so ein junger Delegierter, will seine Arbeit auf diesem Gebiet verstärken und solange „nicht ruhen, bis das letzte Berufsverbotsopfer eingestellt ist“. Unzufrieden zeigten sich mehrere Kolleginnen mit der Realisierung des Frauenförderplans und kritisierten u.a., daß unter 42 hessischen Kongreßdelegierten nur sechs Frauen sind. Zum „Kongreß“, meinte eine Kollegin, „fährt immer nur der Vorsitzende“.

Den 356 Delegierten lagen 197 Anträge und mehrere Initiativanträge vor. In einem Initiativantrag schloß sich die Konferenz dem Anliegen der IG-Metall-Jugend- und Ausländerkonferenz an, am „50. Jahrestag des Ausbruchs des 2. Weltkrieges Mahnminuten durchzuführen“. Bezirks- und Hauptvorstand wurden beauftragt, auf die Einzelgewerkschaften und den DGB entsprechend des Antrags einzuwirken. In einem weiteren Beschluß wird der Hauptvorstand im Zusammenhang mit dem Berufsverboten beauftragt, „die Bundesregierung und den Bundespräsidenten aufzufordern, endlich den Auflagen der ILO nachzukommen, und den DGB-Bundesvorstand zu bitten, in die gleiche Richtung aktiv zu werden“. Darüber hinaus wird an Bezirks- und Hauptvorstand appelliert, bereits im Vorfeld des am 9. Oktober beginnenden Berufsverbotsprozesses gegen den Frankfurter Briefträger Wolfgang Repp, „zu einer Protest- und Solidaritätskampagne aufzurufen“. G.M.

bfw spürt Ende der Qualifizierungsoffensive

Um 242 auf 3002, minus 7,5 Prozent, ist in 1988 die Zahl der Lehrgänge beim Berufsbildungswerk des DGB (bfb) gesunken. Der Anteil der in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung angebotenen Lehrgänge sank sogar um ein gutes Fünftel. Darauf hat Mitte Juni bfw-Geschäftsführer Edgar Schramm hingewiesen, der den Rückgang auf das Zurückfahren der Qualifizierungsoffensive, der veränderten Förderungs- und Ausschreibungspraxis der Arbeitsverwaltung zuschreibt. Schramm weiter: „Die Kontingentierung der Haushaltsmittel für Fortbildung und Umschulung, verbunden mit der konsequenten Anwendung der geänderten Ausschreibungsbedingungen führt dazu, daß immer mehr Lehrgänge gestrichen werden müssen oder – unter Hintanstellung der Qualität – an Billiganbieter vergeben werden.“ Dies habe auch Auswirkungen auf die Zahl der Beschäftigten und die Investitionen des bfw gehabt. 1988 beschäftigte das bfw mit 2119 genau 160 MitarbeiterInnen weniger als ein Jahr zuvor. Die Investitionsmittel sanken von 42 auf 15 Mio. DM. Für das laufende Geschäftsjahr erwartet Schramm weitere Einbußen, denn „erst 1989 werden sich die Sparbeschlüsse voll auswirken“.

DPG Hessen: Niederlage erlitten

Vom 5. bis 8. Juni fand in Baunatal die 23. Bezirkskonferenz der DPG Hessen statt, die mit rund 52 000 Mitgliedern die Spitze unter den 18 Bezirken einnimmt. Seit eh und je gehört es zu den Gepflogenheiten aller DPG-Ebenen, den jeweiligen Postoberen einzuladen. Mit dem OPD-Präsidenten Albensöder aber hatte es in den letzten drei Jahren harte Auseinandersetzungen gegeben; „denn Leistungsdruck, Verschärfung der Bemessung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen schaffen kein zufriedenes Personal“, so Bezirksvorsitzender Josef Stark bei der Begrüßung. Der Herr Präsident blieb auch nicht lange. Als bei seiner Begrüßung ein Buhrufe-Konzert einsetzte, zog er es vor, die Konferenz zu verlassen.

Entsprechend ihrer Bedeutung waren die zurückliegenden Aktionen gegen die

Postzerschlagung im mündlichen Geschäftsbericht gewichtet. Josef Stark zeigte sich davon überzeugt, „daß niemandem etwas passiert wäre, wenn wir bundesweit unsere Protestveranstaltungen während der Arbeitszeit durchgeführt hätten“. Schließlich sei der Beweis von den hessischen Lehrern erbracht worden. Unumwunden gab der Bezirksvorsitzende zu, daß die „wesentlichen Ziele“ nicht erreicht wurden. Zwar gebe es wichtige Teilerfolge, die „können jedoch nicht die Tatsache verwischen, daß wir eine Niederlage erlitten haben“. Zur Resignation gebe es jedoch „keinen Grund“.

Kritisch, aber konstruktiv verlief die Diskussion, wobei mehrere Beiträge den Tenor hatten, daß die DPG sich zu einer Kampforganisation entwickeln müsse. Angesprochen wurden auch die Berufs-

Bundesregierung plant Observierungsgesetz

Auf eine weitere geplante Aushöhlung des Grundgesetzes und der Demokratie haben am 22. Juni in Stuttgart die in der ÖTV organisierten Richter, Staatsanwälte und Verfassungsschützer aufmerksam gemacht. Ein von der Bundesregierung vorgelegtes „Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes“ räume den Geheimdiensten „in höchst bedenklicher Form“ weitreichende Kompetenzen zur Erfassung persönlicher Daten ein. Das Gesetz mit dem „schönfärbischen Titel“ lasse beispielsweise einen nahezu unbegrenzten Datenfluß aus allen Teilen der öffentlichen Verwaltung an die Geheimdienste zu und erlaube einen undifferenzierten Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel selbst dort, wo kein Verdacht gegen Betroffene vorläge. Damit würden, so argumentieren die ÖTV-Juristen und Verfassungsschützer, „die Thesen des Volkszählungsurteils, das den Gesetzgeber gerade zur Schaffung von amtshilfesten Datenweitergabeverboten aufgefordert hat, in ihr Gegenteil verkehrt“. Auch würde die verfassungsgemäße Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten unterlaufen. Angesichts des „massiven Angriffs auf den Rechtsstaat“ forderten die Gewerkschafter die Bundesregierung auf, das gesamte Paket des Artikelgesetzes zurückzuziehen und statt dessen präzise gesetzliche Regelungen zur personenbezogenen Verfassungsschutzfähigkeit vorzulegen. Dabei müsse das Ausforschen und Registrieren von Grundrechtsbetätigungen kritischer Bürger und Organisationen ausgeschlossen werden.

Stuttgarter Aufruf: Weg mit dem § 218!

Die „unwürdigen“ Massenprozesse gemäß § 218 StGB in Memmingen, die laufende Diskriminierungskampagne gegen Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch erwägen, sowie die geplante Verschärfung des „Beratungsgesetzes“ waren Anlaß für den DGB-Kreisfrauenausschuß Stuttgart, mit einem Aufruf „In Verantwortung für das Leben, aus Achtung vor dem Leben: Weg mit dem § 218!“ an die Öffentlichkeit zu treten. Wie die Vorsitzende des DGB-Kreisfrauenausschusses, Heidi Hummler, gegenüber der Presse mitteilte, hat der Aufruf die Absicht, „bis zu den Bundestagswahlen Ende 1990 der Bundesregierung und allen Bewerberinnen und Bewerbern für den neuen Deutschen Bundestag deutlich zu machen, daß es eine große Zahl von Wählerinnen und Wählern gibt, die für die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sind“. Gewerkschaften, Parteien, Organisationen sowie allen autonomen und kirchlichen Gruppen wird in dem Aufruf vorgeschlagen, die Unterschriftenaktion „in vielfäl-

tigsten Formen und Aktionen, in Betrieben und Büros, in Vereinen und bei Veranstaltungen, bei Demonstrationen und Aktionen“ zu unterstützen.

Organisationsreform umgesetzt

Mit der Reduzierung der Zahl der DGB-Kreise von bisher 29 auf jetzt 19 hat der DGB-Landesbezirksvorstand Niedersachsen Anfang Juni die Strukturreform des DGB in seinem Bereich umgesetzt. Wie der DGB-Landesvorsitzende Karl Neumann erklärte, war das Ziel „eine auf lange Sicht effiziente und handlungsfähige Struktur des DGB, wodurch die personelle Vertretung und die gewerkschaftliche Präsenz in der Fläche gewährleistet bleiben“.

Kritische Gesinnung wird kriminalisiert

In einer Resolution haben die Delegierten der 14. Landesjugendkonferenz des DGB Rheinland-Pfalz gegen die „Verurteilung der Kollegin Dr. Ingrid Strobl wegen angeblicher Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ protestiert. Prozeßführung, Untersuchungshaft und Urteilsbegründung deuteten eher auf ein reines Gesinnungsurteil hin, das mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar ist, heißt es weiter in der Resolution, in der die Delegierten die Abschaffung des § 129 StGB fordern, der solche Urteile erst möglich mache. Mit Frau Strobl solle die Kritik an patriarchalischen und kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen kriminalisiert werden. Insbesondere ihre journalistischen Arbeiten zu Themen wie Gen- und Reproduktionstechnologien würden auf diese Weise als „quasi-terroristisch“ diffamiert. Die Delegierten forderten die Aufhebung des „skandalösen“ Urteils.

Brutales Vorgehen scharf verurteilt

Der DGB-Bundesvorstand hat am 6. Juni in Düsseldorf das „unglaublich brutale Vorgehen“ des Militärs gegen die Bevölkerung in China auf „das schärfste“ verurteilt. Angesichts der vielen Toten könne es keinerlei Verständnis für die chinesischen Machthaber mehr geben. Sie hätten auch im Ausland jedes Vertrauen verspielt. Dies werde der DGB auch seinen bisherigen chinesischen Gesprächspartnern unmißverständlich klarmachen. Erfahrungen anderer Länder hätten gezeigt, daß notwendige Reformen mit Knüppeln und Gewehren verzögert, aber nicht aufgehalten werden könnten. Nach Ansicht des DGB seien statt dessen alle Beteiligten verpflichtet, auf friedlichem Wege gemeinsam die wirtschaftliche und soziale Zukunft ihres Landes zu gestalten.

PERSONALIEN

Irmgard Blättel, 61, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, hat sich am 29. Juni gegenüber der Osnabrücker Zeitung dafür ausgesprochen, als Nachfolger von **Ernst Breit**, 64, an der DGB-Spitze 1990 eine Frau zu wählen. Indirekt wandte sie sich damit gegen eine Kandidatur des Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, **Heinz-Werner Meyer**, 56.

Wolfgang Blossey, 37, Sekretär der IG Chemie-Papier-Keramik im Bezirk Nordrhein-Westfalen, rückte in die Vorstandsetage seiner Gewerkschaft auf. Er wurde Leiter der Abteilung Organisation beim Hauptvorstand in Hannover. Sein Vorgänger, **Rainer Kümlehn**, 39, übernahm Anfang Juli die Leitung des Bezirks Hessen der IG Chemie.

Emil Carlebach, in den 70er bis Anfang der 80er Jahre Bundesvorstandsmitglied der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier, ist am 10. Juli 75 Jahre alt geworden. Von den Nazis ins KZ Buchenwald gesperrt, kam Carlebach nach der Befreiung vom Faschismus zur schreibenden Zunft, war einer der Mitherausgeber der Frankfurter Rundschau. Er wurde von den Amerikanern entlassen. Später ging er zur antifaschistischen Wochenzeitschrift „die tat“, deren Chefredakteur er wurde. Der Kommunist, der 1968 die DKP mit gründete, ist auch heute noch publizistisch aktiv und führend in der VVN – Bund der Antifaschisten tätig. NACHRICHTEN, die ihm viele Beiträge verdanken, wünschen Glück auf.

Klaus Mehrens, 45, Leiter der Abteilung Grundsatzfragen beim Vorstand der IG Metall, übernahm am 1. Juli die Funktion des 1. Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Hamburg von seinem Vorgänger **Johannes Müller**, 56, der, wie berichtet, aus gesundheitlichen Gründen ausschied. Gewerkschaftsintern wird der Wechsel Mehrens von Frankfurt nach Hamburg, der am 27. Mai von der Hamburger Vertreterversammlung gewählt wurde, als zumindest „nicht alltäglich“ gewertet.

Theo Röhrig, 53, seit 13 Jahren 2. Mann in der Verwaltungsstelle Köln der IG Metall, trat an die Stelle des bisherigen Ersten Bevollmächtigten **Walter Malzkorn**, der aus gesundheitlichen Gründen seine Funktion niedergelegt hatte.

Franz Steinkühler, 52, Vorsitzender der IG Metall, ist vom 27. Kongreß des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB), der 14 Mio. Mitglieder umfaßt, am 22. Juni in Kopenhagen erneut für vier Jahre zum Präsidenten gewählt worden. Der bisherige IMB-Generalsekretär **Herman Rebhan** kandidierte aus Altersgründen nicht mehr. Für ihn wählte der Kongreß den Schweden **Marcello Malentacchi**, 42, gebürtiger Italiener, seit 1981 Sekretär beim IMB-Büro in Genf.

CDA: Wahlkampfkulisse und bröckelnder Gewerkschaftseinfluß

Widersprüchlich präsentierte sich die 23. Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Sozialausschüsse in der CDU, vom 2. bis 4. Juni in Königswinter bei Bonn. Die 331 Delegierten erledigten zwar ein großes Aufgabenprogramm, kritisierten die Bundesregierung in vielen sozialpolitischen Entscheidungen, ließen sich aber andererseits von hoher Parteiprominenz als willkommenen Wahlkampfkulisse mißbrauchen. Zuvor geäußerte, teils scharfe Kritik ging schließlich im Jubel unter, bestätigte auch auf diese Weise die Feigenblatfunktion der CDA in der CDU.

Schon zu Beginn war das tags zuvor vom Bundestag verabschiedete Gesetz zum Dienstleistungsabend als „Affront gegen die CDA“ gewertet und zur Solidarität mit den um den Erhalt ihres Arbeitszeitendes kämpfenden Beschäftigten im Handel aufgefordert worden. Beinahe jede Reform, die die Regierungskoalition in den vergangenen Jahren durchsetzte, unterlag der Kritik zahlreicher Delegierter, die auch vor Bundeskanzler Kohl, CDU-Generalsekretär Geißler, dem Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Dregger, oder dem Ex-CDA-Chef und Arbeitsminister Blüm kein Blatt vor den Mund nahmen. Von der Rentenreform, bei der der Bundeszuschuß halbiert werden soll, über die Gesundheitsreform, das Beschäftigungsförderungsgesetz, das zur Verlängerung ansteht, die 450-DM-Beschäftigungsverhältnisse, die Steuerreform mit der wieder außer Kraft gesetzten Quellensteuer, die Ausländerpolitik, den Pflegenotstand in den Krankenhäusern, bis zu den jüngsten Beschlüssen zur Förderung Langzeitarbeitsloser blieb kaum ein Gesetz, kaum ein Vorhaben ohne kritische Anmerkungen.

Hart ins Gericht waren Delegierte auch mit der Haltung von CDU-Landesregierungen gegangen, die Beamten die vereinbarte Arbeitszeitverkürzung verweigern, sowie mit Äußerungen führender CDU-Politiker, die die sog. Republikaner für koalitionsfähig halten. „Fremden- und Ausländerfeindlichkeit darf es in der CDU nicht geben“, hatte auch der mit 275 Stimmen wiedergewählte CDA-Vorsitzende und frühere Berliner Sozialsenator Ulf Fink in seinem mündlichen Geschäftsbericht betont. Die Sorgen der Menschen ernst nehmen, auch wenn sie „oft unbegründet“ seien, lautete seine Antwort auf „die Radikalen“.

Er bezeichnete es als falsch, lediglich Arbeitslosigkeit zu finanzieren, es sei besser, Arbeit zu finanzieren. „Durch Sozialversicherungsausweis, gemeinnützige Arbeit für Sozialhilfeempfänger u. a.“ will Fink dem „Mißbrauch“ der Arbeitslosenversicherung und Schwarzarbeit vorbeugen. Den Gewerkschaften riet der CDA-Vorsitzende, in ihrer Tarifpolitik neben Lohn und Arbeitszeitverkürzung die „alte Idee der Christlich Sozialen“, eine „breite Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ zu berücksichtigen. Angesichts auseinanderlaufender Lohn- und Gewinnentwicklung sei „jetzt der Zeitpunkt gekommen, eine neue große Initiative für mehr Vermögensbildung zu starten“.

In der Debatte mit den Delegierten, für die er sich drei Stunden Zeit nahm, ging Helmut Kohl nur auf wenige Kritikpunkte konkret ein. Die Gesundheitsreform war nach seiner Ansicht „überfällig“ und hat das Gesundheitssystem „gerettet“. Als Schwäche bezeichnete er, daß aufgrund des Widerstands der Länder die Krankenhausreform ausgespart blieb. Diese müsse 1993/94 nachgeholt werden. Auf den Tarifausschuß der ÖTV für die Krankenpflege eingehend, meinte der Bundeskanzler: „Ich kann nicht akzeptieren, daß Nachschichtarbeit der Krankenschwestern geringer bewertet wird als Schichtarbeit bei

BASF oder Daimler.“ Widersprüche zu ihrer berechtigten Kritik sahen die Delegierten dabei nicht und spendeten heftig Applaus. Der Generalsekretär der CDU, Geißler, von den Delegierten mit noch größerer Sympathie empfangen, machte es sich ganz einfach: Er empfahl den Anwesenden schlicht, der (unterstellten) Demagogie der Sozialdemokraten „mit gleicher Münze heimzuzahlen“. Wie Fink und alle Gastredner gefiel er sich lieber in der Pose des Siegers, der den Triumph der Ideen Ludwig Erhards über Karl Marx verkündete.

Auf das Verhältnis der CDU zur Einheitsgewerkschaft angesprochen, betonte der CDU-Vorsitzende: „Wir treten für Pluralismus ein, auch Gewerkschaftspluralismus.“ Er wünsche sich, daß Christdemokraten auch in der Gewerkschaft noch wissen, „daß sie Christdemokraten sind“. Den Anspruch, stärker in Spitzengremien des DGB vertreten zu sein, umschrieb der Kanzler so: Es gehe nicht an, „daß Sozialdemokraten darüber befinden, wer erträglicher Christdemokrat ist und wer nicht“. Seine Stellungnahme zum DGB nutzte der Kanzler erneut, der IG Metall wegen ihres Aufrufes zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung „Diffamierung der Verfassung“ zu unterstellen.

Auf der Pressekonferenz nach dem Kongreß hakte NACHRICHTEN noch einmal nach, fragte nach dem Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft. Hauptgeschäftsführer Adolf Hörsken bestätigte Kohls Sicht vom Gewerkschaftspluralismus. Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung des DGB kündigte er für den Herbst eine mit der AfA der SPD vereinbarte gemeinsame Veranstaltung an, „um den Gedanken der Einheitsgewerkschaft zu stärken“. Auf die Frage nach der Zusammensetzung der CDA-Konferenz konnte keiner der anwesenden führenden Köpfe Angaben machen. Bei den Vorstandswahlen war jedoch aufgefallen, daß im über 30köpfigen Vorstand nurmehr drei bekannte Vertreter aus DGB-Gewerkschaften sitzen. Nach Unternehmerangaben stellen DGB-Gewerkschafter unter den 32000 CDA-Mitgliedern nur weniger als ein Drittel, nämlich 9900 der Mitglieder. Mehr als die Hälfte der CDA-Mitgliedschaft gehört keiner Gewerkschaft an. Bernhard Keßeler

Gesetz bringt keine neuen Arbeitsplätze

Die ersatzlose Streichung des Beschäftigungsförderungsgesetzes und wirksame gesetzliche Maßnahmen gegen ungünstige Arbeitsverhältnisse fordert die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB). In Briefen an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen verdeutlichte sie Anfang Juni, daß das Gesetz keine neuen Arbeitsplätze geschaffen habe, sondern vielmehr zum Abbau von Arbeitnehmerrechten mißbraucht worden sei. Die von der Bundesregierung geplante Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes lehne die Gewerkschaft daher nachdrücklich ab.

Zaumzeug und Sporn

Wäre es bei Parteien, Gewerkschaften und ähnlichen Gruppierungen üblich, echte Wappen zu tragen, dann ließen sich die für die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), die Sozialausschüsse der CDU, charakteristischen Aufgaben durch Zaumzeug und Sporn symbolisieren. Denn als Bindeglied zwischen der Union und den Gewerkschaften – nicht nur des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)! – ist ihnen eine doppelte Aufgabe gestellt: Der Partei immerwährender Ansporn zu sein, die „soziale Dimension“ in ihrer Politik – nicht zuletzt im Eigeninteresse – stets mitzubedenken; die jeweilige Gewerkschaft aus den Wolkenflügen des Wünschbaren auf den steinigen Weg des Machbaren – und zwar als Insider – zurückzuführen. Daß diese Doppelrolle weithin den einzelnen überfordert, das hat die Vergangenheit immer wieder bewiesen; es wurde aber auch auf der 23. CDA-Bundestagung dieser Tage in Königswinter erneut deutlich...

Wolfgang Pege im Kurz-Nachrichtendienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Nr. 44, 8. Juni 1989.

„Diplomaten von unten“ knüpften heißen Draht zum Kreml

Als am 15. Juni Michail Gorbatschow vom Betriebsratsvorsitzenden der Hoesch-Westfalenhütte, Werner Nass, im Namen der Betriebsräte der Stahlbetriebe des Ruhrgebietes, der Vertrauensleute der IG Metall und der Belegschaft der Hoesch Stahl AG „im industriellen Herzen der Bundesrepublik“ begrüßt wurde, empfanden die 7000 anwesenden Beschäftigten dies als Auszeichnung. Stolz konnte Werner Nass auf den Briefwechsel der Stahlbetriebsräte mit Gorbatschow im Jahre 1987 verweisen.

Damals hatten 35 Betriebsräte von Hoesch, Mannesmann, Krupp und Thyssen einen Brief an Gorbatschow geschrieben. Im Vordergrund stand die Sorge um die Arbeitsplätze und die Hoffnung, langfristige Aufträge aus der Sowjetunion zu bekommen. Zum Erstaunen vieler antwortete Gorbatschow im September 1987, also schon zwei Monate nach dem Erhalt des Briefes.

Die Betriebsräteinitiative „Kooperation statt Konfrontation“ blieb weiterhin am Ball. Sie war eher im Kreml als Bundeskanzler Kohl, und dies nicht nur einmal. Ende April/Anfang Mai 1989 war noch einmal eine Delegation in Moskau und konnte dort u. a. auch mit dem persönlichen Berater Gorbatschows, Valentin Falin, sprechen.

Falin bedankte sich für die Einladung der Stahlarbeiter an Gorbatschow, die Westfalenhütte zu besuchen, und brachte seine Genugtuung zum Ausdruck, daß diese Einladung sowohl vom Hoesch-Vorstandsvorsitzenden Rohwedder, Ministerpräsident Johannes Rau, dem Dortmunder Oberbürgermeister, Samtlebe, und dem Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, unterstützt wurde. Der Betriebsratsvorsitzende von Krupp in Hagen, Werner Ebeling, konnte in Moskau auf den Erfolg der „Diplomatie von unten“ verweisen. Die Diplomatie von oben könne einen Schub von unten gut vertragen. Die „Diplomatie von unten“ verstehe sich daher sowohl ergänzend als auch kritisch oder unterstützend zur offiziellen Diplomatie. So kam Gorbi nach Dortmund, obwohl das von der Bundesregierung vorgeschlagene Programm den Besuch und die Rede vor Stahlarbeitern nicht vorsah.

Nach Dortmund waren neben der Belegschaft von Hoesch, Delegationen aller Stahlbetriebe des Ruhrgebietes, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Jochen Vogel gekommen sowie vom Vorstand der IG Metall Siegfried Bleicher und Hans Preiss.

Als Michail Gorbatschow mit lautem Beifall empfangen wurde, sprach das Fernsehen von einem „großen Tag für das Ruhrgebiet“ und der Hoesch-Chef Rohwedder von einer „denkwürdigen Zusammenkunft“.

Werner Nass stellte in seiner Begrüßung den Zusammenhang mit dem Kampf der

Hoesch-Belegschaft für Frieden und Entspannung sowie dem Schwur von 1945 her: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.“ Wie Willy Brandt 1971 für seine Politik den Friedensnobelpreis erhalten habe, sollte 1989, ginge es nach dem Willen vieler Stahlarbeiter, der Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow heißen. Donnernder Applaus der 7000 bekräftigte diese Auffassung. Wenn Gorbatschows Vision vom neuen Haus Europa Wirklichkeit werden solle, so Werner Nass, müßten die Stahlarbeiter die Stützpfeiler dazu liefern, und zwar aus dem Stahl, der nicht mehr für die Rüstung gebraucht werde. Deshalb wünsche er sich auch Partnerschaften mit sowjetischen Betrieben.

Gorbatschow warb lebhaft für seine Politik der Perestroika und für die Erneuerung des Sozialismus in der Sowjetunion. Er

rief aus: „Wir wollen mehr Sozialismus, mehr Demokratie und mehr Freiheit, wir wollen, daß der werktätige Mensch sich in unserem Lande wohlfühlt.“ Es werde versucht, dem Sozialismus neue Qualitäten zu verleihen und sein humanes Potential weiterzuentwickeln. Werde die Perestroika verwirklicht, wäre dies nicht nur von Vorteil für die Sowjetunion, sondern für alle Völker der Welt.

Gorbatschow erinnerte daran, daß der Weg bis zu diesem Besuch in der Bundesrepublik nicht einfach war, denn in der langen Geschichte der Völker beider Staaten habe es nicht nur gute, sondern leider auch tragische Zeiten gegeben. Jetzt komme es darauf an, einander entgegenzukommen, einander mehr zu vertrauen und zusammen für eine bessere Welt zu kämpfen. Dies sei die Hauptsache. Gorbatschow war optimistisch, daß dies erfolgreich sein könne, denn er habe bei seinem Besuch „eine Bewegung der Seele“ gesehen. An die Stahlarbeiter gewandt, meinte er, daß sie wüßten, daß alles mit Arbeit geschaffen werde. Letzten Endes sei der Grundstein jeder Gesellschaft der arbeitende Mensch.

Wenn der begeisternde Empfang im Dortmunder Kaltwalzwerk 2 der Westfalenhütte einen Sinn gehabt haben soll, dann müßte sich die Betriebsräteinitiative „Kooperation statt Konfrontation“ ermuntert sehen auf ihrem Weg, den sie 1987 betrat, fortzuschreiten, nicht nur, um Kontakte von Betrieb zu Betrieb, sondern auch von Gewerkschaft zu Gewerkschaft herzustellen und diese zu intensivieren.

H. Sch.

10. Bundeskongreß der SDAJ: Ist der Bruch noch zu kitten?

Mit großer Spannung war der 10. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Dortmund am 17. und 18. Juni erwartet worden, steckt doch diese Jugendorganisation nach übereinstimmender Einschätzung aller Flügel in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. In den Verfassungsschutzberichten der Vergangenheit war sie oft als „die größte und geschlossenste Jugendorganisation der Bundesrepublik“ bezeichnet worden. Im Vorfeld mancher gewerkschaftlicher Jugendkonferenzen wurde mit ihrem Namen ein wahres Medienspektakel verknüpft, und unter dem Stichwort „kommunistische Unterwanderung“ wurden fortschrittliche Positionen attackiert.

Für die SDAJ stellt sich die Frage: Liegt im Wiederaufgreifen vergangener Erfolge die Zukunft der Organisation, oder ist ein radikaler Bruch mit allem Vergangenen Ausdruck des vielbeschworenen Neuen Denkens? Darauf lassen sich die Kernfragen auf diesem Kongreß reduzieren. Es besteht kein Zweifel, die Mitgliederzahlen seit dem 9. Bundeskongreß vor zwei Jahren sind dramatisch gesunken, öffentliche Aktionen der SDAJ sind kaum mehr feststellbar. Auf der Bundesvorstandsebene

des Verbandes existierte ein Meinungsstreit bis zur gegenseitigen Sprachlosigkeit. Scharfe Polemik und gegenseitige Verletzungen sind die Folgen.

Eine Minderheit des bisherigen Bundesvorstandes um den Landesvorsitzenden aus Baden-Württemberg, Patrik Köbele, hatte in Vorbereitung des Kongresses eine Resolution vorgelegt, die in aller Schärfe dem Bundesvorstand das Verlassen der bisherigen Beschlüsse vorwarf. Sie ver-

Neuer Rentenskandal in Bonn: Beamtenbabys mehr wert?

Ende Juni wurde in Bonn ein neuer Rentenskandal bekannt. Nachdem bereits die Heraufsetzung des Rentenalters auf 65 Jahre auch für Frauen ausgehandelt worden war, einigte sich die aus Vertretern der Koalitionsparteien sowie der SPD zusammengesetzte Kommission zur Vorbereitung der für 1992 vorgesehenen Rentenreform darauf, daß die Rentenleistung für Babyjahre für Beamtinnen zwischen 15 und 56 DM im Monat höher liegen soll als für die Verkäuferin oder Montagearbeiterin. Letztere soll mit 28 DM im Monat abgespeist werden.

Je mehr die Beamtin verdient, um so höher soll auch der Betrag sein, den sie je Babyjahr bekommt. Der Höchstbetrag ist 84 DM. Diese Absicht hat zu kontroversen Stellungnahmen in den SPD-Spitzenkreisen geführt. Daß neben dem SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel, samt Beamtenexperten Wilfried Penner, ausgerechnet der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Rudolf Dreßler, an der unterschiedlichen Rentenzahlung festhalten will, macht den Skandal nur noch größer.

Im Gegensatz dazu steht die Haltung der Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs, der Finanzexpertin Matthäus-Maier sowie des Rentenexperten Heyenn. Letzterer erklärte gegenüber der Osnabrücker Zeitung: „Mit mir persönlich wenigstens ist es nicht machbar, daß ich einer Regelung zustimme, wonach Beamtenkinder in der Altersversorgung deutlich mehr wert sein sollen als Kinder von Arbeitnehmern.“ Heyenn erinnerte in diesem Zusammenhang an den Skandal um die Trümmerfrauen, die anfangs bei der Berechnung von Babyjahren überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Ähnlich argumentierte auch die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Schmidt. Sie sprach von einem „Zweiklassenrecht“, das nicht hinnehmbar wäre.

Nachdem der neuerliche Skandal um die Renten bekannt wurde, bezogen neben den Grünen, dem Reichsbund und der DKP auch die Gewerkschaften Kontrapositionen. Von einem „himmelschreienden Unrecht“ sprach die IG Metall und forderte die Parteien auf, nach einer solchen Lösung zu suchen, die Arbeitnehmerinnen nicht benachteilige. Ähnlichen Tenor hatte auch die Stellungnahme der DAG.

Besonders hart ins Gericht mit dem Plan der Bevorzugung von Beamtinnen ging das für Sozialpolitik zuständige Bundesvorstandsmitglied der IG Bau – Steine – Erden, Lothar Lewandowsky. Das sei „unseren Mitgliedern nicht mehr vermittelbar“. Besonders erbost zeigte er sich darüber, „daß dieser Reformvorschlag, wie schon der Rentenreformentwurf wieder mit den Stimmen der SPD zustande gekommen“ sei. Diese habe damit ein weiteres Mal dokumentiert, daß sie die tatsächlichen Sorgen und Nöte derer, deren Inter-

essen sie zu vertreten vorgebe, kaum noch registriere.

Einem Bauarbeiter oder einer geringfügig Beschäftigten im Gebäudereinigerhandwerk, so Lewandowsky im Pressedienst seiner Organisation vom 28. Juni, sei kaum zu erklären, wieso in der Altersversorgung ohnehin weit besser gestellte Beamtinnen und Beamte jetzt noch zusätzlich begünstigt werden sollen. Er forderte die Bonner Regierungskoalition und ihre sozialdemokratischen Helfer auf, die ge-

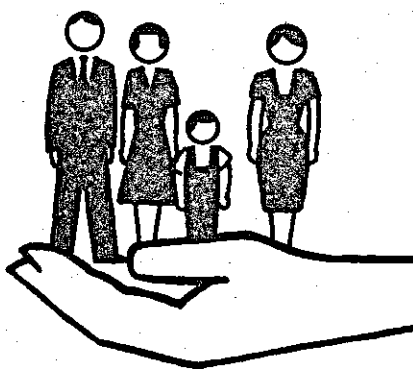
Alle rücken ab

Aufgrund der Proteste einer breiten Öffentlichkeit, vor allem von Gewerkschaften, gegen die Besserstellung von Beamtinnen bei der Berechnung von Kindererziehungszeiten für die spätere Rente verabschiedeten sich nach Redaktionsschluß SPD- und CDU-Politiker von ihrem eigenen Vorschlag. Auch die Ende Juni in Osnabrück tagende DGB-Bundesfrauenkonferenz lehnte nicht nur die Bevorzugung von Beamtinnen ab, sie beschloß darüber hinaus, auch den sogenannten „Rentenkonsens“ von Regierungskoalition und SPD insgesamt „kippen“ zu wollen. Gefordert werden Aktionen u. a. gegen die Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen.

plante einseitige Bevorzugung wieder rückgängig zu machen oder dafür zu sorgen, daß diese Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf alle Mütter und Väter angewendet werde, seien sie nun Arbeiter, Angestellte oder Beamte.

Für systemgerecht hält dagegen Bundesinnenminister Schäuble die von vielen Seiten abgelehnte Bevorzugung der Beamtinnen. Wohl unbewußt plauderte das „Handelsblatt“ vom 29. Juni weitere Vorteile für diesen Personenkreis aus. Während Lohn- und Gehaltsabhängige für jedes Jahr, das sie vorzeitig in Rente gehen – wozu sie größtenteils aufgrund von Leistungsdruck und Streß gezwungen sind –, einen Abschlag von 3,6 Prozent hinnehmen sollen, sind es bei Beamtenpensionen nur 2,7 Prozent.

G. M.



unserer Arbeiterjugendpolitik und eine Entscheidung darüber, ob wir uns schwerpunktmäßig auf bestimmte Teile der Arbeiterjugend konzentrieren. ... Erhöhen müssen wir den Stellenwert des ökologischen Kampfes. Dabei müssen wir immer wieder die Hauptschuldigen der ökologischen Krise – die Großkonzerne – beim Namen nennen und deutlich machen, daß die Hauptkraft für Veränderungen auch in diesem Bereich die Arbeiterklasse ist.“

Dagegen verständigten sich verschiedene Strömungen in der SDAJ, darunter die bisherige Mehrheit um die nicht mehr kandidierende Vorsitzende Birgit Radow, inhaltliche Fragen nicht zu diskutieren, sondern wie in Antrag 10, alle Fragen offenzuhalten bis zu einem 11. Bundeskongreß und dabei den Gruppen-, Kreis- und Landesvorständen volle Autonomie zu gewähren. Dieser Antrag unterlag in mehreren Abstimmungen. Nach dieser Niederlage zog die Minderheit aus.

Die Mehrheit um den bisherigen Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Patrik Köbele, bot bis zum Schluß der Diskussion an, auf der Grundlage des Antrags 3 weiterzudiskutieren und ihn, unter Einbeziehung aller anderen Anträge, weiter zu verbessern. Diese Tür scheint noch nicht zu sein. Nach dem Auszug der Minderheit war der Kongreß beschlußunfähig, wählte sich aber trotzdem einen Aktionsausschuß mit 29 Mitgliedern aus fast allen Landesverbänden und bereitet für den Herbst einen weiteren Bundeskongreß vor, dem die Aufgabe gestellt ist, die auseinanderdriftenden Strömungen wieder zusammenzuführen und Grundlagen für ein neues Programm und Statut zu legen.

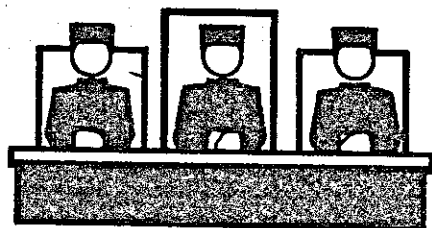
B. G.

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Der Einsatz von Fremdfirmen im Betrieb

Neben der Leiharbeit gehört der Einsatz von Fremdfirmen mit zu den bevorzugten Strategien der Unternehmer, die „Normalarbeitsverhältnisse“ aufzulösen und gleichzeitig die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zu unterlaufen. Eine wichtige Barriere stellt hier die Rechtsprechung zu den Mitwirkungsrechten des Betriebsrats beim Einsatz von Fremdfirmen nach § 99 BetrVG dar. 1986 (15. April 1986 – 1 ABR 44/84) hat das Bundesarbeitsgericht erstmalig entschieden, daß auch dann der Betriebsrat nach § 99 BetrVG beteiligt werden muß, wenn Arbeitnehmer aufgrund von Werkverträgen in den Betrieb eingegliedert werden. Für die Anwendung des § 99 BetrVG komme es lediglich auf die tatsächliche Eingliederung in den Betrieb an. Dazu einige Urteile:

„Der Betriebsrat hat auch dann mitzubestimmen, wenn Arbeitnehmer einer Fremdfirma in dem Betrieb für Arbeiten eingegliedert werden, die für die Verwirklichung des arbeitstechnischen Zweckes unabdingbar sind. Es kommt weder darauf an, ob es sich überhaupt um Arbeitnehmer im rechtstechnischen Sinne handelt,



noch, ob an den betreffenden Arbeitstagen (hier samstags) andere Arbeitnehmer oder Vorgesetzte im Betrieb tätig sind“ (LAG Frankfurt/M. vom 19. April 1988 – 5 Ta BV Ga 52/88). Das LAG Frankfurt sieht in dem Samstags-Einsatz auch eine Umgehung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Überstunden.

„Werden im Supermarktbereich Arbeitnehmer einer Gebäudereinigungsfirma zum Erledigen von Regalservicearbeiten eingestellt, so ist der Betriebsrat nach § 99 BetrVG zu beteiligen“ (ArbG Offenbach vom 30. Juni 1987 – 4 BV 4/87).

„Der Betriebsrat hat nach §§ 99ff. BetrVG mitzubestimmen, wenn der Arbeitgeber eine Fremdfirma damit beauftragt, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten außerhalb der betriebsüblichen Produktionszeiten durchzuführen“ (ArbG Freiburg vom 26. Januar 1988 – 7 BV 8/87).

„Bei der Beschäftigung von Subunternehmern, die in das Betriebsgefüge eingegliedert werden, hat der Betriebsrat gemäß §§ 99ff. BetrVG mitzubestimmen“ (ArbG Köln vom 9. September 1987 – 7 BV 92/87).

Oft weiß der Betriebsrat überhaupt nicht, welche Fremdfirmen eingesetzt werden. Hier ist ein neues Urteil des BAG vom 31. Januar 1989 (1 ABR 72/87) besonders hilfreich. Seine Leitsätze lauten:

„1. Werden im Betrieb des Arbeitgebers Arbeitnehmer von Fremdfirmen beschäftigt, so kann der Betriebsrat verlangen, daß ihm die Verträge mit den Fremdfirmen, die Grundlage dieser Beschäftigung sind, zur Verfügung gestellt werden.“

2. Der Betriebsrat kann auch verlangen, daß ihm die Listen zur Verfügung gestellt werden, aus denen sich die Einsatztage der einzelnen Arbeitnehmer der Fremdfirmen ergeben.“

Zu der Frage, was der Betriebsrat mit diesen Kontrolllisten anfangen kann, sagt das BAG: „Die Vorlage der Kontrolllisten ist jedoch erforderlich, um dem Betriebsrat die Wahrnehmung seiner Beteiligungsrechte bei der Personalplanung zu ermöglichen. Inhalt eines Vorschlags des Betriebsrats nach § 92 Abs. 2 BetrVG kann sein ... die gegenwärtig von Arbeitnehmern solcher Fremdfirmen verrichteten Arbeiten durch Arbeitnehmer des Betriebes, gegebenenfalls auch durch neu einzustellende Arbeitnehmer, verrichten zu lassen. Solche Vorschläge haben nur dann Aussicht, vom Arbeitgeber in Erwägung gezogen und mit dem Betriebsrat beraten zu werden, wenn sie von tatsächlichen Gegebenheiten ausgehen und fundiert sind.“

Ein besonderes Problem ist die Abgrenzung zwischen Werkvertrag und Leiharbeitsverhältnissen. Da es in einigen Betrieben ein Leiharbeitsverbot gibt (Bauhauptgewerbe) und der Einsatz von Leiharbeitern auf sechs Monate beschränkt ist (§ 3 Abs. 1 Ziff. 6 AÜG), versuchen die Arbeitgeber, diese Beschränkungen durch den Einsatz von Fremdfirmen zu umgehen. Rechtliches Abgrenzungskriterium ist, ob die Vertragsfirma lediglich geeignete Arbeitskräfte für bestimmte Arbeiten zur Verfügung stellt (Leiharbeit, § 1 AÜG), oder ob die Firmen Dienst- und Werksleistungen übernehmen, für deren Erfüllung sie sich ihrer eigenen Arbeitskräfte bedienen. Das läßt sich in der Regel nur durch die Überprüfung der Verträge feststellen. Allerdings sind auch die Verträge lediglich ein Indiz. Letztlich kommt es auf den tatsächlichen Einsatz an, z. B.

• Eingliederung der Arbeitnehmer in den Betrieb des Bestellers, nach dessen Weisungen diese auch zu handeln haben (Leiharbeit),

• Beschränkung der Gewährleistung (Leiharbeit),

• arbeitsbezogene Vergütung (Leiharbeit), LAG Bremen vom 11. Januar 1983 – 4 TaBV 9/82,

• Ausrüstung mit eigenem Werkzeug (Werkvertrag),

• nur periphere Hilfsdienste für den Betriebszweck (Werkvertrag),

• Festlegung der Qualifikation der Arbeitnehmer (Leiharbeit),

• Einarbeitung im Drittbetrieb (Leiharbeit),

LAG Köln vom 17. Oktober 1988 – 11 Sa 145/88.

Was kann der Betriebsrat tun, wenn der Arbeitgeber seine Mitwirkungsrechte verletzt? Die Informationsansprüche auf Vorlage der Verträge mit den Fremdfirmen und Überlassung der Kontrolllisten können nach § 80 Abs. 2 BetrVG gerichtlich durchgesetzt werden. Werden Mitwirkungsrechte nach § 99 BetrVG nicht beachtet, so empfiehlt sich außerdem in jedem Einzelfall der Weg über § 101 BetrVG, d. h. der Arbeitgeber muß auf Aufhebung der personellen Maßnahme und eventuell auf Zahlung eines Zwangsgeldes verklagt werden. Eine weitere Möglichkeit besteht dann, wenn der Einsatz der Fremdfirmen Mitbestimmungsrechte nach § 87 BetrVG, z. B. bei Überstunden, unterläuft. Der Betriebsrat kann dann neben dem Antrag nach § 101 auch einen Unterlassungsanspruch geltend machen, der unmittelbar auf § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG beruht und der neben dem allgemeinen Unterlassungsanspruch nach § 23 Abs. 3 BetrVG besteht (so ArbG Solingen, Beschluß vom 17. Februar 1988 – 3 BV 24/87).

Nochmals: Befristete Verträge

Ein Leser hat uns bei dem Problem „Befristete Verträge“ (vgl. NACHRICHTEN 5/89, S. 39f) auf ein in der Praxis wichtiges Problem aufmerksam gemacht: Seit das Bundesarbeitsgericht entschieden hat, daß tarifvertragliche Regelungen dem Beschäftigungsförderungsgesetz vorgehen, stellt sich die Frage, wann die Betroffenen tarifgebunden sein müssen. Bekanntlich gelten Tarifverträge nur dann, wenn die Beschäftigten entweder Gewerkschaftsmitglied sind, der Tarifvertrag einzelvertraglich vereinbart worden ist oder wenn er für allgemeinverbindlich erklärt wurde. Nach Auffassung des Bundesarbeitsgerichts (Urteil vom 27. April 1988 – 7 AZR 593/87) kommt der Vorrang des Tarifvertrages nur denjenigen Beschäftigten zugute, die bereits am Tage des Abschlusses des Arbeitsvertrages tarifgebunden waren.

Das LAG Frankfurt hatte den Fall zu entscheiden, daß eine Klägerin bei Abschluß des Arbeitsvertrages Gewerkschaftsmitglied war, später dann jedoch austrat. Es hob ebenfalls auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ab (vgl. LAG Frankfurt/M., Urteil vom 16. Februar 1989 – 12 Sa 762/88). Der Entfristung wurde stattgegeben, weil kein „sachlicher Befristungsgrund“ (Protokollnotiz Nr. 1 zu Nr. 1 der Anlage 2a – SR 2 a zum MTA) vorlag.

Barbara Degen

CGT gegen ein Europa der Konzerne – für kräftige Erhöhung der Mindestlöhne

Wenn im Nachbarland Frankreich der größte Gewerkschaftsbund seinen Kongreß abhält, findet dieser verständlicherweise breite Beachtung. Ohne Abstriche gilt dies auch für den vom 21. bis 26. Mai in Montreuil bei Paris stattgefundenen 43. Kongreß der Confédération Generale du Travail (CGT). Allein schon, daß mehr als 40 Prozent der 981 Delegierten jünger als 30 Jahre alt waren, unterstreicht: Die CGT hat offensichtlich die Talsohle in der negativen Mitgliederbilanz überwunden.

Eines der großen Themen, mit denen sich der Kongreß beschäftigte, war Europa und speziell der Europäische Binnenmarkt. Sowohl im Grundsatzreferat des wiedergewählten Generalsekretärs Henri Krasuki als auch in Debatten und Beschlüssen gab es Übereinstimmung: „Ein Europa der Konzerne des Jahres 1992 ist das Kernstück einer breitangelegten Operation, die auf die Unterordnung unter den Willen der USA und Japans, unter deren Hochrüstungspolitik und unter die wirtschaftliche, finanzielle und militärische Vorherrschaft der Mächtigsten (einschließlich der BRD in Europa) abzielt. Wir hingegen brauchen ein Europa der Zusammenarbeit, des sozialen Fortschritts, der Unabhängigkeit und der Souveränität der Völker... Die



CGT ist alles andere als europafeindlich; sie kämpft aber für ein grundsätzlich anderes Europa, ein Europa des Friedens und der Freundschaft. Sie ist sich über die Notwendigkeit einer wirksamen europäischen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil vollkommen im klaren.“

Von dieser im verabschiedeten Orientierungsdokument enthaltenen Grundposition ausgehend, begehrt die CGT nach wie vor die Aufnahme in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Abgelehnt wird diese von dem EGB angehörigen kleineren französischen Konkurrenzgewerkschaften, CFTD und FO, wie auch vom DGB und anderen westeuropäischen Gewerkschaftsbünden.

Übrigens kennzeichnen die Ergebnisse der stattgefundenen jährlichen Gewerkschaftswahlen in den Betrieben, zuletzt 1988, wer Nummer 1 in Frankreich ist. Die CGT erhielt 44 Prozent, die CFTD 22 Prozent und die FO 17 Prozent der Stimmen (die fehlenden 17 Prozent entfallen auf die zahlreichen autonomen Gewerkschaften). Gegenüber 1987 erreichte die CGT als einzige einen Zuwachs von 1,1 Prozent der Stimmen.

Eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiterklasse in Europa setzt die Zusammenarbeit der Gewerkschaften der zwölf EG-Länder voraus und ist ohne die CGT wie auch ohne die größten Gewerkschaften in Spanien und Portugal, Arbeiterkommissionen und Intersindical, kaum erfolgreich. Mit großer Zustimmung nimmt die CGT zur Kenntnis, daß sich immer mehr Gliederungen des DGB für die Aufnahme aller Gewerkschaften in den EGB einsetzen. Viele Mitglieder von DGB-Gewerkschaften stellen sich die Frage, warum der berufsständischen DAG der Bundesrepublik grünes Licht für den EGB signalisiert werde, dem größten französischen Gewerkschaftsbund aber eine Absage erteilt würde.

Viele Gewerkschaftsorganisationen, die dem EGB oder dem IBFG angehören, demonstrierten mit ihrer offiziellen Teilnahme am 43. CGT-Kongreß, daß die unbegründeten antikommunistischen Vorbehalte nur für das internationale Kapital zu Buche schlagen. Insgesamt nahmen 96 ausländische Delegationen am CGT-Kongreß teil, darunter Vertreter der TUC-Führung aus Großbritannien, des SAK aus Finnland und von Histadrut aus Israel. Der DGB und die Spitzen der Einzelgewerkschaften folgten der Einladung nicht. Wie zu hören war, hatte der IG-Metall-Vorstand zunächst einen Beobachter aus der Abteilung Wirtschaft angemeldet, dann aber aufgrund des Druckes der CFTD in Frankreich wieder abgesagt.

Innenpolitisch spielte der Kampf um höhere Löhne eine große Rolle. Im beschlossenen Aktionsprogramm forderten die Delegierten, die gesetzlichen Mindestlöhne ab 1. Juni 1989 von bisher 4961 Francs auf 6500 Francs zu erhöhen. (Der Durchschnittslohn liegt gegenwärtig bei rund

7000 Francs.) Die rund drei Millionen Arbeitslosen und die ebenso hohe Zahl der in ungeschützten Teilzeitarbeitsverhältnissen Beschäftigten erhalten diesen Mindestlohn nicht und fristen ein Leben unter dem Existenzminimum. Darum steht mit an der Spitze der Forderungen der CGT „völliger Abbau der Arbeitslosigkeit und Schaffung dauerhafter stabiler und qualifizierter Arbeitsplätze“. Dem Beobachter fiel auf, daß in dem beschlossenen Aktionsprogramm zwar die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erneut bekräftigt wurde, aber in der aktuellen Diskussion die Frage der Arbeitszeitverkürzung keine Rolle spielte. Offensichtlich sind den Unternehmern in Frankreich bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit, insbesondere der Wochenendarbeit, größere Einbrüche gelungen.

Zweifelloos zählen zu den Ursachen dieser Misere der schwache Organisationsgrad der französischen Lohn- und Gehaltsabhängigen sowie die Uneinigkeit der Gewerkschaften, denn wie die anderen oben genannten Gewerkschaften hatte auch die CGT große Mitgliederverluste hinnehmen müssen. Vor über 20 Jahren, 1968, zählte die CGT noch 2,3 Millionen Mitglieder. Im Jahre 1984, beim letzten Kongreß, waren nur noch 1,4 Millionen organisiert. Bis Ende 1987 ging die Talfahrt weiter. Zu diesem Zeitpunkt waren nur noch 1030843 Arbeiter, Angestellte und technische Kadre in der CGT vertreten. Davon betrug

Besser informiert durch NACHRICHTEN

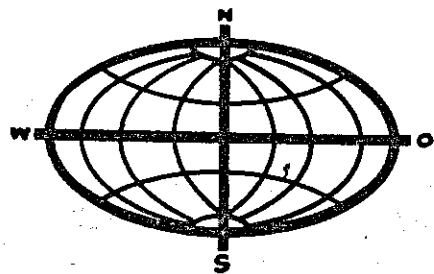
die Zahl der Rentner 333000, so daß an aktiven Mitgliedern nur noch knapp 800000 übrig blieben. Im Jahre 1988 gab es erstmals wieder einen Mitgliederzuwachs mit 91916 Neuaufnahmen, immerhin ein Bruttozugang von etwa acht Prozent.

Wie können wir effektiver die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und einen höheren Organisationsgrad durchsetzen? Diese Fragen stellten zahlreiche Redner während des Kongresses. Mehr Demokratie in der Gesellschaft und auch innerhalb der Gewerkschaft lautete eine der Antworten. Nicht diskutiert haben die Delegierten das Problem einer möglichen Organisationsreform. Kaum eine Rolle spielten auch die vielfältigen Probleme der Ökologie und der notwendigen Frauenquotierung. Was die Quotierung betrifft, sprechen allerdings die Fakten für sich: 25 Prozent der Delegierten waren Frauen. Mehrere Gewerkschaften, darunter die Gewerkschaften Transport, Energie und Post, werden von einer Generalsekretärin geleitet. Dem 16köpfigen Büro des Bundesvorstandes gehören drei Frauen an.

Werner Petschick

Washington: Auf über 43000 war Ende Juni die Zahl streikender Bergarbeiter aus den Kohlengruben der Appalachen und des mittleren Westens der USA angestiegen. Der Grund für den Ausstand ist der Abbau sozialer und gewerkschaftlicher Rechte.

Johannesburg: Bundesarbeitsminister Blum, der Ende Juni zu einem Privatbesuch in Südafrika war, traf auch mit dem Regierungschef des Apartheidregimes Botha zusammen. Blums Bitte, mit dem nun seit 25 Jahren eingekerkerten Führer der Befreiungsbewegung, Nelson Mandela, zu sprechen, wurde von Botha abgelehnt.



Genf: Der Sachverständigenrat der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit Sitz in Genf hat die Bundesregierung bereits zum dritten Mal wegen der Berufsverbotspraxis gerügt. Dem ILO-Sachverständigenrat gehören 20 Juristen, unter ihnen der Präsident des Internationalen Gerichtshofes, an.

Moskau: Zur Aufnahme offizieller Beziehungen zur Bauarbeitergewerkschaft der Sowjetunion war vom 20. bis 26. Juni erstmals eine Delegation der IG Bau – Steine – Erden in der Sowjetunion. Mit diesem Schritt wolle seine Gewerkschaft ihre „Sympathie und Unterstützung für den neuen Kurs der sowjetischen Politik und Gewerkschaften dokumentieren“, erklärte der stellvertretende Leiter der sechsköpfigen Delegation, Bruno Köbele.

Ankara: Erneut hat Mitte Juni das türkische Staatssicherheitsgericht in Ankara die Freilassung der beiden Arbeiterführer Hayda Kutlu und Nihat Sargin sowie der weiteren 14 Mitangeklagten abgelehnt. Auch an dieser 20. Verhandlungsrunde nahmen zahlreiche ausländische Journalisten und Delegationen teil.

Santiago: Pinochet, chilenischer Staatsschef und Diktator, will sich bei der im Dezember stattfindenden Wahl erneut um die Präsidentschaft bewerben, „falls das Volk es will“. Wie jedoch die Aktionen chilenischer Gewerkschafter und anderer fortschrittlicher Kräfte zeigen, möchte das Volk den General lieber heute als morgen loswerden.

Betr.: Frauenförderplan Bosch GmbH

Ich fand es erfreulich, daß Ihr Euch in der Mai-Ausgabe der NACHRICHTEN in der Beilage „betriebliche Praxis“ mit dem Thema „Frauenförderung“ beschäftigt habt. Allerdings wurde meine Freude über den Abdruck der Betriebsvereinbarung „Frauenförderung“ bei der Robert Bosch GmbH getrübt, die ja wohl so etwas wie eine Musterfunktion haben sollte, zumal sie das einzige konkrete betriebliche Beispiel war. Dazu einige Anmerkungen:

1. Die Betriebsvereinbarung erschöpft sich in allgemeinen Floskeln und verzichtet auf alle konkreten Festlegungen. Nicht einmal die bevorzugte Einstellung von Frauen bei gleicher Qualifikation ist aufgenommen, von einer quotenmäßigen Berücksichtigung bei Ausbildungsplätzen, Einstellungen, Höhergruppierungen und der Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ganz zu schweigen. Mit Absichtserklärungen ist den Frauen heute nicht mehr geholfen, die haben wir reichlich. Wir benötigen (einklagbare) Rechtsansprüche.

Wie unverbindlich diese Betriebsvereinbarung ist, ergibt sich auch daraus, daß sie jederzeit gekündigt werden kann (sie wirkt als freiwillige Betriebsvereinbarung nicht nach) und nicht einmal eine Rechenschaftspflicht des Unternehmens, die einzige minimale Sanktion bisheriger Frauenförderpläne, enthält.

2. Die Verfasser waren sich offensichtlich nicht ganz klar, was sie überhaupt wollen: Wollen sie den Grundsatz durchsetzen, daß Männer und Frauen absolut gleich behandelt werden müssen (was bei der vorhandenen gesellschaftlichen Arbeits- und Rollenverteilung nicht möglich ist), oder wollen sie Frauenförderung. Frauenförderung beinhaltet immer, daß Frauen gegenüber den Männern bevorzugt behandelt werden, weil anders die Aufbrechung der (gesellschaftlichen und betrieblichen) Benachteiligung nicht erreicht werden kann. Art. 3 Abs. 2 GG will das gesellschaftliche Machtgefälle zwischen Männern und Frauen zugunsten der Frauen beseitigen. Männer werden in unserer Gesellschaft nicht wegen ihres Geschlechts diskriminiert. Die historische und sinnvolle Auslegung des Gleichberechtigungsgebotes der Verfassung (Art. 3 Abs. 2 und 3 GG) kann immer nur zu dem Schluß führen, daß es das Ziel der Verfassung ist, Frauenbenachteiligung zu beseitigen. Die Betonung eines absoluten Ungleichbehandlungsverbotes für Männer und Frauen hat objektiv die Funktion, diese einfache Tatsache zu verwirren und von ihr abzulenken und den Status quo aufrechtzuerhalten.

3. Problematisch sind auch die Regelungen zur Teilzeitarbeit und Wiedereingliederung. Abgesehen davon, daß auch hier Rechtsansprüche fehlen, zielen diese Regelungen trotz ihrer geschlechtsneutralen Formulierung offensichtlich auf Frauen. Soll verhindert werden, daß es immer wie-

der nur die Frauen sind, die aus dem Beruf ausscheiden oder nichtexistenzsichernde Teilzeitarbeit in den unteren Hierarchiestufen leisten, so muß mindestens geregelt werden,

- Anknüpfung an sachliche Voraussetzungen der Inanspruchnahme,
- Lohn- und Gehaltsicherung,
- Rückkehransprüche,

- Regelungen, wie erreicht werden kann, daß Teilzeitarbeit auch von Männern geleistet wird (Teilzeitarbeit auf jeder Hierarchiestufe, besondere Förderung für Männer, eventuell Quotierung der Teilzeitarbeitsplätze). Regelungen zur Teilzeitarbeit, die die gesellschaftliche Rollenverteilung nicht problematisieren, verfestigen diese Rollenverteilung und verschärfen die Trennung auf dem Arbeitsmarkt zwischen nichtexistenzsichernden Frauenarbeitsplätzen und (männlichen) „Normalarbeitsverhältnissen“.

Barbara Degen

Hilferuf

Wir, insgesamt 74 auslernende Frauen der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, wenden uns in einem offenem Brief an Sie, um auf unsere künftige Situation nach Beendigung der Ausbildung aufmerksam zu machen. Dieses Jahr sollen in dem bundesweiten Unternehmen P+S ein Teil der auslernenden Azubis in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden. Unser Problem: Es sind nur männliche Kollegen, die ein Arbeitsplatzangebot erhalten. Unser Recht auf Gründung einer unabhängigen Existenz, bedingt durch den Wunsch nach Arbeit, steht somit im Widerspruch zu der frauendiskriminierenden Einstellungspolitik des Unternehmens.

Der verfassungsrechtlich garantierte Gleichstellungsgrundsatz der Frauen wird unserer Meinung nach verletzt und ausgehöhlt, wenn wir feststellen müssen, daß allen unseren männlichen Kollegen ein Arbeitsplatzangebot innerhalb des Unternehmens gemacht wird, obwohl wir während der Ausbildung die gleichen Qualifikationen und Erfahrungen erworben und vertieft haben und bereit wären, in Bereichen der Produktion tätig zu werden.

Wir wenden uns an Sie als unseren politischen Ansprechpartner in der Hoffnung, daß Sie Ihren Einfluß bei dem verantwortlichen Vorstand geltend machen und so dazu beitragen, dieses frauenfeindliche und -diskriminierende Verhalten zu beenden...

Für die auslernenden Frauen bei P+S
Heike Schossaw Stephanie Müller

Der Fall IBM und die Folgen

Martin Frey/Paul Schobel (Hrsg.): „Konflikt um den Sonntag – Der Fall IBM und die Folgen“; Bund-Verlag, Köln 1989, 153 Seiten, Preis 16,- DM.

Die Versuche von Unternehmern, Sonntagsarbeit einzuführen, mehren sich. Gründe dafür hat man schnell zur Hand. Produktionstechnische Gegebenheiten werden genannt, die angeblich eine vollkontinuierliche Arbeit notwendig machen. In Wirklichkeit stehen handfeste Profitinteressen dahinter: Die teuren Maschinen sollen rund um die Uhr laufen und die Menschen zum Anhängsel der Maschinen degradiert werden. So ist es auch bei IBM, dem Fall, der in dem Buch exemplarisch geschildert wird.

Martin Frey/Paul Schobel (Hrsg.): „Konflikt um den Sonntag – Der Fall IBM und die Folgen“; Bund-Verlag, Köln 1989, 153 Seiten, Preis 16,- DM.

In dem Buch geht es um folgende Fragen: „Wird der Sonntag der Rentabilität geopfert? Zwingt der internationale Wettbewerb zur Arbeit rund um die Uhr? Wo liegen die Grenzen der Flexibilisierung der Arbeitszeit? Wie können wir den Sonntag als humane, soziale und religiöse Errungenschaft bewahren? Diesen Fragen wird nachgegangen. Betroffene, Gewerkschafter und Kirchenleute, berichten im „Konflikt um den Sonntag“ über ihre Erfahrungen. Auseinandergesetzt wird sich mit

dem zuständigen Regierungspräsidium, das die Sonntagsarbeit vorläufig toleriert hat. Zugute kommt IBM eine Betriebsratsmehrheit, die sich nach dem Motto: „Wir sitzen alle in einem Boot“ der Betriebsleitung verpflichtet fühlt.

„Konflikt um den Sonntag“ ist in folgende fünf Hauptpunkte gegliedert: „Der Fall IBM“, der vom Ersten Bevollmächtigten der Stuttgarter IG Metall, Ludwig Kemeth, sowie dem Stuttgarter IG-Metall-Sekretär Klaus Ernst nachgezeichnet wird. Das zweite Kapitel läßt Kirchenleute zu Wort kommen, die durch ihre religiöse Gesinnung beim Kampf gegen die Sonntagsarbeit zu Verbündeten der Gewerkschaften geworden sind. Im dritten Kapitel beziehen die bekannten Gewerkschaftsfunktionäre Detlef Hensche, Berthold Keller und Klaus Zwickel eindeutig Position. Im vierten Kapitel beschäftigt sich Prof. Dr. Wolfgang Däubler mit dem Thema „Sonntagsarbeit und Verfassungsrecht“. Im letzten Kapitel schließlich kommen Theologen und Sozialethiker zu Wort.

Das Vorwort zum Fall IBM, das einerseits einen Einblick in Kapitalstrategien, andererseits Argumente gegen die Sonntagsarbeit gibt, schrieb der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach. Die Geschichte habe gelehrt, daß bei einer Interessenvertretung der Menschen die Argumente der „Maschinen- und Fabrikbesitzer“ nur bis zu einer bestimmten Grenze gelten dürften: „Und am Wochenende können wir nur die rote Kelle hochheben: Stopp.“ G. M.

Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird. Konto-Nr. 1615612900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postgirokonto: Frankfurt/Main 305040-606.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 30. Juni 1989

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss

Nachrichten
Verlagsgesellschaft mbH

Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon (069) 778079
Telefax 778070



VERLAGSINTERNES

Kritik – das war es, was sich Verlag und Redaktion zum 20. Geburtstag des Verlages gewünscht hatten. Und es wurde dargereicht, von GewerkschafterInnen am 9. Juni im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Viele Anregungen konnten wir mitnehmen. Einiges davon haben wir im Dokumentarteil dieser Ausgabe aufbereitet. Und weil's so schön war, ging es gleich in der folgenden Woche in Hamburg weiter. Anlaß dieser Veranstaltung, einem Streitgespräch zwischen Andreas Müller-Goldenstedt (auch kurz Mügo genannt) von der DKP Hamburg und Renate Bastian für die Redaktion NACHRICHTEN, war ein Artikel gewesen, in dem Müller-Goldenstedt frank und frei festgestellt hatte: „... die NACHRICHTEN brauchen neue Konzepte und neue Redakteure.“

Renate erläuterte zunächst einige Grundpfeiler der Tätigkeit von NACHRICHTEN. Darunter der unserer publizistischen Haltung zur Einheitsgewerkschaft: grundsätzlich solidarisch, aber keineswegs kritiklos in der Übernahme von in DGB und Einzelgewerkschaften entwickelten Positionen. Solidarität heiße in der journalistischen Arbeit daher unbedingt kritische Solidarität, mit dem Anspruch, konzeptionsbildend, anregend, anstoßend zu wirken. Eigenkritik an der Einlösung dieses Anspruchs sowie Anregungen vom Freitag vorher sparte sie dabei nicht aus.

Mügo stieg gleich dick ein, sprach NACHRICHTEN-Redakteuren und -Herausgebern die demokratische Legitimation ab; freilich ohne zu erklären, woher er die seine nimmt, Redakteure zu entlassen! Be-rechtigte Kritik an Versäumnissen der Redaktion wechselten nun ab mit Vorwürfen, die lediglich belegten, daß er NACHRICHTEN nicht gelesen hat. Das war schon peinlich. So soll laut Mügo unsere Zeitschrift keine Positionen zu Technologietarifverträgen, zur Blümschen Gesundheitsreform, zur DGB-Strukturreform oder zur Rentenreform bezogen haben. Zu letzterem stellte er uns gar, Anhänger einer Großen Koalition von CDU über SPD bis zum DGB zu sein.

Des Pudels Kern traf allerdings erst die folgende Diskussion. Hier wurde deutlich, daß Mügo u. a. NACHRICHTEN gern als Diskussionsforum einer wie immer gearteten „Linken“ verstanden wissen wollen, und nicht der Einheitsgewerkschaft. Diese, so unsere Kontrahenten, trügen wir als „Bauklotz“, als „Feigenblatt“ vor uns her, benutzten Loyalität gegenüber der Einheitsgewerkschaft, auf die wir „Lobeshymnen“ singen und die wir „kanonisieren“, zur „Abschottung“ gegenüber kritischer Diskussion der Linken. Noch unausgesprochen, verdeutlichte sich schon in der Wortwahl das Streben „über die Einheitsgewerkschaft hinaus“, zu deutsch, von ihr weg. Sektiererische Positionen, hin zu einer neuen Gewerkschaftsopposition, von der wir glaubten, Kommunisten hätten diese Fehler überwunden, feierten fröhliche Urständ. jaco

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

7/89

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90

FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
FÜR SOZIOLOGIE
UND POLITIK
Kurfürstenstr. 21

1000 BERLIN 33

TERMINKALENDER

- **1. September**
Zentrale Veranstaltung des DGB in Dortmund, Diskussionsforum, Abendveranstaltung
- **8. September**
19. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Dortmund
- **9. September**
Jubiläumsfeier der IG Bergbau und Energie zum 100jährigen Bestehen in Dortmund
- **8. bis 10. September**
Kongreß des Schriftstellerverbandes (VS) in der IG Medien, Frankfurt
- **10. bis 14. September**
14. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, St. Ingbert (Saar)
- **28. September bis 30. September**
Bundesangestelltentag des DGB in Würzburg
- **22. bis 28. Oktober**
16. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Westberlin
- **5. bis 11. November**
16. ordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Mannheim
- **18. bis 22. November**
21. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Osnabrück
- **22. bis 24. November**
1. ordentliche Bundesfachgruppenkonferenz Journalismus (dju/SWJV) in der IG Medien in Mainz
- **25. November**
Journalistentag der IG Medien in Mainz
- **29. November bis 30. November**
Bundesbeamtentag des DGB in Bonn
- **8. Dezember bis 9. Dezember**
Bundesarbeiterkonferenz des DGB in Trier

Zu guter Letzt

Happening

Arbeitszeitverkürzung für LehrerInnen in Hessen gibt es zwar nicht, aber dafür sorgt der Chef im hessischen Kultusministerium, Christean Wagner, wenigstens für mehr Spaß an hessischen Schulen; zumindest bei den Pädagoginnen und Pädagogen, die sich Anfang März an dem ein-tägigen Streik der GEW beteiligten und jetzt als Ersatz für „bisher entgangene Streikziele“ mit mehr oder minder lustvollen Disziplinarverfahren bei Laune gehalten werden. Freilich ist die Freude darüber – wie so oft – nicht völlig ungeteilt. Auch ein Kultusminister kann es schließlich nicht jedem und jeder recht machen. Wie die Zeitschrift der GEW Hessen in ihrer Juniausgabe berichtet, sollen sich vor allem SchulleiterInnen über die ihnen von Christean zugedachte Rolle als Ermittlende in den Tausenden Disziplinarverfahren gegen aufmüpfige, weil ihr Streikrecht wahrnehmende LehrerInnen mokieren, ja sogar „sauer“ sein.

Häufig komme es vor, berichtet die GEW, daß sich Ermittlende vor Beginn der Anhörung für ihre Rolle entschuldigten. Andere ErmittlerInnen gäben gar zu verstehen, daß sie die Ziele der Gewerkschaft unterstützten. Wiederum andere, schon leicht entnervt ob des Formkrams und wegen häufiger Formfehler, erkundigten sich bei den zu Disziplinierenden, wie sie wohl richtig vorzugehen hätten, oder schickten schließlich den „Ermittlungskrepel“, vermutlich zumindest formvollendet verpackt an das zuständige Schulumt zurück.

Die GEW-Zeitung weiß weiter von Selbstanzeigen Streikender zu berichten, die nicht gemeldet wurden (die Bürokratie ist auch nicht mehr das, was sie mal war), nun aber auch „in den Genuß der Anhörungen“ kommen wollen. Mit dem Hinweis „die Bezeichnung ‚Beamter auf Lebenszeit‘ kann ja wohl keine Leerformel sein...“, bemühten sich auch Pensionäre, zu den Geehrten gerechnet zu werden. Leider sei ihnen die Bitte abschlägig beschieden worden, berichtet die GEW, die Wagners „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ vorsichtig als „Vergeudung von Arbeitszeit“ von SchulleiterInnen und SchulamtsdirektorInnen kritisiert, aber schließlich an dem obersten Dienstherren auch noch menschliche Züge entdeckt. In dem Glauben, Untergebene hätten „ihrem“ Dienstherren zu gehorchen, habe sich Wagner eben geirrt. „Dies wiederum ist aber mal ein menschlicher Zug. Wir wollen auch das Positive sehen.“ B. K.

Ich bestelle hiermit:

7/89

☐ NACHRICHTEN im Abonnement
für 48 DM im Jahr inkl. Porto

☐ die nächsten 3 Ausgaben **kostenlos**
und unverbindlich zur Probe

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ Ort

Den Abonnementpreis ☐ zahle ich nach Erhalt der Jahresrechnung ☐ bitte ich jährlich von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.

BLZ

bei (Bank, Sparkasse oder Postgiroamt, Ort)

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum

Unterschrift

Falls durch einen anderen Abonnenten geworben, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.

**Nachrichten-
Verlags-
Gesellschaft mbH**
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon:
(069) 778079
Telefax 778070